

9 Dringlichkeitsanträge

Beginn der Dringlichkeitsanträge: 16.47 Uhr

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir sind am Ende der öffentlichen Sitzung und wir kommen nun zu den Dringlichen Anträgen. Anmerken möchte ich dazu, dass Herr Gemeinderat Wagner den letzten Dringlichen Antrag, wo es um die Unterstützung der Heimgärtner am Areal des ehemaligen Siemens-Geländes geht, zurückgezogen hat, weil das de facto dieses Anliegen schon positiv zugunsten der Heimgärtner erledigt ist und damit sich auch der Abänderungsantrag, glaube ich, von der KFG, hat es da dazu einen gegeben, sich erübrigt hat. Das nur zu Ihrer Information.

Ich darf bitten, Frau Klubobfrau Mohsenzada, um ihren Dringlichen Antrag. Ich darf den Vorsitz an meinen Kollegen, Stadtrat Eber, übergeben. Ganz kurz, weil ich aufs Klo gehe.

Vorsitzwechsel – StR. Eber übernimmt den Vorsitz (16.48 Uhr).

9.1 Petition - Nulllohnrunde für Grazer Stadtregierung (KO GRⁱⁿ Mohsenzada, KPÖ)

Klubobfrau **Mohsenzada**:

Liebe Kolleg:innen, werte Zuseher:innen und werte Stadtregierung. Auch ich stehe heute hier in einer neuen Rolle vor Ihnen und fühle mich sehr geehrt, dass meine KPÖ Gemeinderatskolleg:innen mich erwählt haben. Ich werde meine neuen Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen nachgehen.

Nun zum Antrag: Im Juli hat das Land eine Entscheidung getroffen, die wir sehr begrüßen. Die steirische Landesregierung hat nämlich eine Nulllohnrunde für den Landeshauptmann, für den Landeshauptmann-Stellvertreter und die Landesrät:innen, aber auch die Klubobleute für das Jahr 2025 beschlossen. Das heißt im Genaueren, dass die Bezüge der Landtagsabgeordneten nur die Hälfte des vom Bund beschlossenen Anpassungsfaktors steigen. Es wird Sie nicht überraschen, dass wir diesen Beschluss sehr begrüßen, denn die KPÖ ist seit Jahr und Tag der festen Überzeugung, dass die Bezüge für Politiker:innen viel zu hoch angesetzt sind. Und angesichts der engen finanziellen Lage muss die Stadt in vielen Bereichen den Gürtel etwas enger schnallen. Hier wäre es auch mehr als angebracht als Regierungsmitglieder ein Zeichen zu setzen und ebenso auch eine Gehaltserhöhung zu verzichten. Daher stelle ich den

Antrag:

Der Gemeinderat ersucht den Landtag Steiermark für die Grazer Stadtsenatsmitglieder und Klubobleute ebenso eine Nulllohnrunde für 2025 zu beschließen.
Ich bitte um Annahme.

Originaltext des Antrages:

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat ersucht den Landtag Steiermark, für die Grazer Stadtsenatsmitglieder und Klubobleute ebenfalls eine Nulllohnrunde für das Jahr 2025 zu beschließen.

Stadtrat **Eber**:

Danke, gibt es dazu Wortmeldungen? Frau Gemeinderätin Unger, bitte.

Gemeinderätin **Unger:**

Sehr geehrte Damen und Herren, im Land ist diese Entscheidung getroffen worden, in Graz wirft auch der Wahlkampf seine Schatten voraus, es ist ein Thema, das einfach jetzt auch sehr opportun ist. Wir werden dem Ganzen zustimmen, aber ich würde mich trotzdem freuen, wenn wir irgendwann einmal auch eine inhaltliche Diskussion darüber führen können, was tatsächlich das zu viel ist und ich möchte darauf hinweisen, dass der Subtext von dieser Forderung für viele so verstanden wird, als wären diejenigen, die sozusagen mit gewissen Kürzungen oder so, nicht einverstanden sind, grundsätzlich jene, die sich an politischer Arbeit bereichern. Und dem möchte ich gerne widersprechen. Ich glaube, politische Arbeit muss ernst genommen und mit Fleiß betrieben werden im Dienste der Menschen. Wir haben heute schon gehört, die wichtigste Koalition ist die mit der Bevölkerung. Und in diesem Sinne würde ich mich gerne auf eine Diskussion einmal einlassen, um dieses Thema zu besprechen. Danke.

Stadtrat **Eber:**

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer dafür ist, bitte, um ein Zeichen. Das ist, soweit ich sehe, einstimmig. Machen wir eine kurze Gegenprobe. Jawohl, ist einstimmig.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Wer wünscht zum Inhalt das Wort? Herr Gemeinderat Pascuttini.

Klubobmann **Pascuttini:**

Sehr geehrter Stadtrat, hoher Gemeinderat, aufgrund der fortgeschrittenen Zeit, obwohl, so spät ist es gar noch nicht, in aller Kürze. Diesen Gemeinderatsantrag hat es ja schon im letzten Jahr gegeben, auch damals ist er einstimmig beschlossen worden,

wir haben wahrscheinlich das Ähnliche diskutiert wie heute, deswegen sparen wir uns die Wiederholungen. Man muss dazu sagen, also ich persönlich begrüße es, wenn sich Leistung lohnt und wenn Politikern auch gut bezahlt werden. Das kann man ja ganz offen so sagen, man muss das eine trennen, das ist ja heute keine Diskussion, ob die Politiker-Gehälter im Generellen zu hoch sind, sondern ob in einer sehr angespannten Lage, in der wir uns befinden, die Führungskräfte dieses Vehikels sozusagen auf eine Gehaltserhöhung verzichten. Und natürlich können wir das, wie die KPÖ das eingebracht hat, natürlich unterstützen. Wir haben einen Abänderungsantrag vorbereitet, der genau der gleiche Antrag ist wie im letzten Jahr, der auch einstimmig durchgegangen ist. Wo es einfach darum geht, auch die anderen Führungskräfte auf Verwaltungsebene mit ins Boot zu holen. Niemandem wird übergebührlich etwas weggenommen, niemand wird groß sanktioniert. Es ist einfach eine Maßnahme, die man ja auch im privaten Bereich treffen würde, wenn sich ein Unternehmen in Schieflage befindet, dass dann eben die Führungskräfte, sozusagen Gehaltsreduktionen oder Erhöhungen, in unserem Fall sind es nur Erhöhungen, einfach reduziert werden. Da ist nichts ungebührlich daran, da ist nichts verwerflich daran. Wir haben halt diese Struktur, dass es sowohl politisch gewählte als auch sozusagen verbeamtete oder Vertragsbedienstete in hoher Funktion gibt. Das haben Unternehmen nicht, aber ich finde es sehr, sehr wichtig, dass man da alle diese Führungskräfte, seien sie nun Politiker oder anderweitige hohe Führungskräfte, dass man sie alle in ein Boot holt. Wir haben im Endeffekt auch nur dem Folge geleistet, was uns die Abteilung letztes Jahr in Beantwortung unseres Antrages, der einstimmig durchgegangen ist, vorgeschlagen hat, nämlich eine Petition an den Landesgesetzgeber zu richten, also diesem Vorschlag sind wir eben sozusagen nachgekommen.

Daher stelle ich namens des korruptionsfreien Gemeinderatsklubs nachstehenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat ersucht den Landesgesetzgeber, Steiermärkischer Landtag, auf den Petitionsweg für die Grazer Stadtsenatsmitglieder und Klubobleute eine Nulllohnrunde sowie eine Staffelung der Erhöhung der Gehälterbezüge der Spitzenverdiener, ab

einem Bruttogehalt von € 6.000,00 mit deutlicher Verminderung, zum Beispiel 1,5 % je € 2.000,00 ab € 6.000,00, zu beschließen.

Ich bitte um Zustimmung für diesen Antrag. Kurze Erklärung: Wir wollten da jetzt nicht der KPÖ einen etwaigen Erfolg oder sonst irgendwas wegnehmen, uns wurde nur mitgeteilt in einem Antrag, also als Zusatzantrag ist das nicht möglich, wenn wir zwei Petitionen richten, weswegen wir das sozusagen zu einem zusammengefügt haben. Keine Bösartigkeit, sondern nur eine Notwendigkeit. Vielen Dank.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Abänderungsantrag

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Der Gemeinderat ersucht den Landesgesetzgeber/Steiermärkischen Landtag auf dem Petitionsweg für die Grazer Stadtsenatsmitglieder und Klubobleute eine Nulllohnrunde sowie eine Staffelung der Erhöhung der Gehälter/Bezüge der „Spitzenverdiener“ (ab einem Bruttogehalt von EUR 6.000) mit deutlicher Verminderung (zum Beispiel 1,5% je EUR 2.000 ab EUR 6.000) zu beschließen.

Stadtrat **Eber**:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Frau Klubobfrau Schlüsselberger.

Klubobfrau **Schlüsselberger**:

Liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat, liebe Zuhörer:innen. Mit der Grundintention, gehen wir natürlich mit, es ist wichtig, dass wir alle uns bei der Nase nehmen, schauen, was wir tun können. Mit dem Abänderungsantrag tue ich mir

schwer, also mit 50% und wurscht, ob es jetzt ein Zusatz oder eine Abänderung, Ergänzung, was auch immer ist. Ich finde es ein bisschen schwierig zu sagen, dann nehme ich meine Mitarbeiter:innen und bei denen spare ich auch. Wieso? In meinem anderen Leben bin ich eine Führungskraft. Ich habe selber Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die durch ruckige Zeiten mit mir gehen, durch gute Zeiten mit mir gehen, die da sind, die machen, die tun, in einem Unternehmen, das wertbeständig ist und vor gut 120 Jahren schon damit begonnen hat, genauso zu denken und zu arbeiten. Und was machen die, wenn es ruckig ist, wenn es nicht läuft? Als Letzter bei den Leuten sparen, bei denen, die das Schiff noch lenken, wenn wirkliches Fahrwasser wild ist. Bei denen, die dann noch Einsatz zeigen müssen, auch wenn es einmal knapp ist, wenn Überstunden sind, und das machen wir damit. Da sagen wir auch bei den Führungskräften, dann sparen wir halt bei euch quasi, bei euch ist ja wurscht. Die Führungskräfte sind die, die die Nachtschicht machen, wenn uns etwas einfällt und wir am nächsten Tag eine politische Antwort wollen. Die Führungskräfte sind die, die bei Bürger:innenveranstaltungen stehen und sich die Watschen auch noch abholen, die dort mitstehen und die Bauprojekte, Vorschriften und oft die Rechtslage verteidigen müssen, weil es halt nicht immer von allen auch so gesehen wird. Die Führungskräfte sind die, die dann angerufen werden, wenn es keinen Platz gibt, wenn das Kind nicht unterkommt, wenn eine Kinderkrippe zusperren muss, weil sie nicht übernommen werden kann oder sich darum kümmern müssen, dass sie übernommen wird. Also die Führungskräfte leisten Gutes, die Führungskräfte in diesem Haus sind nicht weniger wert als die anderen Mitarbeiter:innen und sollten von unserer Meinung aus nicht mitberücksichtigt werden. Klar ja zum Grundantrag, nein aber zum Abänderungsantrag.

Stadtrat **Eber**:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wer möchte zuerst? Erste Wortmeldung zuerst, Herr Klubobmann Dreisiebner.

Klubobmann **Dreiebner:**

Geschätzte Antragstellerin und Neo-Clubobfrau, vielen Dank für deinen Antrag, vielen Dank auch, dass du die Anregung aufgenommen hast, die Klubobleute mit in diese Petition hineinzunehmen. Grundsätzlich möchte ich zwei bis drei Dinge für unsere Fraktion klarlegen: Wir sind eigentlich im Vergleich zu den Jahrzehnten im 20. Jahrhundert, bevor das Bezügegesetz oder die sogenannte Gehaltspyramide für Politikerinnen und Politiker 1997 erstmals als Bundesgesetz erlassen worden ist, mittlerweile in einer gewissen Klarheit drin, die zumindest die Bundesebene betrifft. Auf Länderebene ist es dann schon wieder etwas unterschiedlich. Trotzdem gibt es so quasi eine Orientierung für die einzelnen Landesregierungen beziehungsweise auch für Kommunen, was da in der Politik je nach Größe der Aufgabe der Verantwortungsweite an Gehältern ausbezahlt werden soll. Wie ihr wahrscheinlich alle wisst, ist die Festlegung des Grundsockels ist das Gehalt eines Nationalratsabgeordneten, einer Nationalratsabgeordneten, wird vom Rechnungshof auch entlang der Pensionserhöhungen festgelegt und dann eben entsprechend mit Prozentsätzen in Richtung Minister:innen, Bundeskanzlerin, Bundespräsidentin nach oben beziehungsweise eben zu anderen Abgeordneten nach unten, Bundesrat etc. festgelegt. Was auf der Bundesebene und auf der Landesebene aus meiner Sicht sehr gut funktioniert, in Zeiten hoher Inflation beziehungsweise von dem Gedanken, dass man gewissen Spargedanken mittragen sollte, ist, dass man eine Nulllohnrunde zum Beispiel der Regierungsmitglieder und Klubobleute im Bund festgelegt hat. Dem ist auch das Land gefolgt. In Graz sind wir da ausgenommen gewesen und daher haben wir einen sehr hohen und je nach Gehalt immer höheren Bruttozuwachs gehabt im letzten Jahr und dem entgegenzuwirken, dafür stehe ich sehr gut ein. Ich stehe auch dafür ein und hoffe, dass das die nächste Bundesregierung oder im Parlament eine Partei aufnimmt, dass man sich über dieses Bezügegesetz und diese prozentuellen Erhöhungsregeln Gedanken macht.

In diesem Sinne werden wir diesen Antrag unterstützen, wiewohl ich auch sage, es soll politische Leistung auch entsprechend entlohnt werden, es soll so sein, dass man

davon auch ein entsprechendes Auskommen hat, es ist eine hohe Verantwortung, und ich habe es ja schon dargestellt, je nach Rolle eine höhere oder eine sehr hohe.

Auf der anderen Seite soll man auch nicht aus dem Auge verlieren, dass die Politiker:innen-Gehälter im Durchschnitt weitaus höher sind als Angestellteinkünfte etc.

Noch ein Wort zu den Spitzenbeamt:innen ab € 6.000,00: Ich habe gar kein gutes Gefühl, das im Gemeinderat so zu diskutieren und als Petition oder auch sonst...

Zwischenruf

Klubobmann **Dreisiebner:**

Ich habe kein gutes Gefühl, wir haben ja auch nachher noch gewisse Gespräche geführt, das im parlamentarischen Gremium so zu machen. Es in irgendeiner Form politisch zu diskutieren und weiter zu tragen, das kann man machen. Ich verweise aber auf eines: Wir sind in einem gewissen Wettbewerb, wir müssen heute schon oft mit Sonderverträgen, ich nenne jetzt zum Beispiel Technikerinnen und Techniker, agieren, damit wir überhaupt Menschen in diesen Gehaltsniveaus bekommen, weil es eben auch die Privatwirtschaft gibt, weil es andere öffentliche Instanzen gibt und so weiter und so fort. Also da würde ich schon bitten, dass wir uns irgendwo ein Gremium finden, das nicht, wie hier heute der Gemeinderat, über das Wohl und Wehe von sogenannten Spitzenbeamt:innen befindet. Ich danke.

Stadtrat **Eber:**

Danke. Herr Klubobmann Pascuttini.

Klubobmann **Pascuttini:**

Sehr geehrter Vorsitzender, hoher Gemeinderat, lieber Herr Klubobmann Dreisiebener, ja, dann schaffen wir dieses entsprechende Gremium, da können wir uns ja etwas

überlegen, dann können wir darüber dort diskutieren. Zur Klubobfrau davor von der SPÖ: Also wenn man etwas im Vorjahr beschließt, ein Jahr später hat man dann Bedenken dagegen, das finde ich immer ein bisschen komisch, aber gut, es können sicher die Interessenlagen ändern, dann stimmt man halt ein Jahr später dagegen. Soll so sein, soll mir recht sein, ist jedem diese Bewertung überlassen. Man muss halt schon eines sagen, der öffentliche Dienst und die Privatwirtschaft, die unterscheiden sich halt in gewissen Bereichen. Vor allem in der Privatwirtschaft habe ich höhere Gehälter. Das ist richtig, dafür habe ich eine größere Unsicherheit, dafür habe ich oft auch ein unternehmerisches Risiko. Das haben die Spitzenbeamten in diesem Haus nicht, das muss man ganz klar sagen. Irgendwann, wenn es ganz dramatisch wird, Bürgermeister Schaden in Salzburg, dann kommt vielleicht der Hafrichter, aber da muss sehr, sehr viel passieren, dass es dahin geht. Und ich darf auch daran erinnern, da soll kein böses Blut fließen, aber das haben wir früher auch schon einmal diskutiert über die Performance eines früheren, sagen wir, Finanzverantwortlichen, der ist dann ausgeschieden und wurde dann sofort verlängert. Alle anderen Mitarbeiter in diesem Haus müssen, haben früher damals, zur damaligen Zeit, vor eineinhalb Jahren, ein Jahr unbefristet sein müssen, dann noch einmal zwei Jahre befristet sein müssen, dann haben sie einen unbefristeten Vertrag bekommen. Derjenige, der sich jetzt nicht mit Ruhm bekleckert hat, was die Leistung, die Unsicherheit in diesen Zeiten betroffen hat, der ist gleich unbefristet gestellt worden, zu einem sehr, sehr guten Gehalt. Also das ist der öffentliche Dienst, das ist das, was Sie auch machen. Jetzt stellen Sie sich hin und sagen, naja, gut, man muss da auch auf die Führungskräfte und dergleichen auch Rücksicht nehmen. In der Privatwirtschaft, in der Unternehmensrestrukturierung oder wenn es gar zur drohenden Insolvenz kommt oder die Insolvenz schon angemeldet worden ist, schauen Sie in die Insolvenzordnung, was ich da alles für Möglichkeiten habe. Da kann ich auch Arbeitnehmer entlassen in gewissen Bereichen, das ist halt leider so. Deswegen der Unterschied zu hier, das passiert hier einfach nicht aus gutem Grund auch. Das muss jeder wissen, wenn er den Weg einschlägt im öffentlichen Dienst zu sein oder wenn er in der Privatwirtschaft ist. Wir wollten mit diesem Antrag niemandem etwas wegnehmen, das ist sowieso klar. Es werden nur die Erhöhungen,

wir haben auch gesagt, eine Staffelung angepasst. Und ich drehe es jetzt um, sagen wir einmal, wir würden jemandem etwas mehr geben. Wir würden jetzt darüber diskutieren, ob wir etwas mehr geben. Ja, würden Sie es fair finden, dass der, der € 3.000,00 brutto verdient, 7 % mehr kriegt oder weniger kriegt? Oder was auch immer, und der mit 15 brutto auch oder mit 12 brutto auch, das ist einfach nicht fair. Ja, es sind relative Prozentzahlen, ist dann das gleiche, aber absolut kriegt einfach viel mehr heraus. Das ist das, worauf ich hinweisen will. Und für mich, als jemand, der über diese € 6.000,00 Grenze liegt mit zwei Gehältern, könnte man als Klubobmann auch etwas weniger nehmen, könnte man auch etwas wegtun, könnte man auch beim anderen Gehalt, gut, vielleicht nichts kürzen, weil das kommt aus der Privatwirtschaft und dort wird ja schon genug gekürzt durch die Steuern, aber man kann halt einen solidarischen Beitrag von den Personen, die in diesem Haus als Führungskräfte tätig sind, etwas verlangen mit all den Ausnahmeregelungen und dergleichen. Und wenn Sie Sonderverträge ansprechen, dann braucht es auch da einmal ein Umdenken, weil was in den letzten Jahren und Jahrzehnten davor oft mit Sonderverträgen bewirkt wurde, da kommt mir das Grausen. Ich muss dazu sagen, dass eine oder andere wird ja auch noch verhandelt oder ist noch in der Schwebe und man versucht, das noch irgendwie auszumerzen. Also, diese Sonderverträge waren nicht immer nur dazu da, die besten Leute in die Stadt Graz zu holen, das sei mir auch erlaubt, das so zu sagen. Es gibt sehr viele gute Führungskräfte in diesem Haus. Es gibt auch Führungskräfte, die das befürworten würden, gibt Führungskräfte, die sich dagegen aussprechen. Ist mir klar, wir haben einen Vorschlag gebracht, der letztes Jahr einstimmig durchgegangen ist, heuer geht er nicht mehr durch, gut, nehme ich zur Kenntnis, soll so sein, vielen Dank.

Stadtrat **Eber**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, bitte zum Schlusswort.

Klubobfrau **Mohsenzada:**

Zuallererst bedanke ich mich für die breite Mehrheit, die dem Antrag zustimmen wird, nur ein paar Nebenbemerkungen: Liebe Claudia, wir können uns sehr gerne darüber unterhalten, was es bedeutet, seinen Job mit Fleiß nachzugehen und dabei nur einen Facharbeiterlohn zu beziehen. Du kennst einige in diesem Raum, die das ebenso machen, also das ist durchaus möglich. Und leider können wir dem Abänderungsantrag nicht zustimmen, meine Kollegin Daniela Schlüsselberger hat das genauer ausgeführt. Und nur zum Abschluss, lieber Kollege Pascuttini, jeder darf etwas von seinen Bezügen weggeben, das steht jedem und jeder frei. Vielen Dank.

Stadtrat **Eber:**

Wir kommen zur Abstimmung, zunächst der Abänderungsantrag des KFG. Wer dem Abänderungsantrag zustimmt, bitte um ein Zeichen. Danke. Das ist nur KFG und NEOS. Gegenprobe machen wir sicherheitshalber, jawohl, dieser Antrag ist damit abgelehnt.

Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen KFG, NEOS).

Wir kommen zum eigentlichen Antrag von der Kollegin Mohsenzada. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe, ist somit einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag - Selbstbestimmtes Wohnen am Bauernhof von Gemeinderat Philipp Ulrich.

9.2 Selbstbestimmtes Wohnen am Bauernhof (GR Ulrich, KPÖ)

Gemeinderat **Ulrich:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Wir hatten jetzt gerade das Thema Nulllohnstunden, also quasi, wo es um Nicht-Selbstbestimmung geht. Jetzt geht es um Selbstbestimmung. Die Stadt Graz nimmt dahingehend aber die Verantwortung wahr und marschiert in eine inklusive Zukunft. Wir versuchen es zumindest, haben relativ viel auf den Weg gebracht und versuchen, die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention zu erfüllen. Wie wir alle wissen, sind diese Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention letzten Herbst, vor allem was Österreich angeht, vom Fachausschuss ziemlich zerrissen worden. Wir haben da als großes, großes Manko den Bildungsbereich, das Werkstätten-Prinzip und vor allem die eigentlich überhaupt nicht angegangene Deinstitutionalisierung. Ich habe mir gemeinsam mit Selbstvertreter:innen bzw. bin ich da jetzt die Trägerrakete, Gedanken gemacht, wie man trotz der Situation, in der wir uns befinden, haben wir heute schon diskutiert, finanzielle Lage, Möglichkeiten finden, die Deinstitutionalisierung weiterzutreiben. Ich möchte auch bitte darauf hinweisen, dass die Stadt Graz, vor allem, dass wir eine Petition gestartet haben bezüglich Deinstitutionalisierung und wir die dem steirischen Landtag übergeben werden. Ich bitte, bitte, bitte die Kolleginnen und Kollegen, alle das zu unterschreiben, Freunde, Kolleginnen und Kollegen, davon zu überzeugen, das zu unterschreiben. Das wäre wichtig, dass wir da etwas weiterkriegen. Eine weitere Möglichkeit, die wir uns ausgedacht haben besteht darin, leerstehende bäuerliche Strukturen anzumieten und für Menschen mit Behinderung bzw. Beeinträchtigungen zur Verfügung zu stellen. Wir sind als Stadt Graz oder wir haben in der Stadt Graz 356 landwirtschaftliche bzw. forstwirtschaftliche Betriebe und sind damit aktuell die größte Bauerngemeinde Österreichs. Mit landwirtschaftlicher Produktion alleine tun sich viele Landwirtinnen und Landwirte schwer, über die Runden zu kommen. Ich selbst habe immer wieder Arbeitskolleginnen und -kollegen,

die einen Hof besitzen und bei uns als Heimhilfe in den Einrichtungen aushelfen bzw. ein zusätzliches Einkommen sich sichern. Wir haben uns gedacht, wie könnte man hier Synergieeffekte nutzen, Win-Win-Situationen zu schaffen und würden vor allem, weil Graz ja dahingehend ganz spannend ist, weil die Landwirtschaft in Graz ja quasi jetzt nicht ganz am Ende der Welt ist, sondern wir ein sehr urbanes Milieu hier vorfinden, hätten wir die Möglichkeit, diese leerstehenden Räume zu nutzen und für Menschen mit Beeinträchtigung bzw. Behinderung zur Verfügung zu stellen. Wir wissen von Projekten, wo sogar Beschäftigungsverhältnisse direkt mit den Hofbesitzerinnen und -besitzern stattgefunden haben, wo auch dann Fördermaßnahmen anders möglich wären.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich deshalb folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat ersucht Inklusionsstadtrat Kurt Hohensinner, Gespräche mit Trägerorganisationen, Landwirtschaftskammer, dem Land Steiermark und weiteren Stakeholdern zu führen, um die Schaffung solcher Wohngemeinschaften für die Stadt kostenneutral anzustoßen. Dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege, Soziales, Senioren und Integration ist bis zur Jänner-Sitzung zu berichten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich auf eine lebendige Diskussion, im Zeichen der Inklusion und hoffe natürlich auf breite Zustimmung.

Originaltext des Antrages:

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat ersucht Inklusionsstadtrat Kurt Hohensinner, Gespräche mit Trägerorganisationen, Landwirtschaftskammer, dem Land Steiermark und weiteren möglichen Stakeholdern zu führen, um die Schaffung solcher Wohngemeinschaften für

die Stadt kostenneutral anzustoßen. Dem Ausschuss für Gesundheit & Pflege, Soziales, Senioren und Integration ist bis Jännersitzung zu berichten.

Stadtrat **Eber**:

Schauen wir. Ich habe schon eine Wortmeldung vorliegen. Bitte Frau Gemeinderätin Leban-Ibrakovic.

Gemeinderätin **Leban-Ibrakovic**:

Sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher:innen zuhause und hier. Noch ein paar. Generell, lieber Antragsteller, dürfen wir deinen Antrag natürlich begrüßen, das heißt, die Idee ist, auch wie du ausgeführt hast, ja keine neue, es gibt bereits sehr viele Best-Practice-Beispiele, die du auch angeführt hast, auch Kainbach ist so ein Beispiel und es wird praktiziert. Allerdings ist es unserer Meinung nach und meiner persönlichen Erfahrung nach eher unrealistisch, das auf kostenneutralem Wege weiter auszubauen, weil wie wir heute ja schon diskutiert haben beim Budget, alles ist irgendwie trotzdem mit Kosten verbunden und ich würde gerne kurz ausführen, warum wir diesen Zusatzantrag jetzt heute einbringen. Du hast angeführt, dass es einige Stellen gibt, die eben bitte Gespräche führen sollen und die, habe ich jetzt so aus dem Antragstext herausgelesen, sollten diese Projekte finanzieren, aber die Stadt selbst sollte eben kostenneutral dann schlussendlich diese Projekte umsetzen können. Das ist eher unrealistisch, dass wir sowohl die Träger als auch das Land und Bund und wen auch immer noch dazu bringen, Projekte für uns umzusetzen, ohne dass wir selbst auch dazuzahlen. Außerdem, und da haben wir heute auch schon beim Budget diskutiert, wird das irgendwann wieder beim steirischen Behindertengesetz aufschlagen, weil es ja dann schlussendlich auch irgendwie um Pflichtleistungen geht und das Geld können wir jetzt zwar dann einmal im Kreis schicken, aber irgendwann wird es trotzdem wieder auf uns zurückkommen. Und wie wir heute auch schon diskutiert haben, geht es da vielleicht

doch auch um eine Schwerpunktsetzung. Das heißt, generell begrüßen wir diesen Ansatz und du bist ja jetzt auch in einer guten Position, vielleicht dafür Geld zu verhandeln, dass das dann auch möglich ist, solche Projekte weiter zu fördern. Du hast auch angegeben, man könnte einen Verein gründen und der kann das dann dort irgendwie bewirtschaften. Ja, aber wie finanziert sich der Verein? Der Verein wird dann wahrscheinlich um Subventionen ansuchen. Das heißt, irgendwie wird er auch Geld brauchen, weil sonst wird das schwierig werden. Wir haben uns dann auch mit Verantwortlichen ein bisschen unterhalten - ist das realistisch? Generell ist es natürlich zu begrüßen, aber jeder sagt, na ja, kostenneutral ist es nicht, weil sobald es irgendwie an öffentliche Gelder gebunden ist, gibt es dann auch spezielle Anforderungen, die gleich aufschlagen. Und zwar die Barrierefreiheit zum Beispiel. Das heißt, viele Örtlichkeiten müssen dann barrierefrei überhaupt erst einmal hergerichtet werden und das kostet sehr viel Geld, vor allem bei den Bauernhofstrukturen. Und was jetzt auch Bauernhöfe betrifft, du hast zwar die größte Bauernhofgemeinde angesprochen, aber Graz ist trotzdem von der Struktur her anders als in ländlichen Regionen. Das heißt, was Leerstände und so weiter betrifft und Nebenerwerbstätigkeit, da könnten wir jetzt auch noch diskutieren, bedeutet das auf jeden Fall, dass egal wo das ist, die Leute geschult werden müssen und einen zusätzlichen Aufwand haben. Das heißt, von wem werden sie dann betreut? Welche Ausbildungen müssen sie haben? Wie werden dann auch die geschult, die dann sozusagen dort vor Ort mit ihnen arbeiten? Das alles kostet einfach Geld. Wie wird das begleitet und so weiter und so fort.

Und deswegen noch einmal, also wie gesagt, es ist gut, wir werden auch mitgehen prinzipiell, aber wir möchten den Zusatzantrag einbringen, weil es unserer Meinung nach schon wichtig ist, auch realistisch zu bleiben und da jetzt nicht nur Leute zu beschäftigen und Personalkosten wieder zu generieren, um Gespräche zu führen und etwas zu entwickeln, was dann schlussendlich eigentlich nicht umsetzbar ist. Und deswegen darf ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsklubs den

Zusatzantrag

einbringen. Herr Stadtrat Eber wird ersucht, ebenso an den im Motiventext des Antrages genannten Gesprächen teilzunehmen und allenfalls die notwendigen

finanziellen Belastungen, die auf die Stadt Graz zukommen könnten, zu prüfen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Originaltext des Zusatzantrages:

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

Zusatzantrag:

Stadtrat Eber wird ersucht, ebenso an den im Motiventext des Antrags genannten Gesprächen teilzunehmen und allenfalls die notwendigen finanziellen Belastungen, die auf die Stadt Graz zukommen könnten, zu prüfen.

Stadtrat **Eber:**

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau Klubobfrau Schlüsselberger.

Klubobfrau **Schlüsselberger:.**

Liebe Stadtregierung, lieber Gemeinderat, liebe Zuhörer:innen und vor allen Dingen lieber Antragsteller, ja, du hast mich voll und ganz. Ich finde es gut, immer über den Tellerrand zu denken. Ich finde es gut, Sachen zu probieren und neue Möglichkeiten. Deswegen auch klare Zustimmung von uns mit dem kleinen Beisatz: Man muss allerdings auch darauf schauen, dass diese Unterbringungsform auch dem entspricht, was man sich idealtypisch wünscht. Es gab gerade Kontrollen, es gab gerade Überprüfungen in diversen Betrieben von den Fachabteilungen und an dieser Stelle sei nun nachträglich erwähnt, ja, es braucht solche Formen, aber die Leistungsverordnung sowie das Behindertengesetz müssen unbedingt eingehalten werden, und es müssen dort die besten Rahmenbedingungen herrschen, denn nur so kann das Konzept auch nachhaltig funktionieren für die Teilnehmer:innen. Danke.

Stadtrat **Eber**:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Wenn das nicht der Fall ist, stimmen wir drüber ab. Wer ist für die Dringlichkeit? Danke. Gegenprobe, ist somit einstimmig angenommen.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen

Wünscht jemand zum Inhalt das Wort? Ist schon alles gesagt. Dann bitte zum Schlusswort.

Gemeinderat **Ulrich**:

Also erstens einmal, ja, natürlich, ich bitte auch diesen Antrag in erster Linie dahingehend zu betrachten, dass es einmal darum geht, einen Platz zu finden. Wie ein mir sehr lieber großer gesellschaftlicher Vordenker, der Bud Spencer hat einmal gesagt: „Ohne Heu kann das beste Pferd nicht furzen“. Das stimmt, es wird nicht gänzlich gehen, ohne dass man dem Ganzen nachher finanziell natürlich unter die Arme greift, aber wir versuchen natürlich auf kreative Weise in der Situation, in der wir stecken, das Beste herauszuholen.

Was die Daniela Schlüsselberger angeht, ja, natürlich, also ich habe auch davon jetzt erfahren, dass quasi die Betreiber oder die Projekte, die bis jetzt dahingehend schon stattgefunden haben, nicht alle scheinbar bei einer Überprüfung standgehalten haben. Scheitern tun wir aber nur, wenn wir aufhören, es zu versuchen. Liebe Conny, wir werden deinen Zusatzantrag selbstverständlich unterstützen. Ich bedanke mich dafür, dass du ihn eingebracht hast. Wir werden uns dann auch natürlich mit Manfred zusammensetzen. Mein Appell an die Kolleginnen und Kollegen: Im Zuge der UN-Behindertenrechtskonvention ist die Deinstitutionalisierung wirklich etwas Wichtiges. Es schafft mehr Selbstbestimmung. Wir wollen weg vom Werkstättenprinzip. Deshalb nutze ich mein Schlusswort noch einmal dafür, bitte, bitte, bitte an euch alle zu

appellieren: Unterstützt die Petition des Behindertenbeirats, gebt es euren Freundinnen und Freunden und Bekannten. Vielen Dank.

Stadtrat **Eber**:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem zustimmt, bitte um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe, ist somit einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zusatzantrag der ÖVP, wer diesem zustimmt, auch ein Zeichen. Danke. Gegenprobe, auch einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag von der ÖVP. Frau Gemeinderätin Gmeinbauer.

9.3 Busparkplatz – Synergien Park and Ride Murpark nutzen (GRⁱⁿ Gmeinbauer, ÖVP)

Gemeinderätin **Gmeinbauer**:

Liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme mit einem alten und dennoch neuen Vorschlag, nämlich für unsere Vorbehaltsfläche im Murpark. Meine ÖVP-Fraktion hat bereits durch mehrere Initiativen hier im Gemeinderat zur Park-and-Ride-Vergrößerung im Murpark angeregt. Wir haben seinerzeit am 08. Juli 2021

gemeinsam mit der SPÖ und mit der KPÖ diese Anlage mit einem Grundstückskauf in der Höhe von € 4,4 Millionen einmal ankaufen können. Mittlerweile sind drei Jahre vergangen und es ist dort nichts passiert. Wir wissen, dass die Park-and-Ride-Anlage im Murpark ständig ausgelastet ist. Das rührt auch daher, dass der Murpark eine perfekte Anbindung in die Grazer Innenstadt hat, die auch angenommen wird. Wer von euch mit den Öffis dort hinfährt aus der Innenstadt oder auch von dort von der Park-and-Ride-Anlage in die Innenstadt fährt, ist bekannt, dass wir dort die Straßenbahnlinie 4 und 13 anbieten können, sowie die Buslinien 64 und 74. Darüber hinaus halten dort sechs Regionalbuslinien und mit dem Bahnhof Liebenau-Murpark haben wir auch eine S-Bahn-Anbindung. Das heißt, nebst dem Hauptbahnhof, Don Bosco und Puntigam ist Liebenau-Murpark einer der vier Nahverkehrsnoten in Graz. Das ist gut so, da ist wirklich ganz was Tolles gelungen. Und das würden wir gerne vom Platzangebot erweitert wissen. Daher darf ich jetzt mit meinem alten Anliegen auf eine weitere Idee noch vergrößern. Wir haben stetigen Zuwachs von Bustouristen hier in Graz und ich spreche nicht ausschließlich von der kommenden Adventzeit, wo wir wissen, dass viele Tagesbustouristen in unsere Innenstadt kommen, weil wir ein großes, breites Adventmarktangebot anbieten können, was Gott sei Dank von Bustouristen auch gut angenommen wird. Diese Busse, wie bekannt, parken auch größtenteils, wenn nichts mehr geht, den Joanneumring herum herunter. Das heißt, die bisherige Busspur ist dann ein Busparkplatz. Wie euch ja bekannt ist, gibt es ja dahingehend auch ein zukünftiges anderes Verkehrskonzept, in dem eine Spur weggenommen wird, weil wir quasi die Innenstadtumfahrung für Radfahrer eine Spur geben möchten, wo ich in einem Nebensatz gleich dalassen darf, dass auch die Schmiedgasse und noch weitere Innenstadtfußgängerzonen reine Fußgängerzonen werden, wenn wir dort die Umfahrung haben. Aber ich darf wieder zurückkommen zu unseren mangelnden Busparkplätzen. Wir konnten im letzten Jahr in der Adventszeit mit der Hohenstaufengasse eine Fläche für Busse anbieten. Wir wissen aber, und das weiß ich auch in Abstimmung mit dem Citymanagement, dass die Busse lieber den Straßenzettel in der Innenstadt in Kauf nehmen, als in die Hohenstaufengasse zu fahren. Na ja, wer von euch diese Fläche dort kennt, erstens ist die Anbindung dort in die Innenstadt nicht

sehr großzügig, wie im Murpark und auch das Umfeld dort mit der Gastronomie ist nicht nur gleich über die Straße erreichbar, sondern man müsste sich dort ein paar Schritte weiter bewegen in den Citypark, damit die Buschauffeure auch tagsüber etwas Unterhaltung, beziehungsweise auch kulinarische Verweilflächen angeboten werden können. Wir haben auch einmal früher von der Kirchnerkaserne gesprochen, wir haben auch über die Holding-Fläche gesprochen, die tagsüber ja frei ist. In der Kärntnerstraße haben wir auch kurz gehabt, als Pilotprojekt. Wie bekannt, Holding geht nicht und die Kirchnerkaserne, wie wir wissen, hat auch eine andere Ausrichtung bekommen. Von daher würde ich bitten, zum von uns geforderten Gesamtkonzept für den Verkehr, dass man auch zukünftig bitte unsere Busse in Graz mitbedenkt. Und ich rede, wie gesagt, nicht nur von der Adventszeit, sondern wir können uns freuen, dass unsere Touristiker auch auf Busse umsteigen und da brauchen unsere Graz-Tourismus und auch unsere Hotellerie für diese Gäste, die ein oder zwei Nächte in Graz verweilen und nächtigen, auch einen Platz, wo sie sagen können, dass die Chauffeure ihre Busse hinstellen können.

Von daher darf ich bitte folgenden

Dringlichen Antrag

einbringen: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden gebeten, inwieweit die bestehende Fläche bis zur Errichtung der Park-and-Ride-Anlage provisorisch befestigt werden kann und als Busparkplatz für Tagestouristen und auch für die zukünftige Adventszeit kostenlos zur Verfügung gestellt werden kann. Weiters ob ein Busparkplatz in die Park-and-Ride-Anlage zu integrieren ist, zukünftig, wenn wir dann eine ordentlich befestigte Fläche und eine gesicherte Zufahrt zu dieser Fläche haben. Und unter Punkt 3 wird gebeten, dass man bitte einen Bericht über den geplanten grundsätzlichen Ausbau zum Park & Ride-Murpark vorlegt. Dieser Bericht wird vor allem gebeten, in diesem mit einem genauen Zeitplan auszustatten. Danke für die Aufmerksamkeit.

Originaltext des Antrages:

Im Sinne des Motiventextes stelle ich daher namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

Dringlichen Antrag:

- 1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden gebeten zu prüfen, inwieweit die bestehende Fläche bis zur Errichtung der Park and Ride Anlage provisorisch befestigt werden kann und als Busparkplatz für Tagestouristen zur Verfügung gestellt werden kann.*
- 2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden gebeten zu prüfen, ob ein Busparkplatz in die Park and Ride Anlage zu integrieren ist.*
- 3. Die zuständigen Stellen werden gebeten, einen Bericht über den geplanten Ausbau des P&R-Murpark vorzulegen. Diesem Bericht soll vor allem ein genauer Zeitplan beiliegen.*

Stadtrat **Eber:**

Danke. Gibt es hier Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Herr Gemeinderat Lenartitsch bitte.

Gemeinderat **Lenartitsch:**

Liebe Stadtregierung, liebe Kolleg:innen im Gemeinderat, liebe Zuseherinnen und Zuseher, liebe Antragstellerin, ein guter Dringlicher Antrag. Mir sind nur ein paar Sachen aufgefallen, wo man sagt, da geht es halt noch nicht so schnell. Du hast auch in deinem Statement ja schon gesagt, dass die Busfahrer halt lieber diesen Strafzettel von 24€ in Kauf nehmen, anstatt in der Hohenstaufengasse ein Tagesdicke von 60€ zu nehmen. Das ist jetzt für mich eigentlich ein strukturelles Problem, wo man sagt, wie kriege ich die dort hinunter? Ich finde den Citypark generell nicht so weit entfernt von der Hohenstaufengasse, weil selbst die Autobuschauffeure, die dort von der Post AG

bzw. von den Bundesbahnen auch beschäftigt sind oder auch von den Fremdfirmen, nehmen das auch in Kauf, um ihre Pause dort zu machen, und wenn jetzt ein Bus da 7, 8 Stunden da steht, wird er wahrscheinlich froh sein, dort einfach so günstig parken zu können. Wenn man das ein bisschen mit der Stadt Salzburg vergleicht, muss ich bereits, bevor ich in die Stadt hineinfahre, um Fahrgäste rauszulassen, einen Slot buchen, damit ich überhaupt hineinfahren kann, darf meine Fahrgäste aussteigen lassen und dann muss ich wieder so quasi rausfahren. Und wenn ich sie abhole, muss ich wieder einen Timeslot buchen, damit ich so quasi reinkomme in die Stadt, um Fahrgäste abzuholen. Das heißt, es ist eher mehr so ein infrastrukturelles Problem bzw. ein strukturelles Problem, das wir haben, wie wir das in den Griff bekommen. Wir haben ja auch – und du hast es ja richtig gesagt – das Citymanagement hat ja auch schon Gespräche gehabt mit dem Land, wo weitere sechs Parkplätze im Bereich des Griesplatzes bzw. zwei, glaube ich, beim Lendplatz auch, derweil geschaffen wurden. Das ist zumindest ein kleiner Wermutstropfen, aber generell müssen wir schauen, dass man sie halt einfach vom Opernring dort wegbekommt.

Was den Park-and-Ride-Parkplatz betrifft oder diese Fläche neben Park-and-Ride-Parkplatz in Liebenau, stelle ich mir das kurzfristig relativ schwer vor, weil man erstens wahrscheinlich die Zufahrt, diese Brücke wahrscheinlich, dort irgendwie erneuern muss. Man muss halt sich quasi dieses Gelände dementsprechend herstellen und ich glaube, man braucht sogar ein wasserrechtliches Gutachten im Moment dafür, um dort überhaupt einen Parkplatz machen zu dürfen. Das wird, glaube ich, so viel Zeit in Anspruch nehmen, dass es zumindest für den Advent auf jeden Fall nicht mehr funktionieren wird, aber vielleicht in späterer Folge. Deshalb zur Dringlichkeit, ja, sind wir dabei. Danke.

Stadtrat **Eber**:

Danke, gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Herr Gemeinderat Kozina-Voit bitte.

Gemeinderat **Kozina-Voit:**

Liebe alle, liebe Antragstellerin. Es sind da jetzt drei Punkte drauf, einiges hat der Kollege Lenartitsch schon auch gesagt. Grundsätzlich ist es ja sehr zu begrüßen, wenn Leute mit dem Bus nach Graz kommen, das ist ja auch ökologisch eigentlich sehr gut, und da müssen wir uns definitiv etwas überlegen. Also, so wie das derzeit läuft, das passt nicht, und da kann man diese Option durchaus prüfen. Es gibt natürlich einiges, was möglicherweise dort geht oder nicht geht, aber genau deswegen prüfen wir es ja, um dann festzustellen, was ist provisorisch möglich, was ist vielleicht auch permanent möglich. Also das ist einmal, glaube ich, sehr sinnvoll.

Die andere Frage ist natürlich mit dem Park-and-Ride insgesamt. Ich habe es eh schon öfter gesagt, es ist schön, wenn wir dort 500 PKW abfangen. Insgesamt haben wir dann halt 179.500 statt 180.000, die in die Stadt reinfahren. Das heißt, das ist nicht schlecht, aber eben die Frage ist, ist das jetzt optimal oder kann man das Geld, das ist ja nicht ganz billig, so etwas hinzustellen, kann man das besser einsetzen und dann mehr Wirkung erzielen. Das heißt, was wir immer sagen, und das gilt nach wie vor, es braucht ein Gesamtkonzept für das gesamte Einzugsgebiet von Graz. Das heißt, die gesamte südliche Steiermark bis rauf nach Leoben, oder Mürzzuschlag oder woher auch immer die Menschen nach Graz pendeln. Vom Land haben wir jetzt die Info, dass die im Finale sind, dass das finalisiert wird. Also vielleicht auch von Seiten der ÖVP, wenn es da irgendwie die Möglichkeit gibt, an die Landesregierung zu appellieren, an die eigenen Leute, vielleicht, dass da was möglich ist. Auch wenn das Verkehrsresort natürlich eine andere Partei hat, ist auch klar.

Und letzten Endes ist natürlich auch die Frage, was wir stadintern dann tun können. Auch da wird geprüft, inwiefern wir innerhalb der Stadt da jetzt wirklich etwas machen können, auch parallel dazu, weil eben auf Landesebene das etwas lange dauert. Und auch natürlich dann die Frage, was im Murpark passieren soll, was dort überhaupt passieren kann. Kosten-Nutzen in Relation gestellt, ökologisch natürlich betrachtet, ökonomisch betrachtet. Und da soll dann auch ein Bericht mit einem Zeitplan etc. herauskommen, wie du das auch gefordert hast, das heißt, insofern können wir da sowohl bei der Dringlichkeit als auch beim Inhalt mitgehen. Danke.

Stadtrat **Eber**:

Danke. Es werden noch Wortmeldungen zur Dringlichkeit entgegengenommen. Wenn es hier keine Wortmeldungen mehr gibt, wer stimmt der Dringlichkeit zu? Das scheint einstimmig zu sein.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Wünscht jemand zum Inhalt des Wortes? Kollege Topf, bitte.

Gemeinderat **Topf**:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kollegen des Gemeinderates. Wieso wir dieses Projekt und insbesondere ich dieses Projekt massiv unterstützen möchte, ist die Situation, dass wir dort eine sehr gute ÖV-Anbindung haben. Also, wir haben tatsächlich so, wie auch die Antragstellerin das ausgeführt hat, wir haben dort zwei Straßenbahnlinien, wir haben dort eine S-Bahn-Anbindung. Das heißt, es ist schon durchaus begrüßenswert, möglicherweise mit einigen Investitionen. Das ist ja schon angesprochen worden, aber dieser Park&Ride-Platz, der seinerzeit, wenn ich das einmal sagen darf, im Jahr 2021, auch das ist schon angeführt worden, so propagiert wurde, angekauft wurde und dann letztendlich hier nicht weiterverfolgt wurde, würde ich meinen, hat zumindest für die Zeit, die ja auch hier angesprochen wird, durchaus die Möglichkeit, hier die Busse aus der Südoststeiermark, sage ich einmal, aus dem Ostbereich aufzufangen. Ich denke, dass das ein tolles Projekt ist, vor allem, und das ist schon mehrfach gesagt worden, weil die ÖV-Anbindung dort wirklich ausgezeichnet ist und die Leute dann ohne große Probleme in die Straßenbahn oder auch die S-Bahn benützen wollen, bei dieser Haltestelle können sie einsteigen und dann relativ rasch auch die Stadt erreichen können. Also deshalb ist dieser Parkplatz aus der Sicht der Anbindung des ÖV durchaus einer Priorität zuzuführen.

Stadtrat **Eber**:

Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, dann bitte zum Schlusswort.

Gemeinderätin **Gmeinbauer**:

Danke schön, ich bin beeindruckt, es scheint einmal etwas durchzugehen, falls ich mich jetzt nicht täusche. Da will ich jetzt gar nicht mehr auf den Kollegen Manuel Lenartitsch eingehen, der mir da ein bisschen signalisiert hat, man muss schon wieder etwas prüfen, aber natürlich muss man etwas prüfen, bevor man etwas macht, aber man kann ja auch gute Ideen einbringen und dann vielleicht endlich einmal dahingehend auch ins Ziel kommen. Von daher, wie gesagt, wenn ich mich nicht täusche, bedanke ich mich jetzt einfach einmal im Vorfeld und würde mich wirklich freuen, wenn man in Zukunft gesehen unsere Bus-Touristen mit einer dynamischen Anlegestelle am Stadtrand parken lässt, dass sie dort gut aufgehoben sind und unsere Gäste dann mit dieser großen Anbindung vom Murpark in die Stadt hereinkommen und unsere Wirtschaft dadurch bereichert wird.

In diesem Sinne bedanke ich mich sehr herzlich, danke schön.

Stadtrat **Eber**:

Danke, wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte um ein Zeichen, danke. Gegenprobe, ist somit einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich übergebe den Vorsitz an die Frau Bürgermeisterin und am Wort ist Kollege Markus Huber.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (17.34 Uhr).

9.4 Ressourcenpark (GR Huber, ÖVP)

Gemeinderat **Huber:**

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Mein Dringlicher Antrag befasst sich heute mit unserem Ressourcenpark und ich glaube, wenn wir vom neu gebaute Ressourcenpark sprechen, können wir da wirklich festhalten, dass es sich um ein wirkliches Vorzeigeprojekt der Stadt Graz handelt und dass wir auch als Stadt Graz da wirklich stolz sein können, was wir da geschaffen haben, jedoch müssen wir auch festhalten, dass da in der letzten Zeit einige Punkte aus der Bevölkerung an uns herangetragen wurden, die wir vielleicht verbessern können. Da wollen wir heute ansetzen mit unserem Dringlichen Antrag. Ein Punkt, der immer wieder genannt wird, ist die Sonntagsöffnungszeit, die leider abgeschafft wurde. Jetzt weiß ich natürlich, da war auch unser Bezirksvorsteher Karl Christian Kvas beteiligt. Aber da haben wir auch mit ihm gesprochen, dass da vielleicht, wenn wir einen guten Kompromiss finden für die Bevölkerung und sagen, dass wir eventuell jeden zweiten Sonntag öffnen, dass er da mit dem gesamten Bezirksrat in Liebenau durchaus auch kompromissbereit wäre. Es geht ja darum, dass wir für die Bevölkerung das beste Serviceangebot schaffen, aber auch gleichzeitig die Anrainerinteressen berücksichtigen. Ich glaube, das wäre mit jedem zweiten Sonntag zum Beispiel eine gute Lösung aus unserer Sicht.

Der zweite Punkt, der an uns herangetragen wird, ist der Punkt, dass die ältere Bevölkerung besonders Schwierigkeiten hat mit der Zufahrt. Dass das halt meistens mit einem QR-Code schwierig ist für die Personen, dass das teilweise technisch nicht umsetzbar ist, weil das System nicht funktioniert, also dass man da vielleicht eine einfache Lösung findet, vor allem für die ältere Bevölkerung.

Der dritte Punkt, der immer wieder genannt wird, ist, dass das Personal sehr, sehr hilfsbereit und sehr, sehr freundlich ist, aber teilweise auch bei technischen

Schwierigkeiten nicht weiterhelfen kann. Also vielleicht sollten wir da auch darin ein bisschen investieren, dass man die besser schult, dass man auch das Serviceangebot erweitert, dass man die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wirklich auch inhaltlich schult und dass die halt weiterhelfen können, wenn es Probleme gibt.

Und aus diesem Grund, stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei folgenden

Dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob eine erneute Sonntagseröffnung zumindest jeden zweiten Sonntag möglich ist, beziehungsweise ob eine Ausweitung der Öffnungszeiten unter der Woche wie ursprünglich angekündigt möglich ist.

Zweitens, die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob das Zufahrtssystem überarbeitet werden kann und eine Abwicklung der Anlieferung von Müll ohne die App bzw. QR-Code möglich ist.

Ich bitte um breite Annahmen.

Originaltext des Antrages:

Daher stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei folgenden

Dringlichen Antrag:

- 1. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob eine erneute Sonntagsöffnung zumindest jeden zweiten Sonntag möglich ist bzw. ob eine Ausweitung der Öffnungszeiten unter der Woche wie ursprünglich angekündigt, möglich ist.*
- 2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, ob das Zufahrtssystem überarbeitet werden kann und eine Abwicklung der Anlieferung von Müll ohne die App bzw. QR Code möglich ist.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für die Dringlichkeit? Gegenprobe, ist gegen die Stimme von Herrn Gemeinderat Winter angenommen.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG).

Wir kommen zum Inhalt selbst, Herr Gemeinderat Lenartitsch, bitte.

Gemeinderat **Lenartitsch**:

Liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher, lieber Antragsteller, danke für diesen Antrag. Ich bitte hier nur um getrennte Abstimmung der Punkte, weil wir bei einem Punkt hier ein bisschen unsere Schwierigkeiten sehen, dass das hier funktioniert. Da gibt es ja auch schon Rücksprache mit den Leuten vor Ort, beziehungsweise das zur Kenntnis nehmen, um eben getrennt die zwei Punkte abzustimmen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Deveci bitte.

Gemeinderat **Deveci**:

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller. In deinem Antrag steht drinnen, dass wir versprochen haben, dass es einmal in der Woche längere Öffnungszeiten gibt. Ich glaube, du hast dich nicht richtig erkundigt, das gibt es schon und wegen den Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, der Sonntag war dafür da, dass die Kollegen hier ein freies Wochenende gehabt haben.

Also, sie haben immer entweder am Samstag arbeiten müssen oder an einem Sonntag. Und so haben halt die Kollegen ein komplettes Wochenende frei. Die Anrainerinnen und Anrainer haben sich wegen Lärm beschwert, weil halt, wenn man Eisen wegschmeißt, Bauschutt wegschmeißt, also ziemlich laut wird dann in der Umgebung. Und der Ressourcenpark, der alte, hat weniger Fläche gehabt, der neue hat viel mehr Fläche. Das wird auch schnell alles abgewickelt, man braucht nicht unbedingt den Sonntag, dass man seinen Müll entsorgen kann. Man kann auch, also wir haben jetzt vom 01. April bis 25. Oktober längere Samstagsöffnungszeiten. Daher ist auch nicht jetzt der Wille von den Mitbürgern und Mitbürgerinnen da, dass man den Sonntag öffnet. Und wir waren auch der einzige Ressourcenpark österreichweit, der was Sonntags- und Feiertags überhaupt offen gehabt hat. Daher werden wir dem ersten Punkt nicht zustimmen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Bitte.

Gemeinderätin **Pogner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich finde, dass es ein toller Zeitpunkt ist, dass man das Ganze evaluiert, das ganze Zufahrtssystem in erster Linie, weil Fakt ist, dass es natürlich einen Bereich gibt, der Kostenfrei ist aber die Zone die eigentlich hauptsächlich frequentiert ist, ist die Reststoffmüllzone und die kann man eben nur mit einem QR-Code durchfahren. Ich muss sagen aus eigener Erfahrung, ist mir auch selbst passiert, dass ich davorgestanden bin und den QR-Code hingehalten habe, das Tor nicht aufgegangen ist und ich habe auch noch einmal probiert und noch einmal probiert. Im Endeffekt habe ich dann geläutet, dass ein Mitarbeiter kommt und in der Zeit habe ich weiter probiert und im Endeffekt ist es dann doch aufgegangen bevor ein Mitarbeiter gekommen ist. Ich habe das Glück gehabt, dass hinter mir kein Stau war,

wie es oft das Ganze war. Aber, was ich auch sagen wollte, das hat ja dort nicht nur mit den älteren Personen zu tun, die technologisch jetzt nicht so affin sind. Es gibt natürlich auch Menschen, die sich keine App herunterladen wollen aus Sicherheitsgründen, weil man muss auch dazu wissen, dass es mittlerweile auch Täter gibt, die auch solche Apps manipulieren und sich Zugang schaffen zu persönlichen Daten und auch Zugang haben zu einem Quick-Response-Code, sprich QR-Code und dadurch auch betrügerische Daten vollziehen können. Das muss legitim sein, dass nicht jeder sich jetzt dort dem aussetzen möchte oder dass er selbst entscheiden kann, möchte ich eine App herunterladen oder möchte ich es nicht. Ich finde, auf Grund dessen, sollte schon ein bisschen ein anderes System zusätzlich geschaffen werden für diese Personen, was ich eben gerade erwähnt habe. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön Frau Gemeinderätin. Weitere Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Hackenberger.

Gemeinderat **Hackenberger**:

Danke. Ganz kurz zur Frage der Sonntagsöffnung: Sind wir nicht aufgeschlossen, weil wir ohnehin erweiterte Öffnungszeiten haben und weil es eben auch darum geht, die Nachbarschaft entsprechend zu schützen. Aber nicht nur die Nachbarschaft, sondern auch die Mitarbeiter:innen, die in der Vergangenheit sich ziemlich strapaziert gefühlt haben, weil sie quasi überhaupt kein freies Wochenende hatten. Einmal waren sie am Samstag und einmal waren sie am Sonntag dran und im Hinblick auf die erweiterten Öffnungszeiten sehen wir auch keinen wirklichen Bedarf für den Sonntag, für die Sonntagsöffnung.

Den zweiten Punkt unterstützen wir dagegen, ich bin vor ein paar Tagen selbst dort länger gestanden, als ich eigentlich wollte, und habe mich dann gefragt, ob ich auch zu den älteren, digital weniger affinen Personen gehöre, was ich ansonsten vehement

bestreite. Das ist ein bisschen schwierig, vielleicht müssen die QR-Leser auch noch ein bisschen etwas dazulernen, wenn es erst beim dritten Mal funktioniert. Ich denke, die Holding sollte darüber nachdenken, das zu verbessern. Ob es auf Dauer vertretbar ist, dass man sozusagen irgendjemanden ständig dort abstellt, der den Menschen, die sich schwertun, ununterbrochen behilflich ist, sei dahingestellt. Vielleicht gibt es eine andere Möglichkeit, das technisch so zu lösen, dass auch Menschen, die das nicht so gut können, dort ohne weiteres hineinkommen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals für die Wortmeldung und auch den Antrag, kann das auch nur unterstützen, was den zweiten Punkt betrifft. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Herr Stadtrat, bitte.

Stadtrat **Eber**:

Lieber Antragsteller, liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Sonntagsöffnung ist eh schon einiges gesagt worden. Ich kann dazu sagen, wir haben ja eine Art Abfall-Jourfix, also gemeinsam mit dem Umweltamt, mit der Holding Graz, mit der Frau Vizebürgermeisterin, wo wir das wirklich auch sehr lange und sehr oft diskutiert haben: Wie gehen wir mit der Sonntagsöffnung um, weil es natürlich eine bestimmte Gewohnheit einfach da gegeben hat in Graz. Wir sind aber dann eben aus besagten Gründen, Anrainer, die sich beschwert haben über den Lärm und vor allem, was die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen anbelangt, davon abgekommen.

Was auch die längeren Öffnungszeiten anbelangt, ist es so, wir stellen schon fest, dass gegen Abend, gegen 17, 18 Uhr vor allem, die Einfahrten sehr stark abnehmen. Das heißt, das sind nicht die stärksten Stunden dort, die wir dort haben.

Zum QR-Code muss ich auch noch etwas sagen. Ich bin ja selber auch nicht sehr affin bei diesen Sachen und bin schon im Vorfeld gescheitert, sagen wir so. Jedoch ist es so, es wird ja auch von den Servicestellen, gibt es das Angebot, dass man sich den dort

ausdrucken lassen kann. Ich habe mir anderweitig Hilfe geholt und es gibt natürlich auch die Möglichkeit vor Ort, sich das ausdrucken zu lassen. Der Grund, warum das so gemacht wird, ist ganz ein Einfacher. Also, wenn natürlich nur Grazerinnen und Grazer in den Genuss der verbilligten Einfahrt kommen, aber selbstverständlich kann man sich anschauen, ob es Alternativen gibt und gegen eine Prüfung spricht da natürlich überhaupt nichts. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Vielen Dank. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, darf ich Herrn Gemeinderat Huber bitten.

Gemeinderat **Huber**:

Vielen Dank. Also ich glaube, was man herauslesen kann, ist, dass es eine Zustimmung zumindest zu einem Teil unseres Antrages kommt. Ich glaube, das ist wirklich, vor allem für die ältere Bevölkerung eine Hilfe, wenn wir darüber einmal nachdenken, ob wir da ein anderes System einführen können.

Zur Sonntagseröffnung, natürlich wollen wir auch nicht, dass da jetzt 10 Stunden lang Müll angeliefert wird jeden Sonntag. Ich glaube, da wäre es auch möglich, wenn wir sagen, hier jeden zweiten Sonntag für vier Stunden zum Beispiel öffnen. Vielleicht können wir über sowas einmal nachdenken. Aber es freut mich, dass wir zumindest für einen Teil des Antrages mit der Unterstützung der Koalition rechnen können und ja, danke schön.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, wir kommen zur getrennten Abstimmung. Ich darf bitten, wer für den Punkt 1 ist, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe, ist somit abgelehnt.

Punkt 1 des Antrages wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, NEOS, FPÖ).

Der Punkt 2, wer ist für diesen Punkt? Gegenprobe, der ist einstimmig angenommen.
Vielen Dank.

Punkt 2 des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen nun zum nächsten Dringlichen Antrag, eingebracht von Herrn Gemeinderat David Ram. Hier geht es um eine verbesserte Abwasserklärung entlang der steirischen Mur.

9.5 Verbesserte Abwasserklärung entlang der steirischen Mur für saubere und lebendige Naherholungsgebiete – Petition an das Land Steiermark (GR Ram, Grüne)

Gemeinderat **Ram**:

Liebe Grazerinnen und Grazer, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, da geht es ein Thema, das uns alle angeht. Ich weiß nicht, wie es euch allen gegangen ist über den Sommer. Ich hatte doch auch die Möglichkeit, in Graz lange zu sein, und da spricht man natürlich mit verschiedenen Familien. Und natürlich, nachdem es sehr viele Freizeitgelegenheiten entlang der Muhr gibt, kommt die Frage auf: Ja, lasst ihr eure Kinder jetzt da schwimmen gehen? Ist das möglich, darf man das? Und ist für einige dann schon so eine Entscheidung, ja, ich gehe das Risiko ein, sicher, kein Problem, meine Kinder halten das vielleicht aus oder nicht. Und jetzt muss man einmal eines klar festhalten, es hat inzwischen schon einige Untersuchungen gegeben und es ist definitiv nicht empfohlen, in der Mur baden zu gehen oder das für ähnliche Freizeitaktivitäten zu nutzen. Das Institut für Hygiene weist die Mur als ungeeignet für Bade- und vergleichbare Freizeitnutzungen aus. Ich denke, was uns besonders beunruhigen sollte,

ist, dass jetzt auch eine Studie herausgekommen ist, dass 25% der Bakterien in der Mur antibiotikaresistent sind, also gegen eines der vielen Antibiotika, die es gibt. Und das ist deswegen, weil derzeit die zumeist verwendeten Abwasseraufbereitungstechnologien in den Kläranlagen nicht im Stande sind, antibiotikaresistente Keime ausreichend zu entfernen. Grundsätzlich ist es natürlich so, dass die Mur ein perfektes Freizeitangebot wäre. Es ist leicht erreichbar, der Zugang ist überall gratis möglich. Wir haben jetzt einiges ausgebaut und natürlich ist es das kühle Nass in Zeiten der Klimakrise, das eigentlich ganz wichtig ist für die Stadtbewohner. Jetzt muss man sagen, es gibt Beispiele, wo das sehr gut funktioniert. Also wir haben zum Beispiel München und Zürich. In München schon seit den 80er Jahren war man dort so weitsichtig und hat gesagt, ok, die Isar, die fließt durch unsere Stadt, die wurde damals bezeichnet als Pissrinne. Da hat man gesagt, ok, das ist wirklich großflächig verschmutzt, da kann keiner reingehen, aber man hat gesagt, ok, wir brauchen das, wir wollen das renaturieren und dann haben sie gestartet ein großes Projekt, wo es nicht nur um das gegangen ist, dass man die Isar wieder verwildert hat, also dass sie wieder zu einem Fluss geworden ist, der frei fließen kann, sondern dass man auch sich darum gekümmert hat, dass eben alle schädlichen Einflüsse, inklusive der Kläranlagen im Oberlauf der Isar, die von anderen Gemeinden oberhalb im Oberlauf gespeist werden, dass man die ausgerüstet hat mit damals noch sehr fortschrittlichen Technologien. Und jetzt muss man sagen, ist natürlich die Isar für alle Münchner und Münchnerinnen, das ist ein Paradies, wo man flanieren kann, wo man schwimmen kann, wo man baden kann, die Kinder können es benutzen. Muss nicht unbedingt das direkte Beispiel sein, aber man sieht ein bisschen was so möglich wäre, wenn man diese Dinge wichtig nimmt. Ich denke, das Wasser, das steirischen Flüsse insbesondere das der Mur ist ein kostbares Gut und es wird immer noch durch menschliche Aktivitäten zu stark beeinträchtigt. Und auf was ich aufmerksam machen möchte in diesem Antrag ist vor allem das, wenn wir jetzt glauben, dass aus unseren Kläranlagen irgendwie Unbedenkliches rausplätschert, dann ist das nicht so. Wir reden jetzt davon, dass unsere modernen Kläranlagen, also wir haben Arzneimittelrückstände, wir haben Bakterien, wir haben antibiotikaresistente Bakterien, wir haben Mikroplastik, wir

haben diverse Mikroschadstoffe, die momentan einfach in unsere Flüsse gelangen, aber das muss nicht so sein. Es gibt moderne Technologien, die jetzt nicht irgendwie experimentell sind, sondern bereits etabliert sind, die in vielen Ländern bereits eingesetzt werden, aber bei uns einfach noch nicht vorgeschrieben sind. Ich denke, da geht es schon auch ein bisschen um das, was wir uns, unseren Kindern, aber auch den anderen Menschen zumuten. Und ich denke, es ist irgendwie unverantwortlich, wenn wir die Möglichkeit haben, eine verbesserte Abwasserklärung zu machen, das nicht zu tun und diese ganzen Dinge in Kauf nehmen. Wir wissen inzwischen, dass Mikroplastik ein riesengroßes Problem ist und dass das einfach in den Fluss geht und dann im Meer verschwindet und was dann passiert, keine Ahnung. Und jetzt ist der Zeitpunkt für ein reiches Land wie Österreich, dass wir hier aufrüsten und deswegen stellen wir einen Antrag, weil es natürlich nicht im Kompetenzbereich der Stadt Graz liegt, an das Land Steiermark die Aufrüstung von Kläranlagen entlang der Mur zu prüfen, wirksame Gesetzgebung zu beschließen und ein Investitionsprogramm auf den Weg zu bringen, um eben die Sicherheit und die Sauberkeit und die Lebendigkeit der steirischen Flüsse, insbesondere der Mur, zu gewährleisten.

Originaltext des Antrages:

Da wir als Kommune keinen direkten Einfluss auf die Abwasserbehandlung der am Oberlauf der Mur gelegenen Gemeinden haben, richten wir unseren Appell daher an das Land Steiermark, im Sinne einer verantwortungsvollen Politik aktiv tätig zu werden und die Rahmenbedingungen für saubere und sichere Flüsse in der Steiermark zu schaffen.

Dringlichen Antrag

Der Gemeinderat ersucht den Steiermärkischen Landtag auf dem Petitionsweg, eine im Sinne dieses Antrags wirksame Gesetzgebung inklusive eines Investitionsprogramms zu beschließen, um die Abwasserreinigungsanlagen aller steirischen Kommunen auf den Stand der Technik aufzurüsten und damit die hygienische Wasserqualität stark zu verbessern bzw. auf ein gesundheitlich sicheres Niveau zu heben.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Ich darf bitten um Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Herr Gemeinderat Topf.

Gemeinderat **Topf**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, ich hoffe, man hört mich noch. Lieber Antragsteller, alles, was du im Motivenbericht auch schriftlich niedergelegt hast, und das habe ich ja sehr genau durchgelesen, kann ich nur hundertprozentig unterstreichen. Das ist tatsächlich so, dass wir mit diesen Inhaltsstoffen, die du ja genannt hast, bis hin zu Mikroplastik, hormonelle Rückstände usw., tatsächlich in unseren Flüssen haben. Die Situation ist nur so, dass wir, bedauerlicherweise könnte man jetzt sagen, nach wie vor nicht die gesetzlichen Grundlagen dafür haben. Also vielleicht kann sich noch jemand zurückerinnern. Damals ist es gelungen, der Kollegin Pavlovec-Meixner und mir seinerzeit gelungen, jetzt für die Planung der jetzt anzupassenden Kläranlage. Wir wissen, dass wahrscheinlich im November, wann auch immer, der Beschluss gefasst werden muss, sage ich einmal bewusst, inzwischen haben wir ja schon Kostensteigerungen, die an die € 90.000.000,00 gehen. Also das ist ja nicht nichts, nur damit man sozusagen auch die dritte Reinigungssituation, nämlich die Stickstoffentfernung, zusammenbringen kann. Das ist die Kläranlage 815.000 EGW. Ich will jetzt gar nicht erklären, was das jetzt genau bedeutet, aber immerhin muss dort jetzt einmal das so adaptiert werden, erweitert werden, saniert werden, dass man zumindest einmal die Vorgaben, die uns die erste Abwasseremissionsverordnung vorgibt, dass wir diese Grenzwerte und dann auch Frachten, das sind ja auch Frachten, nicht nur Grenzwerte, sondern auch Frachten und Abbauleistungen, einhalten können.

Jetzt gehe ich einmal davon aus, dass ein Punkt, den ich ein bisschen kritisch Richtung Grüne sage, vielleicht kann sich der eine oder die andere erinnern, wie heftig wir den Speicherkanal gefordert haben. Es war damals eine heftige Diskussion in allen Ebenen, bis hinauf zu den höchsten Regierungskreisen, dass also die Grüne Fraktion sich vehement, mit allen möglichen Demonstrationen, gegen den Speicherkanal richtet.

Genau dieser Speicherkanal war aber eine wichtige Investition, natürlich im Zusammenhang mit der Staustufe Puntigam, um eben die Einträge aus den überlaufenden Mischwasserkanalisationen in den Griff zu bekommen. Es ist also schon ein bisschen eigentümlich, dass du heute was vorderst, was vor nicht langer Zeit von deiner Fraktion massivst und auch übrigens von der KPÖ, massivst bekämpft wurde. Das heißt, das ist einmal die Situation, die ich hier kritisch anmerke, keine Frage, aber fachlich, was du sagst, ist durchaus in Ordnung.

Jetzt haben wir die Situation der Steiermark, dass es Gott sei Dank schon eine Machbarkeitsstudie gibt, nämlich für eine Kläranlage. Wahrscheinlich kennst du das auch, mittleres Raabtal, die Kläranlage Feldbach, die ist ungefähr 20-mal so klein wie unsere Kläranlage im Endausbau, also 40.000 Einwohner Gleichwerte, und jetzt hat man sich das einmal angeschaut, eben mit der TU Wien, Dr. Kreuzinger ist da maßgebend beteiligt - den kenne ich recht gut, weil ich seinerzeit ja über 40 Jahre in der Abwassereinigung tätig war - und da haben wir uns das angeschaut, was das kostet, also für diese Anlage in Feldbach, wie gesagt, 20 Mal so klein wie in Graz, eine mittelgroße, mittelkleine Anlage kostet rein die Investition ganz gleich, in welcher Form wir die Aktivkohle verwenden, ganz gleich, welche Ozonisierung wir hier einsetzen wollen, wird es ein nicht unerheblich hoher einstelliger Millionenbetrag, Eurobetrag sein. Das heißt, für diese relativ kleine Anlage im Vergleich zu unserer Anlage in Graz ist das schon bei der Investition ein durchaus höherer, einstelliger Millionenbetrag. Jetzt gehe ich gar nicht auf die Betriebskosten ein, weil die Betriebskosten gerade für diese vierte Reinigungsstufe, die du angeführt hast, sind enorm hoch, weil man die Aktivkohle, ist ja durchaus klar, immer wieder reaktivieren muss, austauschen muss und so weiter, erneuern muss. Ich gehe gar nicht auf die Betriebskosten der Ozonisierung ein, das sind enorme Stromkosten, die notwendig sind. Also ich kann mir nicht vorstellen, und das war ja dein Antrag auch, oder im Antragstext klar gesagt, ich kann mir nicht vorstellen, dass man jetzt an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter, ist gleich Finanzlandesrat herantritt und sagt: „Wir wissen zwar nicht genau, was wir sozusagen im Ablauf zukünftig haben müssen, ob das jetzt eine Fracht ist, eine Reinigungsleistung, eine Abbauleistung oder ob das

Grenzkonzentrationen sind, wir wissen das noch gar nicht, aber wir wollen dafür schon Geld haben zum Investieren“. Das ist also für mich nicht nachvollziehbar. Wir müssen warten, bis der Gesetzgeber aufgrund vielleicht von europäischen Vorgaben heruntergebrochen auf Österreich in Form von Abwasseremissionsverordnung, haben ja ein dickes Paket in den Jahren 1990 und folgende gehabt, und dann kann erst aufgrund dieser Emissionsverordnungen überhaupt abgeschätzt werden, welche Investitionen und vor allem welche Reinigungsarten, es gibt ja mehrere, die schon angeführt wurden, überhaupt zum Einsatz kommen. Wir können also der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil es wäre eigentlich nicht richtig, jetzt an das Land Steiermark heranzutreten: „Jetzt gebt uns ein Geld für eine Investition“, da würde der Herr Finanzlandesrat und Landeshauptmann-Stellvertreter sagen: „Ja bitte, wofür soll ich investieren, wenn ich noch gar nicht genau weiß, welche Grenzwerte, welche Abbauleistungen diese Anlagen eben im Hinblick auf diese Inhaltsstoffe leisten muss“. Also wir sagen ein klares Nein zur Dringlichkeit, weil einfach die Voraussetzungen dafür noch nicht gegeben sind.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, Herr Gemeinderat, gibt es zur Dringlichkeit weitere Wortmeldungen? Wenn nicht, möchten Sie zum Abschluss eine Wortmeldung? Zur Dringlichkeit wird jetzt abgestimmt. Wir stimmen über die Dringlichkeit ab, wer ist für die Dringlichkeit? Gegenprobe, die Dringlichkeit ist somit gegeben.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP).

Wir kommen zum Inhalt selbst, wünscht hier noch wer das Wort? Bitte Herr Gemeinderat Winter.

Gemeinderat **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werter Antragsteller. Ich habe mir den Antrag sehr, sehr genau durchgeschaut und in unseren Augen ist es ein durchaus sinnvoller Antrag, ein guter Antrag, der aber, und das möchte ich jetzt durchaus auch in dem Zusammenhang mit dem Antrag positiv erwähnen, ein positiver Kontrast ist zu dem, was sonst oft so eine Panikmache von Ihrer Seite kommt, gerade wenn das Thema Klimawandel hochkommt. Ich habe Ihnen ganz am Anfang dieser Periode mitgeteilt, dass wir bei sachlichen, konkreten Umweltmaßnahmen immer dabei sein werden, dass wir die unterstützen werden, wenn es eine Maßnahme ist, die ein messbares und ein konkretes Ergebnis auch produzieren kann und genau das ist in dem Fall hier gegeben. Wir haben gewisse Wasserwerte, wir haben gewisse Schadstoffe, Rückstände etc. im Wasser, wo konkret festgestellt werden kann, kann ich das ändern, kann ich diesbezüglich die Werte senken und welche technischen Möglichkeiten gibt es dafür? Wie gesagt, von unserer Seite wird es eine Zustimmung geben, natürlich auch im Motiventext der kleine Seitenhieb, den man immer wieder braucht von Ihrer Seite, dass es zwangsweise irgendwie mit dem Klimawandel zusammenhängen würde. Ich sage es Ihnen ganz offen, ich glaube ein Gewässer, was frei von diesen Rückständen ist, ist in Finnland, in Nordfinnland genauso viel wert wie in Südspanien, ob es wärmer oder kälter ist, gewisse Substanzen müssen und dürfen eigentlich nicht in die Gewässer gelangen. Und daher, wenn Sie vielleicht auch noch diese, wie soll man sagen, etwas verfehlte Panikvariante auch entschärfen könnten, zumindest verbal jetzt bei Ihrer Schlusswortmeldung, wären wir noch zufriedener. Fakt ist, es ist inhaltlich ein guter Antrag und wir werden ihn unterstützen.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Gemeinderat Topf.

Gemeinderat **Topf:**

Nochmal ganz kurz: Wieso denkt ihr, gibt es die entsprechenden Vorgaben noch nicht? Das hat ja Gründe, weil man könnte sagen, wir schreiben einfach etwas vor und die Kommunen, Abwasserverbände oder auch die Industrieanlagen sollen sich danach richten. Das Problem ist tatsächlich die enormen Kosten. Also, ich sage nicht, das sind nur ein paar tausend Euro, die wir hier so planen, das sind enorme Kosten. Also, rein für die Anlage hier unten in Feldbach, ist durchaus wissenschaftlich begleitet, TU Wien, TU Graz und so weiter und so weiter. Allein für diese kleine Anlage hätte es, wie gesagt, zwischen 6 und 7 Millionen Euro gekostet. Und jetzt rechne Sie das hoch für alle Kläranlagen in der Steiermark. Ich sage jetzt nur Steiermark, ist das eine enorme Summe. Es gibt Schätzungen der EU, wie hoch Investitionen werden. Gar nicht jetzt betrachtet die Betriebskosten. Da ist man momentan für Europa - Deutschland gibt es auch schon Schätzungen, ein paar Anlagen sind in Deutschland schon gebaut und hat man vollkommen richtig gesagt, in Deutschland sind es etwa 40 bis 50 Milliarden Euro, die notwendig wären. Und europaweit sind wir schon knapp an der 200-Milliarden-Grenze. Ich sage nur das dazu, damit man weiß, wieso der Gesetzgeber auf europäischer Ebene runtergebrochen auf das jeweilige Bundesland diese Verordnung noch nicht erteilt hat. Das ist die Situation, die wir haben und ich kann mir nicht vorstellen, dass man jetzt, wie gesagt, wiederhole ich mich, herantritt und sagt: „Ja, tut etwas investieren, noch nicht wissend, was hinten herauskommen soll“. Ich glaube, dass der wesentlich bessere oder zusätzliche Ansatz wäre, indem man einfach an die entsprechende Industrie herantritt, diese Inhaltsstoffe gar nicht zu verwenden. Ich denke da an Mikroplastik, es muss nicht unbedingt in Kosmetika oder in der Zahnbürste, damit das besser funktioniert, Mikroplastik verwendet werden, also es gibt schon Ansätze und das wären Forderungen, die ich durchaus ganz stark unterstreichen würde, diese Inhaltsstoffe, die wir jetzt hochtechnologisch aus dem Abwasser entfernen müssen, gar nicht entstehen zu lassen. Deshalb gibt es diesen Ansatz ganz stark, bevor man sozusagen sagt: „Jetzt müsst ihr sozusagen am Ende der Leitung, end of the pipe, etwas machen“, wie wohl wissend, dass man im Vorfeld schon einiges besser machen könnte, einiges reduzieren könnte.

Und eines muss ich ganz klar sagen: Auch wenn wir alle Kläranlagen entlang der Mur so ausrüsten würden, eine Badewasserqualität nach dem hohen österreichischen Standard im Vergleich zu Deutschland, ja, werden wir trotzdem nicht zusammenbringen. Ich sage es nur dazu, dass man nicht der Meinung ist, dass man Badewasserqualität zusammenbringt. Das bringt man sicher nicht zusammen, und zwar deshalb nicht, weil wir sehr viele diffuse Einträge haben. Es geht ja nicht nur um Einträge aus den Kläranlagen, sondern es geht um Einträge aus der Landwirtschaft, aus den Verkehrsflächen usw. Also, das wird ganz schwierig sein, dass man auch diese diffusen Einträge so minimieren kann, dass letztendlich gemeinsam mit den Kommunen und den Abwasserverbänden in der Mur eine Badewasserqualität zustande kommt. Das ist ganz schwierig.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Herr Klubobmann Pascuttini.

Klubobmann **Pascuttini**:

Sehr geehrter Antragsteller, sehr geehrter Vorredner, ich darf da gleich anschließen bei den diffusen Einflüssen und eine hoffentlich nicht diffuse Wortmeldung abliefern. Aber du hast vollkommen recht, selbst mit allen Kläranlagen, wenn man das umrüstet, und das ist ja wirklich sinnvoll, was da gefordert wird, wird man das nicht schaffen, weil da oft auch einfach, ich sage, unverantwortliche Menschen dazu beitragen, dass trotzdem Müll und Dreck in den Gewässern landet. Ich gebe ein Beispiel aus dem Norden: Habe letztes beobachtet, wie jemand sein Wasser ausgetrunken hat und dann die Flasche im hohen Bogen dorthin geworfen hat. Ich habe mir dann erlaubt, etwas zu sagen. Auf Verständnis ist es nicht gestoßen. Das ist natürlich sehr unverantwortlich. Ich gebe ein Beispiel aus dem Süden: Dort fördern wir als Stadt Graz bei den Auwiesen sogar dieses unverantwortliche Verhalten, indem wir das Grillen dort erlauben. Ich war mehrmals diesen Sommer dort. Es passiert hin und wieder, dass jemand dort in diesem Wasser in

der Mur sein Grillbesteck wäscht. Das ist jetzt wahrscheinlich auch nicht das Beste für die Wassergüte. Ich sehe dann auch dort, dass das eine oder andere, was zu viel brennt, dann da drinnen ausgedämpft wird. Das ist wahrscheinlich auch nicht gut für die Wassergüte. Es wird auch dort der Müll hineingeworfen. Also auch in diesem Bereich muss man denken. Ich glaube, wenn dieser Schritt sozusagen getan ist, dann muss man ja trotzdem noch an die Verantwortung eines jeden Einzelnen appellieren und gegebenenfalls auch einfach wirklich hart strafen, weil wenn jemand so etwas reinwirft, das mag, nur eine Flasche sein, aber in der Masse ist es sehr viel. Und ich muss zugeben, das ärgert mich sehr.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Das zurecht. Frau Gemeinderätin Amrei Lässer.

Gemeinderätin **Lässer**:

Ich wollte nur an den Georg Topf richten, das stimmt, die KPÖ und die Grünen waren gegen den zentralen Speicherkanal, aber hauptsächlich auch gegen die Staustufe Puntigam, die maßgeblich für die Wassergüteverschlechterung jetzt auch verantwortlich ist und auch gegen den Zentralen Speicherkanal, weil ein Schmutzzufluss, nämlich der Grazbach, mit dem Zentralen Speicherkanal nicht miterfasst wird. Das wollte ich nur noch einmal zur Erklärung klarstellen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Herr Stadtrat Riegler, bitte.

Stadtrat **Riegler**:

Also nur damit wir das geschichtlich auch alles ganz gut einordnen können, der heutige Herr Vizekanzler und damalige Grüne Parteiboss Werner Kogler, der Heilsbringer der Grünen, ist ja durchs Land gedingelt, Land auf, Land ab und hat also geradezu mit staatsanwaltschaftlichen Anzeigen, uns nachweisen wollen, dass wir da irgendeine Untreue begangen hätten, und zwar als Argument, nur damit wir das einmal hier auch fürs Protokoll historisch abgehandelt haben, weil eben er der Meinung war, dass die Kostenteilung zwischen der Energie Steiermark und der Stadt Graz für die Kombination aus Hauptspeichersammelkanal und Staustufe sozusagen nicht korrekt gewesen wäre, was alles im Sand verlaufen ist. Das möchte ich nur sagen zur Position der Grünen, die sich immer so aufspielen und aufpudeln als die großen Natur- und Umweltschützer. Ich meine, diejenigen, die damals sich angekettet haben an die Bäume, wie es damals darum gegangen ist, da ein paar Bäume entlang der Mur wegen des Hauptspeichersammelkanals zu entfernen, um sie dann in mehrfacher Weise wieder aufzupflanzen, die sitzen heute alle ganz fröhlich von April bis Oktober an der Murbucht und rauchen, was man immer hier rauchen kann. Also, das möchte ich schon in aller Deutlichkeit sagen. Und liebe geschätzte Frau Doktor, wenn das Argument lautet, wir waren deswegen dagegen, weil nicht alle Abwasserquellen sozusagen mit eingebunden waren, das ist eigentlich ein nicht sehr schlüssiges Argument, weil man muss ja trotzdem insgesamt im Geiste von ihrem Koalitionspartner Ram ja sagen, je mehr ich einfange und je mehr ich an Oberflächenverschmutzungen einfange, um sie eben in Richtung Kläranlage Gössendorf zu bekommen, desto besser ist es. Und deswegen zu sagen, aber deswegen, weil der Grazbach nicht dabei ist, machen wir gar nichts wäre das aller Schlechteste. Also, ich möchte nur noch einmal ganz deutlich in Erinnerung rufen, dass das eine Jahrhundertchance war, zu sagen, wenn wir schon entlang einer Stadt sozusagen dann eine Staustufe bauen, dass wir dann wenigstens gleich die Chance nutzen und alle Oberflächenwässer, die verschmutzt sonst in die Mur kommen würden, fangen wir ab und sammeln sie in einem Hauptspeicherkanal. Also volles Plädoyer noch einmal für diese gute und richtige umweltschützerische Entscheidung und da möchte ich schon das historisch richtiggestellt haben.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Frau Gemeinderätin Würz-Stalder.

Gemeinderätin **Würz-Stalder**:

Sehr geehrter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen und liebe Zuhörer:innen und Zuseher:innen hier und vor dem Livestream. Ich möchte jetzt nicht allzu sehr in Vergangenheitsbewältigung sozusagen vorstoßen, sondern was mir vor allem sozusagen in diesem Antrag so positiv entgegenkommt, ist die Tatsache, dass es ein Blick in die Zukunft ist, und ich möchte doch persönliche Erlebnisse mit der Mur dann noch einmal rekapitulieren, weil viele von Ihnen kennen das gar nicht. In den späten 70ern und Anfang 80 war es so, dass man über eine Brücke über die Mur gegangen ist, hat man die Nase zugehalten oder man hat das gemieden, weil es so gestunken hat. Die Mur galt damals als der schmutzigste Fluss in Europa, das ist auch ein interessantes Detail, also wir haben sehr viel erreicht, muss man sagen, und wenn man jetzt, also ich habe diese Studie, die auch sozusagen auf die auch verwiesen wurde im Antrag, so interpretiert, dass vor allem die bakteriologische Belastung diejenige sei, die die Mur sozusagen zu einer nicht so hohen Qualität hat und ich meine, wir haben einen Landschaftsraum hier, der wunderbar ist. Also, jeder oder jede, die mal mit einem Boot bei Leoben oder auch weiter oben oder auch weiter unten gepaddelt ist oder so, die weiß, dass die Mur eine unglaubliche Qualität hat. Das ist mehr als nur der Fluss an sich oder vielleicht die Abkühlung im Sommer - da muss ich dir Recht geben, nicht so schnell erreichen werden, also die Qualität, Badewasserqualität -, aber es wäre schon ein Ziel. Und es geht, glaube ich, meiner Meinung nach, nicht nur darum, was wir uns leisten können. Wir brauchen einen Plan, weil irgendwann wird das Thema werden. Und das ist vielleicht das Wesentliche an diesem Antrag, dass man darüber nachdenkt, wie man da hinkommen kann und dass man das auch als gemeinsame Anstrengung aller Gemeinden, die entlang dieser Gewässer laufen, also vorhanden sind, berücksichtigt. Irgendwann kommt die EU-Richtlinie, dass wir da eine bessere Qualität haben müssen. Ich erinnere mich auch, ich habe das als Kind erlebt, die

österreichischen Seen sind Kloaken, sie kippen. Das war tatsächlich so, vom Wörthersee bis über alle Salzkammergut-Seen. Das war ein großes Thema und in ziemlich kurzer Zeit durch die Anlage von Kanalanlagen konnte das sozusagen gelöst werden. Und mittlerweile ist das eine Ressource. Also, ich möchte nicht wissen, was los wäre, wenn es plötzlich hieße, irgendein See, Fuschlsee, Traunsee, was weiß ich, Attersee, leider bakteriologisch belastet. Das wäre undenkbar, das wäre so eine schlimme sozusagen Botschaft, die würde auch unseren Tourismus zum Beispiel stark beeinträchtigen. Deshalb glaube ich schon, und Graz ist eigentlich in vielen Dingen da ein bisschen immer so ein Nachzügler. Graz ist eine wunderschöne Stadt, das wird von außen zunehmend bemerkt, die Besucher:innenzahlen steigen, es besteht immer mehr Interesse daran. Das heißt, wir sollten da schon auch uns vielleicht das Ziel setzen, auch genauso interessant zu sein wie manch andere Städte und auch so mit den Qualitäten, die die vorgeben. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Gibt es noch Wortmeldungen zum Inhalt? Wenn das nicht der Fall ist, darf ich dich bitten, Herr Gemeinderat, um das Schlusswort.

Gemeinderat **Ram**:

Danke für die Wortmeldungen. Was soll ich sagen? Herr Kollege Topf, ich verstehe die Argumentation nicht, ganz ehrlich, und was mir besonders wehtut, ist, wenn man sagt, das ist so teuer, und ach, 7 Millionen Euro. Und immer wieder bitte, wo ist der Kontext? Auf wieviele Menschen? Und wenn ich sage, ok, 7 Millionen Euro auf 40.000 Leute, was sind das 300 Euro, auf 30 Jahre investiert, was sind das dann noch? 10 € pro Person pro Jahr, was da investiert werden muss. Das sind einfach Zahlen. Ja, genau, um das geht es. Und ich denke, wir müssen jetzt nicht über das diskutieren, was es kostet. Das ist sicherlich nicht gratis, aber ich möchte es wirklich in diese Richtung lenken. Vergangenheitsbewältigung hin oder her, wir haben da ein Thema und wir

sollten vielleicht nicht auf die EU-Richtlinie warten, die uns dann irgendwas vorschreibt. Wir sollten selbst initiativ werden und schauen, was geht, weil ich glaube, also ich bin es schwer enttäuscht, wenn ich jetzt auf die Landesseite gehe und mir anschau, was die Ziele sind für das Abwasser in der Steiermark sind. Da steht nämlich praktisch nichts drin. Und dann haben wir 20 % der Gewässer, die sind nicht gut. Steht da irgendwas, was man mit denen tut? Hm. Was bedeutet das überhaupt? Und das nehmen wir einfach so hin, dass da einfach 20 % der Gewässer nicht gut sind. Das schicken wir dann weiter nach Slowenien und schicken wir weiter bis ans Meer, an die Adria. Und das ist halt dann dort so.

Ich glaube, und wenn wir jetzt wieder zurückkommen auf die Klimakrise und generell, ich glaube, wir sollten anfangen anders zu denken. Und ich glaube, die Zukunft kann nicht so ausschauen, dass wir einfach hergehen und sagen, wir tun, wie wir wollen. Hauptsache, wir müssen nicht viel ändern, und irgendwer wird schon dann irgendwann irgendwas machen. Ich habe selber Kinder und jetzt werde ich auch wieder emotional und ich hasse es, ich hasse es, dass ich momentan mir denke, die Zukunft wird nicht besser und wir haben es in der Hand. Es wird die ganze Zeit von Wohlstand geredet. Bitte denkt darüber nach, was Wohlstand bedeutet und was das wirklich heißt. Heißt es eigentlich das, dass wir sagen können, liebe Kinder, wir wissen das und wir setzen uns dafür ein, dass ihr eine sichere und saubere Umwelt haben könnt in der Zukunft. Ist nicht das, was wirklich wichtig ist? Gibt es irgendetwas, was wichtiger ist, dass wir gut leben können in der Zukunft, dass das weiter existiert, dass es über hunderte oder tausende von Jahren funktioniert und nicht nur die nächsten 20 Jahre? Wenn ich mir denke, dass ich eigentlich momentan nicht sagen kann, wo das hingeht und viel zu wenig getan wird und wir so viele Sachen tun, wie zum Beispiel Kläranlagen betreiben, die nicht das leisten, was wir brauchen würden, und das hinnehmen und sagen, irgendwer wird es schon richten und die ganzen Risiken eingehen. Und dann kommen wir drauf: Mikroplastik. Das ist jetzt irgendwo im Meer. Ah, scheiße, jetzt haben wir doch ein Problem. Und das sind hunderte Millionen Tonnen von 8.000 Millionen Menschen auf der Welt. Wir müssen anfangen, anders zu denken. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag?

Zwischenruf:

Wer ist für?

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ja, natürlich, wir fangen immer mit Für an. Gegenprobe. Der Antrag ist somit angenommen.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, FPÖ).

Danke schön. Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag, eingebracht von Gemeinderätin Anna Robosch.

9.6 Schluss mit Spekulation - Vorrang für sozialen Wohnbau! (GRⁱⁿ Robosch, SPÖ)

Gemeinderätin **Robosch**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zusehende, ich versuche jetzt meine Redezeit nicht auszureizen. Falls das jemand noch nicht wusste, wenn das rot wird, dann ist die Zeit vorbei. Ich versuche das kurz und präzise zu machen und trotzdem im Wohnthema ganz klar zu sagen, was effektive Schritte wären, um für leistbares Wohnen wirklich zu sorgen.

Das Grundproblem, das glaube ich, kennen wir alle. Das haben wir auch in den letzten drei Jahren am eigenen Leib gespürt. Und ich habe zwar kleine Grafiken mit, aber ich glaube, die Grafik kennen viele. In den letzten drei Jahren sind die Mieten um 25 % gestiegen und die Kosten für Wohnen noch höher. Wir haben auch ein großes Problem

bei den Belastungen von Menschen durch Zinsen, weil sehr viele Menschen auf variable Zinsen umgestiegen sind in der Hoffnung, dass sie immer niedrig bleiben werden. Jetzt sehen wir eben, dass auch die Zinsen so stark gestiegen sind, dass Menschen, obwohl sie einen Kredit für ihr Eigenheim aufgenommen haben, dieses Eigenheim möglicherweise verlieren. Und wir sehen auch, dass diese Steigerungen in Bezug auf die Teuerung einfach so weit über den Steigerungen bei den Löhnen liegen, dass wir ein sehr, sehr, sehr, sehr, sehr, sehr drastisches Problem haben. Und um den Problemaufriss fertig zu machen, warum auch unsere Forderungen der Sozialdemokratie ganz klar in eine Richtung gehen und nämlich in die da oben, ist wer vermietet und wer mietet. Und da sieht man ganz klar, 80 % der Leute, die mieten, zahlen ihre Miete auf das höchste 20 %, also auf das höchste Fünftel ein. Nur das höchste Fünftel hat de facto gleich viel Einnahmen wie auch Ausgaben für Mieten und da sehen wir schon, wenn wir bei Mieten nicht aufpassen, dann sind 80 % der Menschen gefährdet. Demzufolge wissen wir auch, dass nicht nur in unseren Städten das Mietproblem schon sehr lange ist, sondern eigentlich in ganz Österreich. Wir brauchen auch in ganz Österreich, neben den Anstrengungen, die wir schon als Grazer Gemeinderat, als Stadtregierung und auch als Landesregierung gesetzt haben, brauchen wir endlich bundesweite Regelungen in diesem Bereich. Denn wenn wir nicht bundesweite Regelungen in diesem Bereich haben, werden wir weiterhin diesem riesigen Problem einfach nicht Herr werden und mit diesen Mietsteigerungen dann im Sozialbereich wieder Ausgleichszahlungen als Stadt leisten, die wir nicht haben. Wir haben heute schon, glaube ich, lange genug über das Budget und über unsere budgetären Probleme gesprochen.

Deshalb stellen wir eben sehr viele, aber sehr gute Forderungen hier an die Tagesordnung und wir sagen allen voran, braucht es ein universales Mietrecht. Ich weiß, das ist etwas, über das wir schon sehr, sehr lange reden, aber es wird nicht ohne ein Mietrecht für alle Wohnungen gehen, in der klar geregelt wird mit Zu- und Abschlägen, dass Mietobergrenzen einfach dringend notwendig sind. Und zweitens, vor allem für uns Städte, muss man Flächen sichern. Das kann man erstens machen bei allen Umwidmungen und bei allen Neuwidmungen. Für uns ist das Ziel, dass 50% der

gesamten Fläche für sozialen Wohnraum reserviert wird. Zweitens fordern wir auch einen Fonds vom Bund, der die Kommunen unterstützt, wenn sie Flächen für den eigenen Wohnbau sichern möchten, dass sie auf diesen Fonds zugreifen können und diese Flächen auch wirklich ankaufen können. Und das Dritte, was ich schon umrissen habe mit den Zinsen, wir müssen auch schauen, dass die Zinsen begrenzt werden auf 3% für die Wohnbaukredite. Den letzten Punkt, den ich vergessen habe, wir wollen auch an das Land herantreten, nicht nur an den Bundesgesetzgeber, sondern auch an den Landesgesetzgeber und ein Zuweisungsrecht für Wohnungen, die durch Landesmittel gefördert worden sind und errichtet worden sind, ein Zuweisungsrecht für alle Kommunen einräumen. Das sind unsere Forderungen, das würden Forderungen sein, die wirklich Mieten wieder senken und Menschen wieder entlasten. Ich bin schon sehr gespannt auf die Diskussion.

Originaltext des Antrages:

Im Namen der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

- I. Die Stadt Graz tritt auf dem Petitionswege an die Bundesregierung und den Bundesgesetzgeber mit dem Ersuchen heran, dass*
 - 1. gesetzlich geregelte Anteile an neuem Bauland sowie Bauland aus Umwidmungen (von zum Beispiel Industrie-, Gewerbe-, Bahnflächen) verpflichtend für sozialen Wohnbau reserviert werden sollen. Ziel soll sein, dass künftig die Hälfte von neu geschaffenen oder umgewidmeten Wohnraum für sozialen Wohnbau reserviert wird;*
 - 2. ein österreichweites Mietrecht mit Mietobergrenzen und klar geregelten Zu- und Abschlägen für alle Wohnungen eingeführt wird,*
 - 3. gesetzlich geregelt wird, dass Zinsen für Wohnkredite begrenzt werden, finanziert durch eine Übergewinnsteuer für Banken und*

4. *seitens des Bundes ein „Flächensicherungsfonds“ eingerichtet wird, der Kommunen beim Ankauf von Flächen für den kommunalen Wohnbau finanziell unterstützt.*

II. Die Stadt Graz ersucht den Landesgesetzgeber zu beschließen, dass künftig Kommunen das Zuweisungsrecht für einen bestimmten Prozentsatz von mit Landesmitteln geförderten Wohnungen erhalten.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Vielen Dank Anna Robosch. Ich darf bitten, um Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Herr Gemeinderat Huber.

Gemeinderat **Huber**:

Hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin, herzlich willkommen im Nationalratswahlkampf der SPÖ 2024. Ich glaube, dem Andreas Babler wird es sehr freuen, dass du dieses Thema in den Grazer Gemeinderat trägst. Dich wird weniger verwundern, dass wir mit deinem Antrag eher weniger etwas anfangen können. Aber ich möchte nur zwei Punkte herausnehmen, die du in deinem Antrag erwähnst, nämlich du schreibst: „Wir brauchen bundesweite Maßnahmen, um die Gier einiger weniger zu bändigen und Wohnen als Menschenrecht für alle zu garantieren“. Also ich glaube, wir müssen in dieser Diskussion - das mit den Tafeln, solltest du übrigens noch üben, die kann man hinten nicht lesen - ich glaube, wir sollten wirklich aufhören, jenen, der irgendwie in der Immobilienbranche tätig ist, als gierigen und gegen die Menschenrechte agierenden Unternehmer zu sehen. Also da, wir müssen wirklich eine Seriosität in diese Diskussion einbringen und mit solchen Sätzen, glaube ich, schaffen wir das am allerwenigsten.

Und den zweiten Punkt, auf den ich hinweisen möchte, ist der, dass du schreibst: „Vor allem unter der ÖVP-Verantwortung ist in Graz eine regelrechte Goldgräberstimmung

unter den Immobilienspekulanten ausgebrochen“. Also ich möchte jetzt nur darauf hinweisen, wir haben hier selten die absolute Mehrheit gehabt, sondern die meisten Projekte und die meisten Stücke sind einstimmig hier beschlossen worden, also auch durch die SPÖ mit. Also bitte bleiben wir ein bisschen bei der Wahrheit, liebe Anna, und ich glaube, so etwas haben wir wirklich nicht nötig. Diskutieren wir dieses Thema sachlich und lassen wir solche polemischen Diskussionen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist dafür? Gegenprobe, die Dringlichkeit ist somit gegeben.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ).

Wir kommen zum Inhalt, wer wünscht hier das Wort? Bitte Frau Gemeinderätin Aygan-Romaner.

Gemeinderätin **Aygan-Romaner**:

Sehr geehrte Kolleg:innen, sehr geehrte Damen und Herren im Livestream, sehr geehrte Bürgermeisterin und Stadtregierung, die noch da sitzen. Liebe Anna, danke für diesen Antrag. Wir können natürlich mit allen Punkten mitgehen, aber ich würde gerne ein bisschen was dazu sagen, nämlich was so ein bisschen die Historie anbelangt und was die Themen rund um das Wohnen und den Sektor und Fragen rund um das Wohnen anbelangt. Das Wohnen, das Mietrecht zum Beispiel, ist nicht etwas, was man so ganz schnell in fünf Minuten abhandeln kann, sondern die Fragen rund um das Wohnen sind tatsächlich in fünf Rechtsagenden, sagen wir mal, festgehalten. Einerseits das Mietrecht, das Wohnungseigentumsrecht, das Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht,

das Wohnbauförderungsgesetz und das Raumordnungsgesetz. Mittlerweile ist das unglaublich unübersichtlich, das heißt, es bräuchte, und da sind sich alle Expert:innen einig, und das schon seit Jahrzehnten eigentlich, will nicht sagen, seit einem Jahrhundert, bräuchte es Reformen zum Wohnrecht beziehungsweise zum Wohnbau und zum Mietrecht. Da hat es schon Enquete gegeben, zum Beispiel 1991 hat es eine Enquete im Parlament gegeben, wo man sich einfach einig war, es gibt keine soziale Treffsicherheit, wie du das auch ausgeführt hast, es gibt keine soziale Treffsicherheit. Was bedeutet das? Es bedeutet so historisch, dass zu Miete eigentlich diejenigen wohnen, die sich Eigentum nicht leisten können, größtenteils. Mittlerweile ist es auch nicht mehr so zu sehen, weil nämlich Mieten bzw. Mietwohnungen, gestützte Mietwohnungen oder der freie Mietmarkt ist in erster Linie ein Thema in urbanen Räumen und da machen wir ein riesengroßes Feld auf, wie gehen wir damit um, wie gehen wir damit um, wie mit Mieten umgegangen wird im urbanen Feld, was machen wir mit Eigentum und Gewinne aus dem Eigentum, die aber in erster Linie auf Leistungen der öffentlichen Hand einfach in ihrer Wertsteigerung zurückzuführen sind? Weil was macht eine gute Lage und gute Infrastruktur? Macht den Preis einer Wohnung aus und dieser Preis ist nicht zu erzielen, wenn diese Wohnung irgendwo am Land unerreichbar steht, das heißt, wir müssen auf jeden Fall zusätzlich zu den Punkten, die du angeführt hast, über Urbanisierung und wie wir als Kommune, als Stadt, als urbanes Gebiet mit Wohnen, kommunalem Wohnbau und freiem Wohnbau umgehen wollen und das ist eine ganz, ganz große Frage, also ich würde mir sowieso wünschen, dass wir da eventuell auch einmal eine Enquete hier auch im Gemeinderat machen zu dem Thema, weil es nämlich interessante Zukunftsperspektiven auch für uns als Stadt bietet. Wie wollen wir mit Flächen umgehen, die in Zukunft - wie du auch ausgeführt hast, Anna - neues Bauland, über das wir verfügen dürfen, man darf nie vergessen und das muss man immer differenzieren. Nicht jedes Bauland, nicht jede Fläche, die in der Stadt zur Verfügung steht, kann nicht zu 50% an die Stadt abgetreten werden. Es gibt natürlich städtebauliche Verträge, wo man dann über Abtretungsflächen diskutiert und das ist natürlich in unserer Verantwortung, das zu machen und da sehen wir, dass einfach viele der Immobilienträger sich auch dagegen

wehren, dass man auch an der öffentlichen Hand etwas zurückgeben muss, wenn man ein Immobilienprojekt plant. Also da gibt es jetzt einen unglaublichen Verhandlungsspielraum, wo wir schon auch was zu sagen haben. Das meiste der Punkte geht natürlich an Bund und Land, da müssen wir im Moment hoffen, dass es durchgeht, aber im Großen und Ganzen sind wir natürlich d'accord mit den Punkten. Ich finde einfach, dass man da sogar noch mehr dazu sagen könnte, aber jetzt sehe ich schon, dass meine Zeit ausgelaufen ist, aber als letzter Satz vielleicht, es gibt kein einheitliches Wohnrecht, es gibt kein Patentrezept, wie man der Wohnungsnot entgegentreten könnte, man muss an vielen, vielen Punkten oder vielen, vielen Regeln gleichzeitig schrauben und einiges haben wir eigentlich schon auch auf Landesebene und auf Bundesebene mit der Wohnraumoffensive bzw. mit dem Wohnbaupaket erreicht, sind erste Schritte, und ich denke, dass wir da einfach auf dem Wege weitergehen müssen. Danke an alle.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen zum Inhalt? Herr Klubobmann Pascuttini.

Klubobmann **Pascuttini**:

Hohe Stadtregierung, hoher Gemeinderat, liebe Antragstellerin. Ich kann dir jetzt mit meiner Wortmeldung wahrscheinlich kein sehr schönes Geburtstagsgeschenk machen, aber an dieser Stelle alles Gute. Vorweg, dem Punkt 4 werden wir zustimmen, den finde ich durchaus vernünftig. Da kann man natürlich, müsste man sich anschauen, wie man das dann konkret ausgestaltet, aber dem werden wir zustimmen. Zu den restlichen Punkten und auch zum Motiventext, da würde ich jetzt sehr, sehr viel sagen, aber das würde dann die gute Stimmung etwas zerstören. Du redest ja vom sozialen Wohnbau und hoffentlich nicht vom sozialistischen Wohnbau, und der soziale Wohnbau ist für mich etwas Barmherziges, etwas Gemeinnütziges, wo man sagt, ok, da wird jemandem geholfen, der sich in einer schlechten Lage befindet, und es kann ja

nicht das Ziel von irgendjemandem sein, möglichst viele Menschen im sozialen Wohnbau unterzubringen, weil das würde heißen, es geht ziemlich vielen Menschen schlecht. Ich möchte eine Stadt haben, ein Land haben, wo es den sozialen Wohnbau gibt, für die, denen es schlecht geht, für die, die sich gerade etwas erarbeiten, für junge Menschen, die wo rauskommen und nicht die Dauerlösung für möglichst viel, das ist für mich dann eher der sozialistische Wohnbau.

Du hast recht, beim Punkt zwei, österreichweites Mietrecht, ich meine, das gibt es aber halt irgendwie auch nicht. Es gibt sehr, sehr viele Dinge, die beim Mietrecht verstaubt sind, die schwierig sind, Kategorien, Richtwertmieten, wir reden dann...Ist wirklich undurchsichtig, ich glaube, diese Diskussion über ein einheitliches Mietrecht, also ein neues einheitliches Mietrecht, das kann man in den 90er-Jahren schon finden. Da gibt es einen Handlungsbedarf. Die Mietobergrenzen und das alles, da muss man dann wieder darüber nachdenken, wie sehr soll der Staat in die freie Marktwirtschaft eingreifen. Und vieles, was du schreibst, ist leider faktisch einfach falsch. Es hat in diesem Land in den letzten Jahren getrieben durch die niedrigen Zinsen, die auch nicht normal waren - es war nicht normal, dass man nahe an der Nullgrenze sozusagen Kredite bekommt. Es war einfach nicht normal. Das war eine Zeit, die haben manche ausgenutzt, manche haben sie nicht ausgenutzt. Jetzt sind die Zinsen etwas höher, aber zu dieser Zeit hat es diesen Boom gegeben. In Graz hat es einen Bauboom gegeben, stimmt auch, aber der hat eigentlich das Gegenteilige von dem, was du schreibst, bewirkt, weil ein Spekulantentraum ist Graz überhaupt nicht. Wir sind jetzt in dieser Phase, wo die, die noch nicht abgesprungen sind, so richtig auf die Schnauze fallen. Also, wenn du dich informierst, wirst du sehen, dass die, die mit diesen Immobilien Cash machen, sagen: „Graz, greife ich nicht zu. Graz ist der Markt überteuert, Graz kauf ich nicht und Graz gibt es sehr, sehr viele Objekte“. In anderen Städten ist teilweise, sage ich, was die Mietentwicklung betrifft, die Mietpreisentwicklung, ist das bedenklich, wenn ich an Salzburg denke, wenn ich auch an Wien denke, sozialdemokratisch regiert, auch dort gibt es große Probleme, wenn ich dann nach Deutschland schaue, in München unleistbar, wenn ich nach Berlin schaue, wo man mit allen möglichen Mechanismen in den Markt eingegriffen hat,

Katastrophe, weil wenn das alles kommt, was ihr sozusagen fordert und was auch wieder der Kollege Huber richtig angemerkt hat, was jetzt im Wahlkampf von euch gefordert wird, dann wird niemand mehr bauen und dann haben wir wirklich irgendwann ein Problem. Das Beste für die, die du da so kritisierst, die da oben, die Spekulanten, wäre, wenn jetzt nichts mehr gebaut werden würde, das wäre sozusagen das Beste, oder wenn man diese ganzen Sachen einführt, weil dann wird der Wohnraum knapp und dann wird das einfach, das ganze System kollabieren, es ist nicht so einfach.

Punkt 4 können wir mitgehen und sonst, danke für den Engagement.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Dann übergebe ich dem Stadtrat Eber die Moderation und darf mich selbst zu Wort melden.

Vorsitzwechsel – StR. Eber übernimmt den Vorsitz (18.37 Uhr).

Bürgermeisterin **Kahr**:

Also, die Kollegin Aygan-Romaner hat recht, man könnte da stundenlang über das Thema reden, das stimmt tatsächlich, weil einfach wenn man über Wohnpolitik und Wohnen redet, das hat wirklich sehr, sehr viele Facetten von der Grund- und Bodenpolitik angefangen, Förderpolitik, Raumordnung, Mietrechtsgesetz und, und, und. Aber damit man, das ist nicht der Rahmen heute, aber eines möchte ich schon sagen, deswegen bin ich der Kollegin Anna Robosch sehr dankbar und es ist egal ob Nationalratswahl hin oder her, die Problemfelder, über die wir hier sprechen, die sind wirklich schon mehr als überfällig und seit Jahrzehnten eigentlich weit auch über, weil Sie gerade sozialistische Perspektiven angedeutet haben, auch bei vielen privaten Wohnbauträgern, die sagen, dass das Mietrechtsgesetz, so wie es sich derzeit darstellt,

längst überholt ist und wir ein modernes und sozialgerechtes Mietrecht brauchen, das fernab von Wuchermieten ist, ganz einfach, weil ja auch private Vermieter keine Freude haben können und auch Immobilienentwickler, wenn ihre Wohnungen dann leer stehen, weil es sich einfach die Mehrheit der Bevölkerung nicht leisten kann. Und aus dem Grund muss ich auch in der Geschichte, weil es heute schon gesagt worden ist, Gott sei Dank hat es einmal auch die Sozialistische Partei und eine Sozialdemokratische Partei, das ist ja keine Erfindung von Ihnen jetzt, und da sind wir im Bündnis immer mit Mieterschutzvereinigungen, Arbeiterkammer, Seniorenverbänden und vielen Teilen der Sozialdemokratie uns einig, dass der Markt eben nicht funktionieren kann. Das beweist die Geschichte. Es gibt viele Bereiche, das ist gut, dass es hier den freien Markt gibt, das muss auch so sein und es soll auch so funktionieren. Aber das, was jeder Mensch braucht, nämlich ein Dach über den Kopf, da kann er nicht funktionieren. Das hat die Geschichte nicht nur in unserem Land, sondern weltweit bewiesen. Und schauen Sie sich Länder an, wo es kein Mietrechtsgesetz gibt. Wir hatten übrigens in Österreich ein vorbildliches Mietrecht und haben noch immer im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern ein Mietrechtsgesetz, das wenigstens den Mieter schützt. Wir haben Nachbarländer bei uns, so wie in Ungarn, da gibt es kein Mietrechtsgesetz. Reden Sie mit unserer Schwesternstadt Pécs. Da war der Bürgermeister erst vor kurzem. Die ringen um die Informationen und wie wir das in Graz und anderen Städten machen, weil die gar keine freien Wohnungen mehr haben, die sie ihren Studenten dort und auch jüngeren Leuten anbieten können und und und. Kommunalen und öffentlichen Wohnraum, von dem sprechen wir. Sozialwohnungen sind ganz etwas anderes wieder. Da reden wir davon, wenn Leute ihr daheim verlieren. Aber kommunalen und öffentlichen Wohnraum, egal ob das Bund, Land oder Kommunen zur Verfügung stellen, ist ein dringendes Gebot der Stunde. Insofern sind diese Maßnahmen, die Anna hier im Antrag formuliert hat, und da könnte man die Latte noch lange fortsetzen, dringend notwendig. Ich bedanke mich ganz herzlich, dass du den Antrag gestellt hast, und das vor allem auch an deinem Geburtstag. Danke.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (18.41 Uhr).

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, darf ich dich bitten, um das Schlusswort.

Gemeinderätin **Robosch**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wir müssen schon sagen, dass wir unabhängig vom Nationalratswahlkampf, und wir haben in den letzten Jahren sehr viele Themen, also sehr viele Bundesregierungspetitionen gemacht zum Thema Wohnen, zum Thema Preisregulierung, alles ist auch in dieser Bundesregierung leider auf taube Ohren gestoßen. Da wundert es mich nicht, dass man dann halt auch jetzt wieder sagt: „Ja, ihr macht nur einen Nationalratswahlkampf und ihr macht eigentlich keine substanzielle Politik“, weil dann muss man nicht auf die Punkte eingehen. Und weil du Andi Babler erwähnt hast, muss man schon sagen, Andi Babler hat in seiner Stadt, wo er Bürgermeister ist, in Traiskirchen auch Probleme bei der Wohnpolitik, aber Andi Babler hat einen viel höheren Anteil an gemeinnützigem Wohnraum und wir müssen immer auch schauen, wie viel wir haben, wie viel kommunalen Wohnraum wir haben, 6% und wie viel gemeinnützigem Wohnraum wir haben, auch nicht einmal die Hälfte. Und da muss man schon sagen, wenn so wenig zur Verfügung steht und so viele Menschen aber sich kein Eigenheim leisten können, dann haben wir ein Problem und da, weil, Alexis, du hast angesprochen sozialer Wohnbau oder sozialistischer Wohnbau, ich glaube, wir definieren sozialen Wohnraum anders: Wohnraum ist zum Wohnen da und das ist ein gemeinnütziger Gedanke und in diesem gemeinnützigen Gedanken einzufordern, dass der sich auch an der Leistbarkeit der Menschen orientiert, ist nicht sozialistisch, sondern hat etwas mit Hausverstand zu tun und nichts anderes fordere ich. Und wir sehen in Wien und in Leoben Städte, die 70-60 % gemeinnützigen Wohnraum haben oder sozialen Wohnraum haben, dass das sehr deutlich auch die

freien Wohnungen auch sich sehr deutlich nach unten nivellieren in den Preissteigerungen. Also man muss nicht immer nach Berlin oder in andere Städte zeigen, wo quasi die Sachen schlimmer sind, man kann auch in Städte zeigen, wo es sehr gut funktioniert und diese Städte sind auch in Österreich.

Und in Bezug auf die Goldgräberstimmung und die Gier, man muss schon sagen, erstens, also das reichste 10 % verdienen sehr viel mit dem Thema Wohnen und das Zweite ist halt Goldgräberstimmung schreiben Investorfirmen selbst auf ihre eigenen Plakate in Bezug auf, wo sie Anlegerwohnungen anwerben und wo sie auch die Rendite mit Wohnraum anwerben. Sie schreiben das auf ihre eigenen Plakate, das ist nicht etwas, was ich erfunden habe, sondern es ist etwas, was goldener Beton bedeutet, und es ist nicht eine Wortwahl, die ich benutzen würde, das ist leider die Realität von Investoren, die in Graz auch sehr viel Gewinn mit diesem Thema gemacht haben. Meine Zeit ist gleich vorüber, deswegen bedanke ich mich bei den Leuten, die mitstimmen. Ich glaube, es ist uns allen bewusst, dass dieser, also auch wenn alles davon umgesetzt wird, dass das nicht komplett reichen würde. Wir könnten da Tage damit füllen, über das Thema Wohnen zu reden. Aber wenn wir das durchsetzen würden, dann wäre das ein riesiger Schritt, um die Menschen zu entlasten und das Wohnen wieder zum Wohnen zu nutzen und nicht zum quasi Schulden machen und zum unleistbaren Leben.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zur Abstimmung.

Zwischenruf:

Bitte um getrennte Abstimmung.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Getrennte Abstimmung? Gerne. Wer ist für Punkt 1? Gegenprobe, dieser Punkt ist so mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Punkt 2. Gegenprobe, der ist somit auch angenommen.

Punkt 3. Gegenprobe, ist auch mehrheitlich angenommen.

Punkt 4. Gegenprobe ist auch mehrheitlich angenommen.

Und dann sind wir bei dem Punkt, wo das an den Landesgesetzgeber gerichtet ist. Wer ist hier dafür? Gegenprobe ist auch mehrheitlich angenommen, vielen Dank.

Punkt I, Unterpunkt 1 des Antrages wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, Eustacchio).

Punkt I, Unterpunkt 2 des Antrages wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, Eustacchio).

Punkt I, Unterpunkt 3 des Antrages wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, Eustacchio).

Punkt I, Unterpunkt 4 des Antrages wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, NEOS, FPÖ, Eustacchio).

Punkt II des Antrages wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, Eustacchio).

Wir kommen nun zum nächsten Dringlichen Antrag, eingebracht von Herrn Klubobmann Pascuttini. Hier geht es um die gerechtere Verteilung des Klimabonus.

9.7 Gerechtere Verteilung des Klimabonus (KO GR Pascuttini, KFG)

Klubobmann **Pascuttini:**

Hoher Stadtregerung, hoher Gemeinderat, zu diesem Thema war in den letzten Wochen schon einiges. Auch auf anderen Ebenen ist das diskutiert worden. Der Klimabonus, man mag ihn für sinnvoll halten oder nicht und die dahinterstehende Steuer begrüßen oder nicht. Fakt ist, so wie er jetzt ausgestaltet ist, ist er nicht ganz fair. Und ich habe für Sie hier ein gutes Beispiel mitgebracht: der Robert-Mlekus-Weg in Gösting. Viele werden ihn nicht kennen. Der liegt halt schon sehr nahe an der Grenze zu Graz-Umgebung. Und es ist dort das besondere Phänomen, dass die Bewohner des Robert-Mlekus-Weg - gibt aber auch andere Beispiele in Graz, möchte ich sagen, wenn Sie zum Beispiel an St. Veit Andritz denken, Rannachstraße raus, da liegt diese Straße sozusagen sehr weit weg vom Stadtgebiet. Ist auch öffentlich nicht sehr gut angebunden. Sie hat die gleich gute Anbindung, wie Sie sehen auf diesem Bild, wie die Bewohner von Thal. Da gibt es nämlich ein paar, die wohnen in Thal. So, jetzt hat man diese Grenzen nebeneinander und was unterscheidet diese beiden? Sie haben die gleiche Verkehrsanbindung, aber sie werden in unterschiedliche Kategorien, was den Klimabonus betrifft, eingeteilt. Die einen sind in der Kategorie 2, nämlich die Grazer, die am Robert-Mlekus-Weg wohnen. Die anderen sind in der Kategorie 4, die in Thal in Graz Umgebung wohnen. Und wenn wir jetzt annehmen, dass jemand aus Thal sozusagen zum Bus da nach vorne geht und jemand aus Gösting, aus Graz, zum Bus gehen würde, dann muss der aus Gösting ein ziemlich weites Stück durch Graz Umgebung, durch die Gemeinde Thal gehen, damit er überhaupt zum Bus kommt. Der aus Thal geht, vielleicht wenn er da ganz günstig wohnt, 100 Meter zu seiner Busstation nach Graz. Der eine bekommt Kategorie 2 (€ 195,00), der andere Kategorie 4 (€ 290,00) und das ist schlichtweg nicht fair, eine nicht sachlich zu rechtfertigende Ungleichbehandlung.

Wir haben uns in den letzten Wochen dann einige Gedanken gemacht, haben auch sehr viel Resonanz auf einen Beitrag bei ServusTV bekommen und haben uns wirklich

überlegt, na wie kann man das denn lösen? Und deswegen möchten wir heute uns an den Bundesgesetzgeber wenden, zum einen, zum anderen, aber auch die Stadt Graz in Verpflichtung nehmen und sagen, es sind die Bürger der Stadt Graz, die hier benachteiligt werden, nämlich nicht alle, nämlich nicht sehr viele, das muss man auch dazusagen, aber einige dann doch. Nämlich die Menschen, die in einem Randbezirk wohnen und die halt dort, in einem Außenbezirk, die sozusagen am Rand zur GU wohnen, eine schlechte öffentliche Verkehrsanbindung haben, aber weniger Klimabonus bekommen. In der Masse ist es dann doch nicht wenig, die davon betroffen sind. Warum wir uns gegen eine konkrete Ausgestaltung eines Vorschlags entschieden haben, so wie es die Grünen jetzt in ihrem Abänderungsantrag fordern, das hat diese Überlegung gehabt, dass man ja auch bezirksweise nicht Gerechtigkeit schaffen kann. Und dann bleiben wir in Gösting, dann haben wir den am Robert-Mlekus-Weg, der wirklich schlecht angebunden ist. Aber dann haben wir meine Wenigkeit, die sehr gut angebunden ist. Ich habe den Bus direkt neben mir. Warum sollte ich jetzt den Klimabonus der Stufe 4 bekommen, den höchsten Bonus, nur weil der Robert-Mlekus-Weg schlecht angebunden ist. Also man muss jetzt sehen, nur auf die Bezirke abzustellen, und das wird ja auch zum Beispiel in Wien kritisiert, dort ist es halt auch nicht so, weil selbst in jedem Bezirk, das behaupte ich jetzt einmal, gibt es eine sehr gute Anbindung in Wien und wahrscheinlich gibt es in fast jedem Bezirk in Wien eine sehr schlechte Anbindung. Also dieses darübergestülpte Modell, das Sie da vorschlagen, vom grünen Gemeinderatsklub, das wird auch nicht sehr viel mehr zur Fairness beitragen. Ich glaube, man muss da wirklich noch ein bisschen tiefer gehen und müsste sich da wirklich Straßenzüge anschauen, das ist ja auch heute im 21. Jahrhundert möglich. Deswegen stelle ich den

Antrag

wie folgt:

Der Gemeinderat wolle beschließen: Punkt eins: Der Bundesgesetzgeber wird durch den Gemeinderat der Stadt Graz auf dem Petitionsweg aufgefordert, die Kategorisierung der Gebiete zielgerichtet zu gestalten und/oder Möglichkeiten zur aktiven Korrektur, Antragstellung durch betroffene Bürger zu schaffen und somit die

Auszahlung des Klimabonus insgesamt treffsicherer zu gestalten, sodass eine, wie am Beispiel des Robert-Mlekus-Weg dargestellt, offensichtliches sachlich nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung zukünftig nicht mehr auftreten kann.

Punkt 2: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, zu prüfen, inwieweit ein Ausgleich für jene Menschen in Grazer Stadtgebieten geschaffen werden kann, die 2024 unter einer derartigen Ungleichbehandlung bei der Auszahlung des Klimabonus leiden mussten.

Dem Gemeinderat ist diesbezüglich ein Bericht bis zur Gemeinderatssitzung im Jänner 2025 vorzulegen.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Originaltext des Antrages:

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Der Bundesgesetzgeber wird durch den Gemeinderat der Stadt Graz auf dem Petitionsweg aufgefordert, die Kategorisierung der Gebiete „zielgerichteter“ zu gestalten und/oder Möglichkeiten zur aktiven Korrektur (Antragstellung durch betroffene Bürger) zu schaffen und somit die Auszahlung des Klimabonus insgesamt treffsicherer zu gestalten, so dass eine – wie am Beispiel des Robert-Mlekus-Weges dargestellt – offensichtliche, sachlich nicht zu rechtfertigende Ungleichbehandlung zukünftig nicht mehr auftreten kann.*
- 2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert zu prüfen, inwieweit ein Ausgleich für jene Menschen in Grazer Stadtbezirken geschaffen werden*

kann, die 2024 unter einer derartigen Ungleichbehandlung bei der Auszahlung des Klimabonus leiden mussten. Dem Gemeinderat ist diesbezüglich ein Bericht bis zur Gemeinderatsitzung Jänner 2025 vorzulegen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Bitte um Wortmeldungen. Frau Clubobfrau.

Clubobfrau **Hopper**:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder der Stadtregierung, das war jetzt extrem schnell und ich bin sehr beeindruckt. Ich glaube, es ist einigen so gegangen. Zum Inhalt, wir haben es ja auch zu mitlesen gehabt, vielleicht in aller Kürze. Der Klimabonus, und du hast es ja auch schon angesprochen, ist viel diskutiert. Es gibt Meinungen, die dahingehend auch auseinandergehen, auch zu der dahinterliegenden Steuer. Grundsätzlich ist bekannt, dass meine Fraktion diesen Klimabonus miteingeführt und deshalb für sehr vernünftig empfindet. Nichtsdestotrotz teilen wir die Feststellung und die Einschätzung, wie du auch beschreibst, dass es phasenweise extrem ungenau ist und nicht sonderlich treffsicher. Es hat auch der Städtebund, den ich jetzt auch nicht sonderlich oft zitiere, aber auch der Städtebund intensiv kritisiert. Nicht nur die Tatsache, dass er nicht treffsicher ist, was die Randbezirke und Stadtränder angeht, sondern auch die Tatsache, dass es ja ein bisschen schräg ist, dass die, die am besten angebunden sind, dann beim Klimabonus durch die Finger schauen. Also es gibt ganz viel Kritik, die hier auch dem Bundesgesetzgeber schon zugetragen wurde. Aus diesem simplen Grund ist es für unsere Fraktion aktuell nicht dringlich, dadurch, dass das Projekt ohnehin konstant evaluiert wird und diese Rückmeldungen, sei es jetzt vom Städtebund, aber auch von vielen anderen Gemeinden, die sich da auch schon eingefunden haben, natürlich berücksichtigt werden in Evaluierungen. Die Tatsache, dass es treffsicherer ist, und da sind wir schon auch der Meinung des grünen Gemeinderatsklubs, dass es treffsicher sein sollte, bedarf, glaube ich, auch schon

konkreter Vorschläge, weshalb wir uns, das darf ich gleich vorwegnehmen, in dem Abänderungsantrag sehr wohl auch wiederfinden. Wir sind nämlich auch der Meinung, dass das Hineintauchen in die einzelnen Straßenzüge so schön das vielleicht auch wäre, und davon sind wir ausgegangen, dass du auch das meinst in deinem Antrag jetzt nicht wirklich flächendeckend für Österreich umsetzbar ist, dennoch eine kleinere Aufteilung notwendig wäre und die Stadtbezirke sich hier anbieten. Deswegen werden wir dem Abänderungsantrag der Grünen auch unsere Zustimmung geben.

Vielleicht noch zwei Sätze zu dem zweiten Forderungspunkt: Es wäre natürlich schön, wenn wir in einer Situation wären, wo wir sagen, ok, passt, das was der Bund hier vielleicht nicht ganz fair aufteilt, haben wir die Mittel, das tatsächlich auch zu machen. De facto ist das hier nicht so und ich möchte auch ganz kurz umreißen, wieso wir nicht wollen würden, dass die Stadt Graz das hier ausgleicht. Das ist nicht, weil wir gemein sein möchten zu den Bewohnerinnen und Bewohnern des Robert-Mlekus-Wegs. Ganz im Gegenteil, ich glaube, es wäre wesentlich sinnvoller, wenn wir ein freies Budget haben und das in den Verkehrsbereich, der das auch dringend braucht, stecken möchten. Den öffentlichen Verkehr und den Ausbau hier weiter zu forcieren, anstatt Dinge, die der Bund aktuell vielleicht etwas untrennsicher macht, falls das ein Wort ist, hier auszugleichen. Dafür ist unser Budget eigentlich aktuell zu eng und sollte das Geld, was wir haben, dort eingesetzt werden, wo wir es wirklich brauchen, wo wir es beeinflussen können, nämlich im Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Vielen Dank dennoch für den Antrag, wir werden dem leider nicht nähertreten können, aber im Gegensatz zum Abänderungsantrag der Grünen, wie bereits gesagt haben.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Klubobmann Dreisiebner.

Klubobmann **Dreisiebner:**

Vielen Dank für den Antrag, lieber Antragsteller, vielen Dank für die signalisierte Zustimmung zum Abänderungsantrag, den ich erst später stellen werde. Ich möchte nur ganz kurz erklären, warum das für uns dringlich ist. Dringlich ist es für uns, hier einmal mit Missverständnissen und völligen Fehleinschätzungen, völlig falsche Erzählungen aufzuräumen. Der Klimabonus ist nicht nur für die Verkehrsanbindung eine quasi Abschlags- und Ausgleichszahlung, sie ist für die Ökosteuern, die ja auf vielerlei aufgeschlagen werden, auf entsprechend CO₂-produzierendes Verhalten, als Abschlagszahlung gedacht. Verkehr, Mobilität und Lage ist ein Thema, aber es geht um viele, viele andere Dinge: Wie ich heize, wie ich einkaufe und vieles anderes mehr, woher das Gewand ist, das ich kaufe, und so weiter und so fort. Und dahingehend würde es einerseits wiederum zu kurzgreifen auf Straßenzüge oder sogar auf Adressen runterzugehen entlang der Verkehrsanbindung, weil es eben nicht alles ist, sondern nur ein Teil der Übung. Zum anderen wäre es auch in einzelnen Straßenzügen ein Unterschied, ob ich ganz vorne in der 600 Meter oder 400 Meter langen Straße lebe oder ganz hinten, also müsste ich auf Hausnummern runter. Dazu gibt es in der Statistik Austria die Datengrundlagen nicht. Ich habe auch mit unserem Nationalratsabgeordneten, der das verhandelt hat, gesprochen, gestern noch. Also es gibt es das nicht. Das heißt, wir würden dann wieder in ein Antragssystem rutschen, mit sehr viel Human-Power von Leuten, die das bearbeiten müssten. Und dann frage ich mich, ob der Kollege Pascuttini und zugleich Antragsteller das wollen würde, dass sehr viel in einen Personal- und Verwaltungsaufwand hineinfließen würde. So viel einmal zur Dringlichkeit. Also Dringlichkeit, um mit Missverständnissen aufzuräumen. Ich hoffe, ich habe damit beginnen können.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Danke schön. Gibt es noch Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, dann darf ich den Antragsteller um das Schlusswort bitten.

Klubobmann **Pascuttini:**

Danke, lieber Klubobmann Dreisiebner, dass du noch einmal aufgezählt hast, was alles teurer geworden ist durch eure Politik: Das Heizen, das Bewegen, das Einkaufen. Dafür gibt es dann eine kleine Abschlagszahlung. Der Staat als Gönner, er nimmt dir viel und dann gibt er dir ein bisschen was. Die Rechnung werdet ihr dann präsentiert bekommen, glaube ich, bei der nächsten Wahl. Grundsätzlich ist es aber schon so, weil dann müsste man generell das Kategorisierungssystem hinterfragen. Wenn du sagst, nein, da gibt es noch andere Faktoren, die reinspielen, dann müsste es am besten nach den Steuerklassen gehen, weil am meisten würde die CO₂-Steuer wieder die treffen, die wenig verdienen. Du müsst die am meisten kriegen, weil ich sage jetzt in Gösting, in Andritz, wo auch immer, wohnen Leute unterschiedlicher sozialer Einkommen, sozialer Schichten, also das ergibt dann wenig Sinn, was du sagst. Man stellt halt primär darauf ab, wie ist jemand angebunden, braucht jemand das Auto, braucht jemand das Auto nicht, das ist der Hauptgedanke. Aber danke von deiner Wortmeldung ist noch übergeblieben, dass sehr, sehr vieles durch die CO₂-Steuer teurer geworden ist. Dafür gibt es ein bisschen Abschlagzahlung, ganz fair verteilt wird sie nicht. Vielleicht wird sie nächstes Jahr fairer verteilt, vielleicht wird sie gar nicht mehr verteilt. Wer kann schon in die Zukunft blicken?

Ich appelliere noch einmal diesem Vorschlag zuzustimmen, vielleicht auch zu Punkt 2. Also die Stadt hätte es ja durchaus in der Hand, dass man sagt: „Na gut, ok, wenn Sie jetzt schon beim Klimabonus durch den Rost gefallen sind und eine lausige Busverbindung haben, dann könnte man ja etwas..."

Zwischenruf

Klubobmann **Pascuttini:**

Bitte? Gut, dann entschuldige ich mich bei dir, wenn dich das persönlich trifft. Wenn man dann sozusagen diesbezüglich eine Änderung möchte, dann kann man ja auch beim Kauf des Verkehrstickets etwas besser einen Abzug bringen. Könnte man ja auch so gestalten, muss ja keine Zahlung sein, dann gibt man ja auch einen Anreiz, das

öffentliche Verkehrssystem zu nutzen. Aber ja, wie ihr das dann eben einschätzt, ich bitte um eure Zustimmung, herzlichen Dank.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Wir kommen nun zur Abstimmung, zuerst zum Abänderungsantrag von Herrn Klubobmann Dreisiebner.

Zwischenruf

Bürgermeisterin **Kahr:**

Ah, Dringlichkeit. Weil schon so lange geredet worden ist. Zuerst zur Dringlichkeit bitte, wer ist dafür? Gegenprobe, die Dringlichkeit ist somit gegeben.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP).

Wir kommen jetzt zum Inhalt. Wer wünscht hier das Wort? Herr Klubobmann Dreisiebner.

Klubobmann **Dreisiebner:**

Geschätzter Antragsteller, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren am Livestream. Das, was vorher für ein bisschen Aufregung gesorgt hat, das erkläre ich dir vielleicht nachher in Sachen Zeitgeschichte. Die Sache, dass du die Grünen nicht wählen wirst, die nehme ich zur Kenntnis. Ich hätte sonst schon noch gerne mit dir darüber gesprochen. Schade schon irgendwie, dass du das nicht tust, aber gut, muss man zur Kenntnis nehmen.

Zu den Punkten, die du hier vorbringst, wie gesagt, die Idee des Bundesgesetzgebers war es einerseits, anders als in anderen Ländern, etwa Deutschland, bekanntermaßen

CO2-Verbrauchproduktion zu besteuern. Auch im Sinne dessen, dass man Arbeit entlastet einerseits und andererseits entsprechendes klimaschonendes Verhalten über die Mobilität hinaus, aber ich glaube, das habe ich vorher schon ausgeführt, zu forcieren bzw. zu belohnen oder eben zu bestrafen durch die Steuer. Was wir in Österreich gemacht haben, war nicht nur, den CO2-Preis einzuführen, wie er in Schweden schon viele Jahre existiert, auch in Deutschland existiert, sondern eben auch eine quasi Entschädigung, denen, die sich klimaschonend verhalten, wieder über die Mobilität heraus in vielen Lebensbereichen, damit zu einem quasi Goodie zu verhelfen und anderen eine gewisse Abdämpfung der erhöhten CO2-Preise, oder Preise, die du ja moniert hast.

Zu der Sache, dass die Stadt Graz hier einspringen soll, ja, kann man überall machen, aber wie gesagt, ich werde auf Hausnummern herunter, auf vielleicht Familiensituationen herunter quasi untersuchen müssen, wie sehr denn der Einzelne oder die Einzelne oder jene Familie belastet ist, das heißt, es wäre ein sehr verwaltungsaufwendiges System und das sollte eben verhindert werden und ich finde, das sollte auch so bleiben, aber wie es Anna Hopper auch sagt und das Land Wien, die Stadtregierung Wien ist da ja vorausgegangen, es ist eine gute Idee, so weit als möglich kleinere Einheiten zu nehmen und ja, es gibt einen Unterschied, ob ich in Wetzelsdorf daheim bin, ob ich in Liebenau wohne oder ob ich in Geidorf oder in der inneren Stadt oder so, in meinem Fall 10-12 Minuten zu Fuß vom Hauptbahnhof im Lend wohne, wenn ich jetzt nur die Mobilität nehme und das Ganze kann ich wiederum auch auf weiteres Konsumverhalten, auf Wohnverhalten, soweit es in meinem Einfluss ist, mitnehmen.

In diesem Sinne, wir wollen keinen Verwaltungsriesen aufbauen, wo Menschen ansuchen gehen müssen, aber wir wollen näher an die Gerechtigkeit heran. Ersuchen wir auf den Petitionsweg, und das ist mein

Abänderungsantrag,

den Bundesgesetzgeber nach Vorbild der Bundeshauptstadt Wien, zukünftig auch für Graz, für die Berechnung der Höhe des Klimabonus, einfach administrierbare, kleinere Einheiten, unserer Vorschlag Grazer Stadtbezirke, heranzuziehen.

Vielleicht gibt es auch eine andere Möglichkeit, Einheiten möglichst kleiner Art zu finden, aber wie gesagt, gut administrierbar und ja, mit einer gewissen Unschärfe in der sogenannten Auszahlung bei der Gerechtigkeit. Vielen Dank, ich ersuche um Annahme.

Originaltext des Abänderungsantrages:

In der Bundeshauptstadt Wien erfolgte bereits dieses Jahr die Berechnung des Klimabonus auf Grundlage der Stadtbezirke. Dies könnte auch für Graz ein gangbarer Weg sein. Daher stelle ich folgenden

Abänderungsantrag:

Der Bundesgesetzgeber wird ersucht, nach Vorbild der Bundeshauptstadt Wien zukünftig auch in Graz für die Berechnung der Höhe des Klimabonus einfach administrierbare, kleinere Einheiten – etwa jene der Grazer Stadtbezirke – heranzuziehen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn nicht, dann darf ich...Möchten Sie noch einmal? Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung zuerst über den Abänderungsantrag, wer ist dafür? Gegenprobe, der ist Abänderungsantrag, ist eindeutig so angenommen.

Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG, FPÖ).

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag, auch eingebracht von Herrn Klubobmann Pascuttini, hier geht es um die Bauverfahren.

**9.8 Bauverfahren
(KO GR Pascuttini, KFG)**

Klubobmann **Pascuttini**:

Hoher Gemeinderat, noch einmal zum zweiten Mal, zuerst erlauben Sie mir noch kurz eine Replik zur Maßregelung durch den Klubobmann Dreisiebner, der da wieder die Sprachpolizei spielt. Er hat vollkommen Recht, dass es gewisse Wörter gibt, die man in diesem Land nicht verwenden sollte, die auch unter Strafe gestellt sind. Es gibt jedoch diese Formulierung „durch den Rost fallen“ schon sehr, sehr lange, auch im Mittelalter davor. Es wurde auch das Wort "Dachorganisation" in der Vergangenheit diskutiert, auch aus dieser Zeit. Ich lasse mich da nicht maßregeln oder irgendwie in einen verfassungsfeindlichen Zusammenhang stellen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Sie sind ja jetzt zur Dringlichkeit.

Klubobmann **Pascuttini**:

Nein. Es ist einfach unfair. Solche Zwischenrufe, die vergiften die politische Diskussion, sind nicht angebracht. Man kann das danach sagen, muss nicht irgendetwas in den Raum stellen und dafür hat sich der Klubobmann Dreisiebner danach auch zu entschuldigen, weil das finde ich ehrenrührig, was er da macht. Und jetzt kommen wir zum Dringlichen Antrag.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich ersuche darum, ja.

Klubobmann **Pascuttini:**

Ich habe etwas herausgenommen für diesen zweiten Dringlichen Antrag, was jemandem, der im Gemeinderat tätig ist, glaube ich, täglich beschäftigt, nämlich Bauverfahren und die Probleme, die die Bevölkerung mit Bauverfahren haben. Also viele Menschen die in Graz wohnen, die in Graz vielleicht auch Eigentum besitzen ändert sich durch ein Bauverfahren in ihrer näheren Umgebung, durch eine bauliche Umgestaltung in ihrer Liegenschaft sehr, sehr vieles und oft mal ist man dann mit Problemen konfrontiert, die wirklich, wirklich, ich sage, bis in die Existenz gehen, durch Bauprojekte in der Umgebung, beispielsweise in einem Einfamiliengebiet kann es zu Entwertungen kommen, kann es zu einer Minderung der Lebensqualität kommen, kann es wirklich zu einer Reduktion der Lebensqualität kommen und insofern ist das oft für Menschen natürlich ein großer Einschnitt, wenn diese Bauverfahren anstehen. In Österreich haben wir das Glück, dass wir natürlich einen Rechtsstaat haben. Wenn es ein Bauverfahren gibt, dann gibt es natürlich auch Instanzen, die das überprüfen. Nur was man in den letzten Jahren oft gemerkt hat, ist, dass einfach viele, viele, viele Bauverfahren mangelhaft abgeführt werden. Und warum behaupte ich, dass sie mangelhaft abgeführt werden? Weil sie in der nächsten Instanz gehoben werden. Es ist gut, dass es eine nächste Instanz gibt. Man muss sich einmal überlegen, bis man da irgendwo in der nächsten Instanz landet, vergeht sehr, sehr viel Zeit, sehr, sehr viel Geld und ist oftmals für viele eine Belastung. Es mag des einen oder anderen Beruf sein, mit rechtlichen Dingen zu tun zu haben und das vor Gericht gerne zu machen, für viele Menschen ist es das nicht und auch wenn es nur ein Verfahren vom Landesverwaltungsgericht ist, ist es für viele Menschen eine Belastung.

Ich habe Ihnen prominente Beispiele in unserem Antragstext genannt, die Ziegelstraße ist besonders brisant und aktuell, weil dort hat sich das Landesverwaltungsgericht zu einem von der Stadt Graz genehmigten Bauverfahren sozusagen sehr, sehr deutlich geäußert und ich darf Ihnen das verlesen, das ist wirklich brandaktuell, da sagt nämlich das Gericht: „Das vorliegende Bauprojekt ist so nicht genehmigungsfähig“, wir sind aber in der zweiten, also schon in der zweiten Instanz beim Landesverwaltungsgericht, wie konnte denn das in der ersten Instanz so durchgehen? Jetzt muss man sich die

Frage natürlich auch stellen, was war notwendig, dass die Menschen sozusagen dorthin kommen, ja Kosten, Engagement, Fehler und natürlich ein Risiko und auch im landesverwaltungsgerichtlichen Verfahren kein Kostenersatz. Also selbst wenn die Anrainer dann am Ende des Tages Recht bekommen, haben sie ein paar 1.000 Euro verblassen, dafür, dass sie Recht bekommen und das ist jetzt nicht nur eine Kritik an den Menschen in den Behörden, sondern auch generell, dass man sagt, da läuft etwas ein bisschen falsch. Wenn man jetzt sagt, gut, ok, man möchte das Landesgericht nicht gleich als nächste Instanz haben, sondern den Instanzenzug innerhalb der Gemeinde, den wir in Graz aus guten Gründen nicht haben, muss ich dazu sagen, ist das auch keine Lösung, deshalb muss man an diesem bestehenden System arbeiten und müsste Verbesserungen herbeiführen. Unsere Intention geht auch dahin, dass man eine Forderung, eine langjährige Forderung umsetzt, nämlich dass man die Nachbarrechte stärkt. Auch hier wieder der typische Proporz in Österreich, wir haben neun Bundesländer, neun Bauordnungen und da natürlich unterschiedliche Ausgestaltungen der Nachbarrechte und dort ist es dann oftmals auch so, dass man sich die Frage stellen muss, warum ist der Nachbar in Niederösterreich besser geschützt als in der Steiermark? Gibt es hier irgendeinen Unterschied? Gibt es dafür irgendeinen Grund? Wenn man sich dann in die einzelnen Rechte einliest, die ein Nachbar sozusagen geltend machen kann, gibt es auch da zwischen den Bundesländern eklatante Unterschiede. Für uns ist es wichtig, diese Nachbarrechte zu stärken. Wir bemerken in den letzten Jahren, und das ist durchaus etwas Positives, dass es bei sehr, sehr vielen Bauprojekten mittlerweile engagierte Anrainergemeinschaften gibt, die sich in Bürgerinitiativen zusammenschließen. Diese gehen gemeinsam diese Dinge an, setzen gemeinsam auch Gelder ein und dann auch Erfolge feiern. Aber ich denke, man muss es den Menschen nicht unbedingt schwerer machen, als es sein muss, wenn sie sich gegen Entscheidungen der Obrigkeit, in diesem Fall einer Behörde, zur Wehr setzen. Ich weiß, Sie haben alle den Antragstext genau durchgelesen, und deswegen erspare ich es uns jetzt auch aus Zeitgründen, das alles noch einmal zu verlesen. Ich bitte natürlich um Ihre Zustimmung und freue mich auf eine gespannte Diskussion.

Originaltext des Antrages:

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag

*gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1. Die zuständigen Stellen im Magistrat werden beauftragt dem Gemeinderat bis zur Gemeinderatssitzung im Februar 2025 einen Bericht mit folgendem Inhalt vorzulegen:*
 - Bekanntgabe der Höhe der Kosten pro abgeführtes Beschwerdeverfahren bei Bauverfahren.*
 - Bekanntgabe der Anzahl der im Jahr in den Jahren 2024, 2023, 2022, 2021, 2020 sowie 2019 erstellten Baubescheide.*
 - Wie viele der in diesen Jahren ausgestellten Baubescheide wurden bekämpft.*
 - Wie viele der ausgestellten Bescheide wurden in weiterer Folge von Oberinstanzen aufgehoben oder eine Verbesserung beauftragt (wie im gegenständlichen Verfahren in der Ziegelstraße 7, siehe gerichtliche Anordnung zur Nachbesserung).*
- 2. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität der Bauverfahren hinsichtlich des Schutzes der Anrainer im Einklang mit geltenden Recht, sowie zur Vermeidung von Beschwerden und den damit einhergehenden Kosten, zu erarbeiten und ist diesbezüglich ebenfalls bis zur Gemeinderatssitzung im Februar 2025 ein Bericht vorzulegen.*

3. *Die zuständige Stelle der Stadt Graz werden beauftragt ein Gemeinderatsstück vorzubereiten, das als Petition an den Landesgesetzgeber gerichtet die Erweiterung der Nachbarrechte hinsichtlich der Bereiche Schutz vor Immissionen durch Verkehr und Lärmentwicklung auf Grund der Nutzung (zB. durch Besucher) sowie die Schaffung eines Nachbarrechts auf Einhaltung der örtlichen Verordnungen wie Flächenwidmung und Bebauungspläne zum Ziel hat. Weitere mögliche Erweiterungen obliegen der Expertise und Erfahrung der Fachabteilung.*
4. *Die zuständigen Stellen der Stadt mögen prüfen, in wie weit bekannte aber auch bis dato unbekannte Oberflächenwasserfließpfade, wie im Beispiel Ziegelstraße (siehe Bilder Wasser Karten Hochwasser-Risiko (bml.gv.at)) im Bauverfahren zukünftig berücksichtigt werden können und ist diesbezüglich ebenfalls bis zur Gemeinderatssitzung im Februar 2025 ein Bericht vorzulegen.*

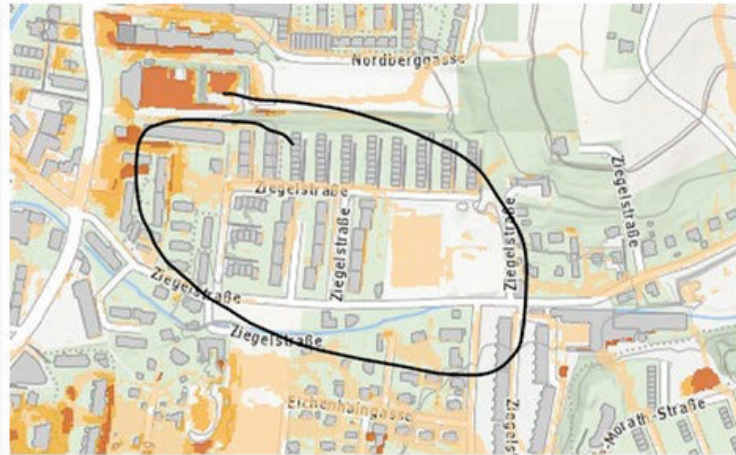
Gefahrenhinweiskarte - Oberflächenabfluss
(veröffentlicht am: 21.06.2024)

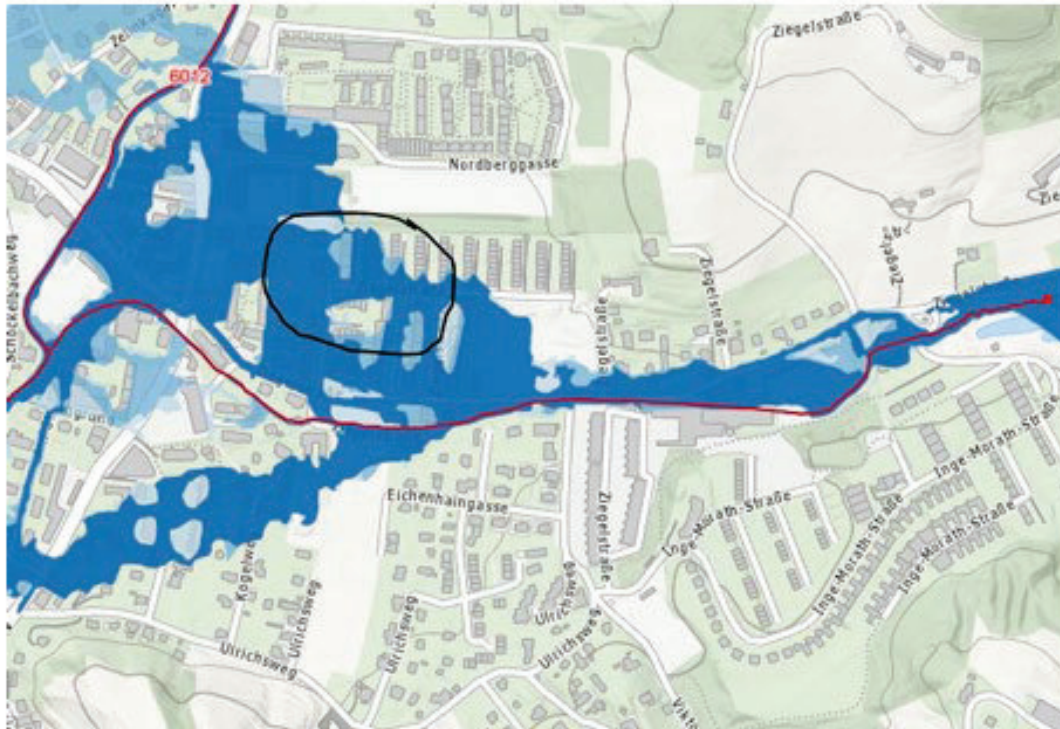
Die Gefahrenhinweiskarte Oberflächenabfluss stellt **mögliche Ausprägungen** von Überflutungsflächen, Wassertiefen und Fließgeschwindigkeiten im Gelände dar, die hauptsächlich ausgelöst durch kleinräumige Starkregenereignisse zu Schäden führen können. Die Darstellung von möglichen Gefährdungsbereichen soll das Bewusstsein der Bevölkerung gegenüber diesem Prozess stärken. Auf Verwaltungsebene werden die Karten für die Umsetzung der EU-Hochwasserrichtlinie als Bewertungsgrundlage verwendet, die jedoch trotz sorgfältiger Erstellung **mit Unsicherheiten behaftet** ist.

Im Modell nicht erfasste, kleinräumige Strukturen, wie Einfriedungen, Durchlässe, Gehsteigkanten, etc. können dazu führen, dass von den Kartendarstellungen abweichende Prozessausprägungen im Ereignisfall auftreten. Diese Unsicherheit im topographischen Modell muss bei der Interpretation der Ergebnisse jedenfalls berücksichtigt werden. Für Entscheidungen im Widmungsverfahren bzw. für die Erstellung von Bebauungsplänen wird somit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich bei den erstellten **Gefahrenhinweiskarten um eine Erstinformation** handelt und daraus **keine parzellscharfe Ausweisung** der Gefährdung abgeleitet werden kann. Eine Detailmodellierung bzw. Vorort Begehung zur Absicherung von Entscheidungen im Rahmen der Widmung und Bebauung wird empfohlen.

Unterstützend können auch lokal verfügbare Fallstudien im Widmungsverfahren bzw. in der Bebauungsplanung konsultiert werden, die systematisch Bruchkanten und Durchlässe berücksichtigen. Diese werden bei Verfügbarkeit in den GIS Systemen der Bundesländer veröffentlicht. Die lokalen Fallstudien wurden in die hier beschriebene österreichweit einheitliche Methode nicht integriert.

Der Umgang mit der Gefährdung durch Oberflächenabfluss im Rahmen der Planung, des Neubaus oder der Anpassung von Gebäuden bzw. Liegenschaften gibt ein vom BML veröffentlichter Leitfaden „Eigenvorsorge bei Oberflächenabfluss“. Dieser ist [hier](#) herunterzuladen.





Gefahrenkarte - Überflutungsflächen

(veröffentlicht am: 22.05.2024)

Die Karte stellt die räumliche Ausdehnung der Überflutung auf Basis unterschiedlicher Hochwasser-szenarien dar. Diese basieren auf Simulationen unterschiedlicher Hochwasserabflusswerte und Hochwassercharakteristika. In der Karte sind drei Szenarien dargestellt, die jeweils mit einer Wahr-scheinlichkeit verbunden sind. Neben Hochwasser-Ereignissen mit einer hohen und mittleren Wahr-scheinlichkeit, die vergleichsweise häufiger auf-treten, sind auch Extremereignisse dargestellt, die bestehende Schutzanlagen überschreiten und zu Versagen von Schutzanlagen führen können.

Information zur Karte: [Tutorial](#)

Ausmaß der Überflutung der Szenarien nach Wieder-kehrintervall

- hohe Wahrscheinlichkeit
- mittlere Wahrscheinlichkeit
- geringe Wahrscheinlichkeit

●—● Gewässerstrecken innerhalb eines APSFR

/ Hauptgewässer

Verwaltungsgrenzen

Verwendete Grundlagendaten:

© BML © BEV © GIP.gv.at

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Wortmeldungen bitte zur Dringlichkeit. Frau Gemeinderätin Würz-Stalder, bitte.

Gemeinderätin **Würz-Stalder**:

Hoher Gemeinderat, hohe Stadtregierung, liebe Anwesende per Livestream und hier auf der Galerie. Vielen Dank, Alexis, für diesen Antrag, der generell etwas aufzeigt, das sozusagen verweist auf die Komplexität der Prozesse und der Rechtsprechung hinsichtlich des Bauens und der Planung dessen und der Umsetzung. Ich möchte mich hauptsächlich auf den Punkt 4 beziehen, weil das jetzt angesichts der ganzen Ereignisse in den letzten Wochen und Monaten ja immer besonders heftig diskutiert wurde. Da wird auch ganz offensichtlich, wie wichtig diese Zusammenarbeit einerseits zwischen Bund, zwischen Landesebene mit der Gesetzgebung über die raumordnungsrechtliche Ebene und dem Vollzug in den Gemeinden ist. Und natürlich die Behörde sozusagen ist sozusagen das letzte mehr oder weniger Instrument hier einzugreifen, also regelnd zu agieren. Und tatsächlich muss man sagen, ist das wirklich eng verknüpft untereinander, also gerade angesichts der Hangwässer-Thematik zeigt sich sehr, es gibt einen Leitfaden dazu, ich weiß nicht, ob du den gesehen hast, vom Land Steiermark hinsichtlich der Möglichkeiten innerhalb der Raumordnungsinstrumente und dann auch für die Baubehördenverfahren, was da relevant ist und wie man da sozusagen darauf Bezug nehmen kann, was für Möglichkeiten bestehen. Ich glaube, der Gerhard Hackenberger wird noch ein bisschen genauer darauf eingehen. Und ich bin überzeugt, dass diese Prozesse durchaus immer wieder kontrolliert werden müssen sozusagen und deshalb werden wir auch diesem Antrag zustimmen, nicht weil man von vornherein sagen könnte: „Ja, das läuft alles nicht gut“, sondern weil das so eine hochkomplexe Thematik ist. Im Übrigen zum Hangwasser, leider warst du gestern wieder nicht in unserem Verkehrs- und Stadtplanungsausschuss, weil da hat der zuständige für Gewässer, der Herr Dipl. Ing. Egger-Schinnerl, sehr interessante Dinge erzählt, über Hangwässer auch, und über

Regenwasser, Niederschlagsereignisse, da habe ich sehr gestaunt. Also nächstes Mal, man hört da immer sehr viel Interessantes.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das ist nicht gegeben. Möchten Sie ein Schlusswort?

Klubobmann **Pascuttini**:

Ich möchte nur kurz replizieren. Also danke, die Einladung ist natürlich an mich ergangen. Wir haben uns über den Sommer, also ich glaube mein Büroleiter hat sich drei oder vier Mal mit dem zuständigen Beamten getroffen. Ich bin schon bestens informiert, das wäre gestern maximal eine Wiederholung gewesen, aber danke, dass es auch dich sozusagen weitergebracht hat, jetzt können wir dann später ein bisschen fachsimpeln, wenn ich mit dem Dringlichen Antrag fertig bin, aber das wollte ich nur gerade anleiten.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Wir kommen zur Abstimmung zur Dringlichkeit, wer ist dafür? Gegenprobe, Dringlichkeit ist somit einstimmig gegeben.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Inhalt selbst. Wer wünscht sich das Wort? Herr Gemeinderat Hackenberger.

Gemeinderat **Hackenberger:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Stadtregierung, lieber Antragsteller, wie ja schon vorher angekündigt, werden wir diesem Dringlichen Antrag inhaltlich zustimmen. Aber ich kann mir nicht verkneifen, dazu zu sagen, nicht wegen des Inhaltes, sondern trotz des Inhaltes. Und ich möchte das kurz begründen: Den Leuten aufs Maul zu schauen ist sicher dann und wann eine gute Methode. Aber wenn man Menschen in deren Nachbarschaft gebaut werden soll, aufs Maul schaut, hört man immer das Gleiche. Nämlich, jeder glaubt, er muss der Letzte gewesen sein, der noch das letzte Stück Land verbaut hat. Und der Bürgermeister hat eh schon in den letzten 50 Jahren immer gesagt, danach wird nie mehr irgendetwas hingebaut. Das ist eine Aussage, die ich aus meiner über 40-jährigen Berufserfahrung bestätigen kann, die ich sehr, sehr oft gehört habe. Und ein bisschen erinnert mich das daran, wenn hier behauptet wird, dass das Landesverwaltungsgericht diese Beschwerde schon stattgegeben hätte und das alles verworfen hätte, das ist völlig unrichtig. Das Verfahren ist beim Landesverwaltungsgericht anhängig, es gibt dort keine Entscheidung. Es ist nicht sehr sinnvoll, sich mit Ergebnissen eines Gerichtes auseinanderzusetzen, die es noch gar nicht gibt. Ansonsten was den Rechtsrahmen betrifft, das Ansinnen und die Idee, dass Nachbarn nicht nur die unmittelbaren Anrainer, sondern ein weiterer Personenkreis sein sollen, hat auch der Gesetzgeber des Baugesetzes für die Steiermark berücksichtigt. In § 4 zu Punkt 44 ist dort ausgesprochen, dass alle, die von dem Bauvorhaben in einer negativen Art und Weise betroffen sein können, Nachbarn sind. Das heißt, das ist natürlich auch jemand, der 50 Meter weit weg ist, wenn er eine Betroffenheit, die vom Gesetz berücksichtigt wird, geltend machen kann.

Zur Berücksichtigung von Abflussverhältnissen ist zu sagen, dass es sehr wohl zulässige und zu berücksichtigende Einwendungen im Bauverfahren gibt, wenn Fließverhältnisse geändert werden, sofern sie zu negativen oder unzumutbaren Änderungen oder Beeinträchtigungen der Nachbarschaft führen. Im § 88 des Steiermärkischen Baugesetzes ist das ausdrücklich festgelegt. Warum sage ich das? Der Antragstext ist eine Art ganz strenger Verurteilung der Grazer Baubehörde, der unterstellt wird, dass

sie ganz schlecht arbeitet, dass sie Entscheidungen macht, die völlig daneben sind. Man muss schon einräumen und dazusagen, dass die aller, aller wenigsten Beschwerden beim Steiermärkischen Landesverwaltungsgericht auch erfolgreich sind. Es ist eine geringe Quote und wir werden in einem Rechtsstaat überall an allen Ecken und Enden damit konfrontiert sein, dass die Behörden in erster Instanz nicht immer alles richtig machen. Das ist der Grund, warum wir eine zweite und oft eine dritte Instanz haben, warum es einen Rechtsschutz dafür gibt. Also, wie gesagt, inhaltlich mit dem Text sind wir nicht ganz einverstanden. Im Ergebnis unterstützen wir den Antrag. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke vielmals. Herr Gemeinderat Topf.

Gemeinderat **Topf**:

Hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Wir haben auch den Text sehr genau durchgelesen und können auch durchaus kritische Anmerkungen machen. Aber eines scheint mir ganz wichtig zu sein. Wir haben immer wieder die Diskussion, was den Ortsbilschutz betrifft, dass immer wieder die Diskussion: Passt dieses Haus, diese Schuhschachtel? Das wird immer wieder so hervorgehoben. Haben gerade einen Fall wieder in Ragnitz, wo ein Baukörper einfach nicht dort hineinpasst, unabhängig, dass alle anderen Kriterien eingehalten werden, die Dichte, möglicherweise auch die Hangwasser- und Oberflächenwasserproblematik durchaus fachkundig behandelt wurde. Das größere Problem sehen wir, und das kommt ganz stark immer wieder auf uns zu, wie gesagt, gerade in einem Fall, den wir jetzt einmal angeschaut haben, in Ragnitz, dass der Ortsbilschutz, also das, was sozusagen, ich bin kein Architekt, aber wo man sagen kann, das Haus, dieser Baukörper in der Gestaltung, in der Dimensionierung, in der Kuvertüre passt nicht hinein. Wir wissen schon, dass wir ein räumliches Leitbild haben. Das ist keine Frage, das ist ja

durchaus sozusagen eine Anleitung, eine Richtlinie, die wir durchaus vielleicht stärker berücksichtigen sollten. Ich sage das ganz bewusst. Grundsätzlich muss ich schon sagen, dass die Bau- und Anlagenbehörde durchaus ordnungsgemäß handelt. Also das muss man schon sagen, das ist also nicht leicht, sozusagen hier diese Fülle von Bauverfahren ordnungsgemäß abzuwickeln. Es ist ja oft so, dass irgendwas eingereicht wird, wo viele notwendigen Beilagen, Gutachten und so weiter einfach nicht dabei sind, und dann dauert halt die Bauverfahren länger, keine Frage. Ich würde den Schwerpunkt meiner Kritik noch einmal auf das Lenken, dass wir den Ortsbildschutz möglicherweise noch verstärkt in Gutachten der Stadtplanung oder von wem auch immer entlang des räumlichen Leitbildes, das wir ja beschlossen haben, stärker berücksichtigen sollten. Also, wir haben da die massiven Beschwerden, die im Nachbarrecht nicht abgebildet sind. Der Abstand passt, die Entwässerung möglicherweise auch, auch die Lärmemissionen sind beim Messpunkt durchaus eingehalten. Aber die Beschwerden, die immer wieder auftauchen, ist die zu geringe Beachtung des Ortsbildschutzes.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Herr Stadtrat Eber, bitte.

Stadtrat **Eber**:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Antragsteller, ich darf zunächst dennoch Danke sagen für den Antrag. Nicht, weil ich ihn jetzt hundertprozentig inhaltlich unterstütze, aber weil ich glaube, dass es doch einmal auch ein Thema ist, das wichtig ist hier behandelt zu werden. Ich danke auch meinen beiden Vorrednern, insbesondere dem Kollegen Hackenberger, für die Ausführungen. Ich möchte vielleicht von hinten anfangen, das Ganze, diese vier Punkte und kurz etwas dazu sagen.

Zunächst einmal zum Punkt 4: Da muss ich natürlich festhalten, dass es auch für die Bau- und Anlagenbehörde sehr schwierig ist, unbekannte Fließpfade im Bauverfahren

zu berücksichtigen. Sie tun natürlich ihr Bestes, aber im Wesentlichen können Sie nur auf bekannte Fließpfade zurückgreifen. Selbstverständlich werden alle neuen Entwicklungen und Karten, die es dazu gibt, berücksichtigt.

Was die Punkte 2 und 3 anbelangt, da möchte ich zusammenfassen: Da steht unter anderem drinnen, es geht um die Nachbarrechte. Da sind wir uns, ich glaube, weitgehend einig, hier im Saal, dass wir hier durchaus dafür sind, die Nachbarrechte in den Bauverfahren etwas zu stärken. Allerdings, wenn da steht „Die Schaffung eines Nachbarrechts auf Einhaltung der örtlichen Verordnungen“, dann suggeriert das ja doch irgendwie, dass die Behörde diese derzeit nicht einhalten würde und somit die Behörde nicht gesetzes- und verordnungskonform arbeiten würde. Das ist natürlich ein Vorwurf einer Dienstpflichtverletzung, der bis hin zum Amtsmissbrauch gehen kann, den ich natürlich in aller Deutlichkeit hier auch im Namen der BAB und für die BAB zurückweisen möchte.

Was den ersten Punkt anbelangt, ist sozusagen die Auskunft über Zahlen, Daten, Fakten, sage ich jetzt einmal. Da möchte ich mich wirklich ausdrücklich bedanken bei dir, dass du da eine Frist hineinschreibst, Februar 2025, weil meistens werden ja Fristen gefordert bis nächsten Monat oder überhaupt sofort oder am besten noch vorgestern. Aber Februar 2025, das ist klar ein realistischer Zeitrahmen, wo wir diese Daten auch gut aufbereiten können und dem Gemeinderat dann eben auch vorlegen werden können.

In Summe heißt das, wie gesagt, nicht mit allem einverstanden, aber im Zweifel sozusagen, im Zweifel für den Antrag, und von daher wird meine Fraktion auch zustimmen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, dann darf ich Herrn Klubobmann bitten, noch ums Schlusswort.

Klubobmann **Pascuttini:**

Vielen herzlichen Dank für die sich abzeichnende Mehrheit für den Antrag. Man kann natürlich aus dem Antragstext alles herauslesen, wenn man nur will. Möchte jetzt gar nicht mehr im Detail darauf eingehen. Jeder hat für sich etwas gefunden, was er mittragen kann. Das ist eine sehr gute Sache. Ich muss den Kollegen Hackenberger aber leider korrigieren, wenn er sagt, das ist falsch, was wir behaupten. Darf ich etwas vorlesen? „Festgehalten wird, dass der Richter darlegt“, der Richter eines österreichischen Gerichtes, „dass das Projekt nach den Ergebnissen des Beweisverfahrens in der vorliegenden Form nicht genehmigungsfähig ist“. Also deutlicher kann es nicht im Protokoll einer Verhandlung vor dem österreichischen Gericht stehen. Das ist sogar eine sehr klare Sprache, die hier gewählt wurde. Im Folgenden werden die im Gutachten des Bautechnischen Amtssachverständigen aufgezeigten Abstandsverletzungen, das heißt die Behörde hat die Abstände nicht eingehalten, die sie von Gesetzeswegen hätte einhalten müssen, Widersprüche in den Planunterlagen beziehungsweise fehlende oder zu korrigierende Angaben im Einreichprojekt zusammengefasst. Und dann gibt es viele, viele Seiten, was alles falsch ist. Also, man kann sich immer als Ressortverantwortlicher natürlich schützend vor das Ressort stellen. In dem Fall muss man einfach sagen: "Na, ist was passiert". Was ich hiermit sagen will, ist, dass Fehler im Behördenverfahren passieren können. Fehler im Behördenverfahren, da sind wir weit davon entfernt, dass das ein Amtsmissbrauch ist. Amtsmissbrauch wäre es, wenn er vorsätzlich passieren würde. Das haben wir hier niemandem unterstellt. Aber wenn man jetzt nach Österreich schaut, wenn man in die Vergangenheit schaut, gibt es auch immer wieder in Behördenverfahren vorsätzliche Dinge, die vorsätzlich gemacht werden. Das ist leider so, das ist leider die Realität. Für unseren Antrag, für uns geht es darum, dass man diese Fehler, die passiert sind, ohne Vorsatz, durch welchen Grund auch immer korrigiert. In diesem Fall ist es eindeutig so, wenn ein Richter eines österreichischen Gerichts, des Landesverwaltungsgerichts, das so klar sagt. Und das ist ja nicht das einzige Mal, wo so etwas passiert. Gibt andere Fehler, die gerade laufen, wo man sagt: „Ok, Schaltgutachten hat es keines gegeben, müssen wir jetzt vom Gericht einholen“, also

das passiert laufend und hier geht es einfach darum, um das noch einmal kurz hervorstreichen, für viele Menschen ist der Gang zu Gericht wegen so einer Sache natürlich etwas Einmaliges und etwas Rohes, dann hat man auf der anderen Seite ja nicht, ich weiß nicht, irgendwen sitzen, sondern Bauträger, dort hat man wirklich die da oben, die Investorengruppen, die haben dann sehr, sehr gute Anwälte und da ist die Anrainerschaft, wo man dann, wenn man Glück hat, jemanden dabei hat, der einen guten Anwalt kennt, oder man hat halt niemanden, oder man hat einfach auch die finanziellen Mittel nicht, also das ist eigentlich ein sozialer Antrag, den man hier fordert, also da kann man sehr, sehr viel noch reininterpretieren.

Zwischenruf

Klubobmann **Pascuttini:**

Nein, sozialistisch ist er nicht.

In diesem Sinne bitte ich da wirklich um Ihre Zustimmung und freue mich darüber, wenn wir das durchbringen und selbst wenn die Frist nicht haltet bis Februar, wenn man mir das mitteilt und sagt: „Na, können wir noch einen Monat länger brauchen?“, dann ist das natürlich auch kein Problem.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Das ist gut so, dass das so gesehen wird, weil das ist tatsächlich oft ein großes Problem. Frau Clubobfrau Hopper hat um getrennte Abstimmung gebeten. Das machen wir auch gerne. Wir kommen zur Abstimmung.

Punkt 1, wer ist dafür? Gegenprobe, ist einstimmig angenommen.

Punkt 2. Gegenprobe, ist ebenso einstimmig angenommen.

Punkt 3. Gegenprobe, ist auch einstimmig angenommen.

Dann sind wir beim 4. Punkt. Der ist mehrheitlich angenommen. Dann bitte darf ich noch einmal bitten, wer ist dafür? Gegenprobe noch einmal für Sie. Danke schön. Ist für das Protokoll immer wichtig, für den Herrn Polz, dass er das genau hat.

Punkt 1 des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Punkt 2 des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Punkt 3 des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Punkt 4 des Antrages wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP).

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag, eingebracht von Frau...

Zwischenruf:

Kurz nur zur Geschäftsordnung.

Klubobmann **Pascuttini:**

Kurz nur zur Geschäftsordnung, weil das Foul vom Klubobmann Dreisiebner blieb da jetzt vorhin ohne Konsequenz, und ich möchte es im Protokoll mit Sicherheit so nicht stehen lassen, was er dazwischengerufen hat. Ich erspare uns jetzt diese Abhandlung vorzulesen vom österreichischen Journalisten und Sprachwissenschaftler Robert Sedlacek, der in einem Artikel der Wiener Zeitung, ist keine Nazi-Propagandazeitung, by the way, der das ganz klar abführt, warum dieser Terminus schon seit dem Mittelalter ein Begriff ist und warum das in keiner Weise irgendwie verwerflich ist, im Gegensatz zu anderen Phrasen. Ich möchte das bitte zum Protokoll dazugeben, ich möchte es jetzt nicht verlesen. Ich werde es ausgedruckt dem Protokollanten vorlegen und hoffe, dass diese Angelegenheit damit erledigt ist, auch wenn ich dieses Verhalten vom Herrn Klubobmann wirklich beschämend finde.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Selbstverständlich, wenn wir schon bei den Berichtigungen sind.

Gemeinderätin **Aygan-Romaner:**

Lieber Kollege, das kann ich nicht einfach so stehen lassen, ich verweise auf ein Buch von Viktor Klemperer, ein Überlebender des Holocaust, der auf die Sprache des Dritten Reiches verweist und wie belastet diese Phrase ist, empfehle ich ganz stark, das nachzulesen und das nicht mehr unbedacht weiterzuverwenden, bitte das ins Protokoll auch aufzunehmen.

Zwischenruf:

Zur Geschäftsordnung.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Aber darf ich etwas sagen, wenn Sie das, was Sie jetzt vorlesen, schon zu Protokoll gegeben haben und das von der Frau...

Klubobmann **Pascuttini:**

Nein, dann gebe ich es nicht zu Protokoll, dann lesen wir es vor, dann machen wir jetzt eine Geschichtsstunde.

Aus der Wiener Zeitung, die frei von jeglichen Verdacht ist:

„In Deutschland unverdächtig, in Österreich Nazi-Jargon?“ von Robert Sedlacek.

Robert Sedlacek ist Autor zahlreicher Bücher über die Sprache, jüngst ist das Buch erschienen „Sprachwitze - die Formen. Die Techniken. Die jüdischen Wurzeln. Mit mehr als 500 Beispielen“, warum die Wendung „Durch den Rost fallen“ fälschlich diskreditiert wird:

„Unlängst habe ich mich hier mit der Wendung "durch den Rost fallen" befasst. Ist das Nazi-Jargon? Sind die Leichen-Verbrennungsöfen in den Konzentrationslagern gemeint? Dazu habe ich einen Leserbrief von Frau Hedwig Riegler erhalten, sie ist eine akademisch ausgebildete Übersetzerin: "Ich bin im ländlichen Raum aufgewachsen, und zwar nicht in einer Nazifamilie. Ich habe diese Wendung von Kindheit an gekannt und verwendet. In der Landwirtschaft hat man, sicher lange vor den Nazis, Gitterroste

zur Größensortierung von Feldfrüchten, zum Beispiel Erdäpfeln, verwendet: Was durch den Rost fiel, war zweite Wahl, nicht geeignet für den Verkauf, und wurde einer anderen Verwertung zugeführt." Sie lasse sich ein Sprachbild, das für sie seit ihrer Kindheit in einer anderen Bedeutung und Ableitung existiert, nicht durch Wächter der Political Correctness nehmen. (Sedlaczek, 2020)

Volker Harm von der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, Leiter der Arbeitsstelle Neubearbeitung des Grimm'schen Wörterbuchs, schrieb mir: "Grundsätzlich ist es so, dass die Wendung recht häufig ist. Im ‚Deutschen Referenzkorpus‘ des Instituts für deutsche Sprache in Mannheim finde ich 2.134 Nachweise in Zeitungen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz." Die Wendung "durch den Rost fallen" werde aber nur in Österreich gelegentlich als angebliches Nazi-Wort geführt - "sogar in einer Empfehlung zum nicht-diskriminierenden Sprachgebrauch auf der offiziellen Internetseite der Stadt Wien", stellt Volker Harm verwundert fest. (Sedlaczek, 2020)

All jene, die "durch den Rost fallen" für diskriminierenden Sprachgebrauch halten, berufen sich auf die Universitätsprofessorin Ruth Wodak. Sie klassifizierte die Wendung wiederholt als Nazi-Jargon, weil sie von den Nazis in Bezug auf die Verbrennungsöfen verwendet worden sei. Ich fragte sie per Mail, ob sie Belege dafür habe. Sie konnte keine nennen, meinte aber: "Ich bleibe bei meiner Meinung der negativen Konnotation - für manche, sicher nicht für jeden, vor allem nicht für junge Menschen. (Klubobmann **Pascuttini**: „Zu jenen Zähle ich mich auch“.) Ich meine, dass es da um einen semantischen Anspielungsraum geht, der mit den Gaskammern und der Shoah, aber auch mit den Lastwägen, in denen Menschen vergast wurden, zusammenhängt." (Sedlaczek, 2020)

Das ist auch deshalb merkwürdig, (Klubobmann **Pascuttini**: „Schreibt dann wieder der Herr Sedlaczek“.) weil die Wendung seit alters her so viel wie "unberücksichtigt bleiben, übersehen werden" bedeutet - nicht "verbrannt werden". Mit dem gleichen

Argument könnte man - so Volker Harm - jede Wendung, in der das Wort "Feuer" oder das Wort "Ofen" vorkommt, unter Nazi-Verdacht stellen.

Ruth Wodak, die als Diskursforscherin nationalsozialistische Floskeln aus dem Mund von FPÖ-Politikern decouvriert und treffend kommentiert hat - von der "ordentlichen Beschäftigungspolitik im Dritten Reich" bis zur "Umvolkung" -, liegt in diesem Fall falsch. (Sedlacek, 2020)

Anders ist meiner Meinung nach die Wendung "bis zur Vergasung" zu beurteilen. Auch diese ist lange vor der Nazizeit entstanden, sie bezieht sich auf den letzten Aggregatzustand, nämlich den gasförmigen. (Sedlacek, 2020)

Sedlacek, R. (2020, 21. Juli). *In Deutschland unverdächtig, in Österreich Nazi-Jargon - Archiv | Wiener Zeitung*. Wiener Zeitung. <https://www.wienerzeitung.at/h/in-deutschland-unverdachtig-in-osterreich-nazi-jargon>

Bürgermeisterin **Kahr**:

Aber Herr Klubobmann, darf ich nur etwas sagen?

Klubobmann **Pascuttini**:

Damit sind wir fertig.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ich möchte jetzt wirklich etwas sagen. Wir sind noch im öffentlichen Gemeinderat, und noch einmal, der Herr Klubobmann Dreisiebner hat Sie nicht beleidigt, er hat nur gesagt: "Muss das sein", nicht mehr und nicht weniger.

Klubobmann **Pascuttini**:

Nein, er hat gesagt: „Das sagt man nicht“ und hat damit eine Intention in den Raum gestellt die ehrenrührig ist.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Noch einmal, wenn jetzt wer zuhört, kein Mensch kann überhaupt nachvollziehen, warum sie da jetzt diesen Text vorlesen.

Klubobmann **Pascuttini**:

Dann muss er sich den ganzen Livestream ansehen. Jedenfalls, das ist zu Protokoll, das ist ein Sprachwissenschaftler, der in der Zeitung...

Bürgermeisterin **Kahr**:

Noch einmal, wenn Sie das zu Protokoll geben möchten, gerne.

Klubobmann **Pascuttini**:

Wir sind eh schon fertig, aber es hätte eine einfache Entschuldigung auch gereicht oder eine Flasche Dreisiebner Wein.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke. Frau Gemeinderätin Sabine Reininghaus ist jetzt am Wort mit ihrem Dringlichen Antrag. Herr Klubobmann Dreisiebner möchte jetzt auch noch etwas zur Geschäftsordnung etwas sagen. Bitte.

Klubobmann **Dreisiebner:**

Geschätzter Herr Klubobmann Pascuttini. Ich habe gesagt das sagt man nicht. Ich habe das nicht in irgendeinen Kontext gestellt. Es war aus meiner Sicht eigentlich damit der Wunsch verbunden, dass diese Dinge, du hast jetzt andere Belege dargebracht, aber es gibt auch Gegenteilige, dass diese Dinge gerade in Bereichen, die eine gewisse Vorbildfunktion und eine Öffentlichkeitsfunktion haben, und das ist die Politik, das ist auch ein Gemeindeparlament, so möglichst nicht gesagt werden können. Ich habe dich nirgendwo damit hinstellen wollen. Solltest du das so empfunden haben, dafür muss ich mich nicht entschuldigen, weil ich es nicht tun wollte, aber ich entschuldige mich bei allen, die zuhören, dafür, dass aus dem allen so ein Bauwau geworden ist. Ich hoffe, das reicht dir auch.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Danke schön, Frau Gemeinderätin Sabine Reininghaus.

9.9 Wohnen sozial treffsicher und budgetschonend gestalten (GRⁱⁿ Reininghaus, NEOS)

Gemeinderätin **Reininghaus:**

Danke schön Herr Dreisiebner, dass Sie da wieder ein bisschen Ruhe reinbringen. Ihr seid so ein bisschen empfindlich, kommt mir vor. Die Frau Bürgermeisterin hat heute zu mir nicht gesagt, das sagt man nicht. Was hat sie gesagt? Sie hat gesagt, dein Dringlicher Antrag ist schwachsinnig. Habt ihr das gehört?

Bürgermeisterin **Kahr:**

Unsinn.

Gemeinderätin **Reininghaus:**

Ja, ich bin schwachsinnig, oder war es der Dringliche Antrag, war es der ganze Dringliche Antrag, oder war es nur dieses Einkommensmonitoring?

Bürgermeisterin **Kahr:**

Nicht der ganze, ein Punkt vor allem.

Gemeinderätin **Reininghaus:**

Ja, das Einkommensmonitoring, habe ich mir gedacht, und da hast du gesagt, liebe Elke, das ist ein Schwachsinn, weil das geht nicht. Also bei der KPÖ gehen ganz andere Dinge, wenn man den KPÖ-Chef Schweiger anschaut, der ja sogar einen Konflikt mit der EU-Kommission quasi in Kauf nimmt, um leistbares Wohnen durchzusetzen, da sieht man, was alles geht. Und noch einmal, liebe Elke, dieser Antrag hat überhaupt kein böses Ansinnen. Und natürlich geht es nicht darum in bestehende Mietverträge einzugreifen. Ich habe auch Jus studiert einige Jahre, ich weiß, das geht nicht. Ich habe es leider in dem Dringlichen Antrag nicht so explizit formuliert, das ist meine Schuld, aber dennoch, also gemeint sind neue Mietverträge, die könnte man doch durchaus budgetschonender gestalten, so dass auch wieder Geld in den Eigenbetrieb Wohnen Graz oder in die Stadtkasse, nehmen Sie es wie Sie wollen, zurückfließt. Also das war das Ansinnen meines Dringlichen Antrags. Ganz einfach den Eigenbetrieb auf bessere finanzielle Beine zu stellen, damit auch in Zukunft sozialer Wohnraum noch sicher zur Verfügung stehen kann, aber lasst mich jetzt trotzdem von vorne beginnen.

Ich habe da zwei Seiten geschrieben. Ich habe schon wieder einiges gestrichen, weil heute eh schon so vieles erwähnt wurde. Ich komme jetzt noch einmal zurück zum Eigenbetrieb Wohnen Graz. 8 Millionen Euro Verlust, wissen wir, die schwächelnde Eigenmittelquote haben wir auch schon besprochen. Ich habe mir halt überlegt, was sind da die Gründe dafür, warum ist denn dieses Minus im Budget entstanden, warum ist es innerhalb von drei Jahren um 5,7 Millionen gestiegen? Ja, und da ist natürlich

zum einen Schuld, dass man im Jahr 2022 die Richtwertmieten nur um 2 % angehoben hat, obwohl die Inflation in Österreich 7,7 % betragen hat und überall um 6 % erhöht wurde. 2023 wurde dann abermals eine Mietpreisbremse angezogen im Gemeindebau und das betrifft immerhin 4.350 Gemeindewohnungen. Das ist ein bisschen was und diese Unterdeckung, die daraus entstanden ist, die muss man jetzt durch Zuzahlungen wieder kompensieren. Bei den 6.832 Übertragungswohnungen, wo eben Wohnen Graz das Zuweisungsrecht hat, zahlt die Stadt Graz die Differenz der Mietsteigerungen zu, weil natürlich hier die Mieten nicht inflationschonend nicht angehoben wurden. Das ist sozial, aber es ist nicht budgetschonend, das ist ganz logisch. Also ich als Unternehmerin sehe das also, ja, geht ja irgendwie gar nicht.

Dann habe ich mir auch überlegt, was ist denn eigentlich mit den Menschen, die jetzt in einer Gemeindewohnung sitzen. Da gibt es so Zuweisungsrichtlinien, wo Einkommenshöhen quasi oder Grenzen bestimmt werden. Für eine Einzelperson im Moment ca. € 3.400,00 Netto darf man verdienen und hat Anspruch auf eine Gemeindewohnung. Aber was ist jetzt, wenn in der Vita dieser Person hohe Einkommenszuwächse passieren? Jetzt lebt die Person vielleicht ein ganzes Leben lang drin, verdient zehn Jahre später das Doppelte, profitiert immer noch von diesem günstigen sozialen Mietpreis. Ist das sozial? Finde ich wenig. Ich denke mir, dass Besserverdienende doch auch marktkonforme Mieten zahlen können, dass ihnen das auch zumutbar ist und profitieren tun dann wieder die Stadt Graz, weil sie höhere Miteinnahmen daraus macht. Das ist dieses Einkommensmonitoring, von dem ich gesprochen habe, das hier als schwachsinnig bezeichnet wurde, und ich denke mir, ja, bitte, wenn ich jetzt neue Mietverträge mache, kann ich doch bitte hergehen und sagen, alle fünf Jahre bitte zeigst du mir einen Gehaltszettel und wenn du mehr verdienst, dann wird das entsprechend angepasst. Nicht hinaushauen, nein, darf bleiben, aber es kann nicht sein, dass einer, der 8.000,00 € im Monat verdient in einer Sozialwohnung sitzt, was ist denn da gerecht, bitte.

So, dann haben wir noch eine Geschichte in Graz: Wohnungssuchende auch am privaten Wohnungsmarkt, die die Kautions nicht zahlen können, kriegen über den Kautionsfonds einen Zuschuss von bis zu 1.000,00 €, das ist ein zinsenloses Darlehen,

finde ich super. Ja, man soll den Menschen den Zugang zu Wohnen erleichtern, aber warum muss dieser 1.000,00 € Betrag oder Zuschuss erst dann zurückbezahlt werden, wenn ein Wohnungswechsel ansteht? Was ist, wenn der nie die Wohnung wechselt? Was ist, wenn der aus der Gemeindewohnung stirbt? Frau Kahr, was ist dann mit den 1.000,00 € die der vielleicht bekommen hat? Das Land Steiermark hat auch so einen Fonds eingerichtet, aber die wollen in drei Jahren das Geld zurück. Das heißt, die verlangen monatlich 27,77 €, wenn 1.000,00 € eben bezuschusst wurden.

Ich denke, die Stadt Graz muss Rahmenbedingungen schaffen, die das Wohnen treffsicherer machen, sozial gerechter, aber den Aspekt der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bitte nicht außer Acht lassen und noch weitere Schuldenberge anhäufen. Und daher stelle ich - ich bin gleich so weit, ich weiß die Zeit ist gleich aus - gemäß § 18 der Gemeinderatsordnung des Gemeinderats folgenden

Dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen: Leistbares Wohnen durch eine Ausweitung des Angebots, zum Beispiel durch gemeinnützige Wohnbauträger, zu steuern.

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen: Die Einnahmen durch ein Einkommensmonitoring und einkommensabhängige Mieten zu steigern.

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen: Zahlungen aus dem Kautionsfonds in eine Ratenzahlungsverpflichtung innerhalb von drei Jahren umzustellen.

That's it, mehr ist es nicht. Danke.

Originaltext des Antrages:

Daher stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderats folgenden

dringlichen Antrag:

- 1) *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, leistbares Wohnen durch eine Ausweitung des Angebots, zum Beispiel durch gemeinnützige Wohnbauträger, zu steuern.*
- 2) *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, die Einnahmen durch ein Einkommensmonitoring und einkommensabhängige Mieten zu steigern.*
- 3) *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, Zahlungen aus dem Kautionsfond in eine Ratenrückzahlungsverpflichtung innerhalb von 3 Jahren umzustellen.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Bitte um Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Bitte, Frau Gemeinderätin Kreiner.

Gemeinderätin **Kreiner**:

Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Stadtregierung, verehrte Zuseherinnen und Zuseher. Ja, bei einem Jahresverlust von € 8.000.000,00 im Jahr 2023 kann man sich schon einmal Gedanken machen, wie man dem Eigenbetrieb Wohnen Graz schon wieder aus dieser wirtschaftlichen Schieflage raushelfen kann. Vor allem muss man sich auch fragen, wo das einmal hinführt. Wir finden diesen Antrag sinnvoll und wir werden dem auch zustimmen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Gibt es zur Dringlichkeit noch weitere Wortmeldungen?

Bitte Herr Gemeinderat Gostentschnigg.

Gemeinderat **Gostentschnigg:**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Sabine. Wir haben ja am Rande der letzten Sitzung des Wahnausschusses hierüber gesprochen, dass du so einen Antrag vorbereiten wirst. Und jetzt haben wir ihn vorliegen. Leider muss ich mitteilen, die Elke hat schon angedeutet, in unseren Augen ist es das nicht. Was du ansprichst, dass die Wohnkosten ein Problem sind, ist ja tatsächlich so. Tatsächlich würde aber aus dieser Argumentation folgen, dass man die Mieten in den Gemeindewohnungen erhöhen müsste. Das sehen wir halt anders, das möchten wir nicht.

Ich möchte eingangs mit einem...Na ja, ich muss mich auch gleich entschuldigen. Ich werde doch ein bisschen zum Inhalt reden. Wir werden nämlich die Dringlichkeit ablehnen. Bitte hauen Sie mich nicht, Herr Pointner, ich mag es nur argumentieren.

Zwischenruf:

Aber vielleicht stimmen die anderen zu.

Gemeinderat **Gostentschnigg:**

Das kann durchaus sein, wir werden es nicht tun. Ein grundsätzliches Missverständnis, wenn wir von Gemeindewohnungen sprechen, sprechen wir von Gemeindewohnungen, nicht von Sozialwohnungen. Gemeindewohnungen sind Wohnungen im Eigentum der Stadt oder Wohnungen, wo die Stadt das Zuweisungsrecht hat. Das ist kein Sozialwohnbau in dem Sinn, da Gemeindewohnungen nicht ausschließlich „den Ärmsten der Armen“ zugutekommen sollen. Gemeindewohnungen sollen möglichst vielen Menschen zugutekommen. Es ist nämlich so, dass Gemeindewohnungen im Durchschnitt um einiges billiger sind als frei finanziierter Wohnbau. In diesem Sinne übernimmt der Gemeindewohnbau auch eine wichtige Rolle als Gegengewicht gegen die Mietpreisentwicklung am freien Markt. Wir halten es für ganz entscheidend, dass das auch weiterhin so gemacht wird, dass die Gemeindewohnungen günstig bleiben und dass sie auf dem Weg auch dafür sorgen, dass die Mieten am freien Markt nicht ins Unermessliche steigen.

Wir hätten auch gerne - das ist ebenfalls wichtig - eine soziale Durchmischung im Gemeindewohnbau. Das setzt natürlich voraus, dass auch Leute mit etwas höheren Einkommen durchaus Anträge stellen können und Gemeindewohnungen erhalten. Das ist in unserem Sinne, das ist kein Fehler, sondern das ist ganz wichtig, eben damit es eine soziale Durchmischung gibt in unseren Wohnbauten und im Übertragungswohnbau.

Vielleicht ganz kurz zu den einzelnen Punkten, der erste Punkt, glaube ich, ist tatsächlich nicht dringlich, weil wenn die Stadtregierung eins probiert, dann exakt das besser zu forcieren im Rahmen der Möglichkeiten. Wir haben erst heute wieder ein Stück beschlossen, wo die Stadt Graz ein neues Wohnhaus errichtet.

Zu Punkt 2, ich glaube, da gibt es mietrechtliche Probleme tatsächlich bei unbefristeten Verträgen. Bitte korrigieren Sie mich, ist das, glaube ich, nicht möglich, das quasi unter der Zeit dann in dem Sinn anzupassen, wie du das vorschlägst, Sabine. Bei den Genossenschaftswohnungen im Übertragungswohnbau ist das grundsätzlich nicht möglich, da ja nicht die Stadt Graz dort die Mieten macht. Außerdem haben wir tatsächlich ein bürokratisches Problem. Das würde tatsächlich eine regelmäßige Einkommensüberprüfung voraussetzen, einen recht bürokratischen Aufwand verursachen. Gerade wenn die NEOS eben plakatieren, "gläserner Staat, nicht gläserne Bürger", wenn man auf dem Weg ständig dort die Einkommenszettel sehen will, glaube ich, ist das auch nicht wirklich im Interesse der NEOS. Das unterstelle ich jetzt einmal.

Dasselbe in etwa bei Punkt 3. Tatsächlich wäre ja quasi, wenn man den Leuten jedes Monat Rückzahlung draufdruckt, in dem Fall für die Kautions, wäre das ja eine schleichende, jetzt nicht Mieterhöhung, aber eine Erhöhung der Wohnkosten jeden Monat um einen nicht unwesentlichen Prozentsatz. Das halten wir auch nicht für sinnvoll. Außerdem würde es ja ein ziemliches Überprüfungs- und auch Abmahnungswesen erfordern. Man muss ja dann regelmäßig schauen, zahlen die Leute jeden Monat. Das würde ja wiederum einen recht bürokratischen Aufwand verursachen und die Kosten-Nutzen-Rechnung geht da in unseren Augen auf keinen Fall auf. Es blinkt. Es tut mir leid, dass ich überzogen habe. Ich hoffe, ich habe halbwegs

darlegen können, warum wir das anders sehen. Werden aus dem Grund schon in der Dringlichkeit dagegen stimmen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall. Darf ich nur auch persönlich anmerken, ich habe nicht Schwachsinn gesagt, habe wirklich Unsinn gesagt, aber nur zu dem einen Punkt bezüglich der Mietüberprüfung. Das tut mir auch leid, weil ich weiß, dass die Kollegin Gemeinderätin Reininghaus oft sehr, sehr gute Anträge bringt. In dem Fall muss ich jetzt aber wirklich sagen, dieses Thema ist hier in dem Haus schon so oft debattiert worden in den letzten 20 Jahren, fast die gleichlautenden Punkte. Aus gutem Grund hat auch in der Vergangenheit damals, ich weiß es sehr gut, auch der Herr Stadtrat Rüschi und auch danach ist man dann letztendlich nicht darauf eingegangen. Ich habe gesehen, weil mein Kollege das vielleicht, zu wenig deutlich, ich glaube du meinst, wenn bei neuen Mietverträgen. Aber du musst immer eines denken und überzeuge dich und rede einfach mit den Kolleginnen und Kollegen vom Wohnungszuweisungsreferat. Die Einkommenssituationen der Leute ändern sich. Ich kann jemanden haben, der beim Neuantrag € 2.500,00 Netto verdient, das ist nicht sicher, dass der nach zwei, drei Jahren dann, oder es kann ein halbes Jahr später er oder sie die Arbeit verlieren, das würde ja bedeuten, wir haben ja prinzipiell unbefristete Mietverträge, das würde ja in eine Richtung gehen, dass ich andenke, Befristungen von Mietverträgen zu machen und das ist eben das Schwierige, warum das rechtlich, wir haben durchgehend unbefristete Mietverträge und wenn ich am Beginn jemandem sage, er soll jetzt mehr zahlen, weil er viel verdient, dann müsste ich ja ständig überprüfen, wie hoch sein Einkommen ist und ihm dann wieder einen niedrigeren Zins verrechnen, wenn er weniger verdient, das geht rechtlich und von der Abwicklung her auch nicht und es ist auch nicht sinnvoll, weil die Realität, also das Beispiel mit dem € 8.000,00 Netto, das kann ich dir sagen, den gibt es nicht. Und wenn einmal jemand überhaupt so gut verdient, Gott sei Dank, dann haben die Leute sich ja etwas auf die Seiten gelegt und

ziehen in Wirklichkeit eh aus und kaufen sich entweder eine Eigentumswohnung oder eine Mietkaufwohnung. Das ist die Realität in unseren Gemeindewohnhäusern und das ist auch das Gute, warum es diese Wohnungen gibt, damit eben Familien sich etwas ansparen können und dann später, wenn es ihnen besser geht und sie eine Arbeit haben, auch etwas schaffen können. Das wollte ich nur anmerken.

Bitte Sabine, du hast zum Schlusswort noch, vielleicht sollte es keine Mehrheit geben. Passt, dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist dafür? Darf ich bitten, dass man das genau abzählt. Gegenprobe nur zur Sicherheit, die Dringlichkeit ist somit abgelehnt.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, NEOS).

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag, eingebracht von Herrn Gemeinderat Philipp Pointner. Hier geht es um den Bildungsauftrag für den geplanten Klima-Bürger:innenrat.

9.10 Bildungsauftrag für geplanten Klima-Bürger:innenrat (GR Pointner, NEOS)

Gemeinderat **Pointner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Grazerinnen und Grazer, Anfang Juli hätte der Gemeinderat die Einrichtung des Grazer Klima-Bürger:innenrates beschließen sollen. Es wurde im vorberatenden Ausschuss diskutiert und dort konnten die budgetierten € 300.000,00 nicht plausibel erklärt werden in der Verwendung. Es stand die Befürchtung im Raum, dass Steuergeld der Grazerinnen und Grazer nicht zweckmäßig verwendet würde. So wird das Stück abgesetzt und das war gut so. Dann hat im Sommer die

Bürgermeisterin-Stellvertreterin Judith Schwentner, angekündigt, dass das Stück jetzt im September wieder vorgelegt wird. Es ist heute nicht auf der Tagesordnung. Gründe sind jetzt nicht erkennbar, vielleicht die Budgetsituation oder vielleicht ein Monitoring der Richtlinie für Bürger:innenräte. Wir werden es erfahren. Aber ich möchte gerne die Gelegenheit nutzen, dass an sich gute Anliegen eines Klima-Bürger:innenrates, um einen Aspekt zu erweitern, nämlich einen möglichen Bildungsauftrag desselben. Denn bei der Beobachtung der Berichterstattung der aktuellen Hochwasserkatastrophe in Wien und Niederösterreich ist mir aufgefallen, dass Medien immer verstärkt die Aufgabe eigentlich übernehmen, naturwissenschaftliches und auch klimapolitisches Basiswissen zu vermitteln. Also Themen wie Entstehung von Regen, von Hochwassersituationen, wie kommt ein Dammbruch zustande, etc., Details der Wettervorhersage, Grundlagen des menschengerechten Klimawandels. Es kommt da immer wieder zur Sprache und wird auch ausführlich erklärt, übrigens auch die Gefahr, so merkwürdig es scheint, sich bei solchen Extremwetterereignissen im Freien aufzuhalten. Und Menschen tun das dann trotzdem. Nun, schließe ich darauf, dass in der Bevölkerung durchaus Bildungsbedarf besteht und dass da ein kleines Problem wieder einmal in unserem Bildungssystem besteht. Hier kann eigentlich der Klima-Bürger:innenrat gute Dienste leisten, nämlich Bürger:innenbeteiligung und Bürger:innen und Bildung zu verbinden und dadurch für mehr Akzeptanz zu sorgen für vermeintlich unpopuläre Klimaschutzmaßnahmen und auch die Wahrnehmung von potenziellen Gefahren für Leib und Leben. Also könnte der Grazer Klima-Bürger:innenrat nicht nur Empfehlungen an die Politik entwickeln, sondern eben diesen Bildungsauftrag übernehmen. Die Mitglieder des Bürger:innenrates können die Möglichkeit erhalten Grazer Schulen zu besuchen und im Rahmen von naturwissenschaftlichen Unterricht oder auch politischer Bildung ihre Erkenntnisse und ihr Wissen zu teilen, natürlich unter Außerachtlassung von parteipolitischen Interessen. Einfach den Stand der Wissenschaft widerspiegeln, den Diskussionsprozess in Bürger:innenbeirat darzustellen.

Und das natürlich ehrenamtlich und nicht durch eine zusätzliche Aufwandsentschädigung. Das ist meines Erachtens ein schöner Ansatz

Bürger:innenbeteiligung, Klimaschutz, Klimabildung, Klimabewusstseinsbildung, Demokratie, Gemeinderat zu verbinden und deshalb stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion den folgenden

Dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, die geplante Richtlinie für Bürger:innenräte noch vor Beschlussfassung im Gemeinderat mit einem Bildungsauftrag zu versehen und damit den Aufgabengereich des Grazer Klima-Bürger:innenrates anzupassen.

Ich bitte um breite Annahme dieses schönen Anliegens.

Originaltext des Antrages:

Deshalb stelle ich namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß §18 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat und in Bezug auf den Motiventext folgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen werden beauftragt, die geplante Richtlinie für Bürger:innenräte noch vor Beschlussfassung im Gemeinderat mit einem Bildungsauftrag zu versehen und damit den Aufgabenbereich des Grazer Klima-Bürger:innenrates anzupassen.

Bürgermeisterin **Kahr:**

Danke schön, bitte um Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Frau Clubobfrau Hopper.

Clubobfrau **Hopper:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, hohe Stadtregierung, liebe Zuseher, die wir noch dahaben und auch vor den Bildschirmen, falls noch jemand da ist. Lieber Philipp, grundsätzlich glaube ich, dass du es sehr gut gemeint hast mit diesem Antrag und ein wichtiges Thema schon auch ansprichst. Aus unserer Sicht sind aber deine Vorschläge

etwas bedenklich. Ich möchte auch kurz ausführen wieso. Jetzt nicht, weil du den Klimaschutz thematisieren möchtest, ganz im Gegenteil, aber gerade die NEOS, die sich immer wieder auf die Fahnen heften, eine Bildungspartei zu sein, von denen finde ich es etwas schwierig, vorzuschlagen, dass Laien, die auf welche Art dann auch immer in diesem Bürger:innenrat einer Aufgabe nachgehen, dann tatsächlich auch die Besten sind, um das auf eine pädagogisch wertvolle Art und Weise in einer Schule zu thematisieren. Ich glaube nämlich schon, dass es wichtig ist, dass wir in Österreich eine Ausbildung haben für Lehrerinnen und Lehrer, die pädagogisch darauf vorbereitet werden, auch hochsensible und relevante Themen neutral mit den Schülerinnen und Schülern durchzugehen. Ich glaube, das passiert in den Schulen vielleicht nicht genug, aber es gibt zumindest einen korrekten Weg, wie das umgesetzt wird und einen pädagogisch wertvollen Weg. Auf der einen Seite, und auf der anderen Seite ist es ein Thema, das wir immer wieder hier diskutieren. Das vielleicht für viele sehr, sehr ärgerlich wäre, weil man doch gerne mitgestalten würde. Aus pädagogischer Sicht und was den Unterrichtsplan und den Lehrplan angeht, können wir als Stadt Graz den Schulen bekannterweise nichts vorschlagen. Außer es hat mit der Erhaltung der Infrastruktur zu tun. Und während ich auch weiß, dass Hochwasserkatastrophen sehr wohl in diese Kategorie fallen, ist das in dem Fall nicht in der gleichen Ebene. Also ich kann aus diesem Grund deinem Dringlichen Antrag hier keine Dringlichkeit von unserer Seite aussprechen, weil ich glaube, dass es auf der einen Seite schon extrem bemühte Pädagoginnen und Pädagogen gibt, die dieses Thema intensiv thematisieren, aber vielmehr auch die Ausbildung dafür haben und didaktisch auch ausgebildet sind, um das zu besprechen mit Kindern und mit Schülerinnen und Schülern im Gegensatz zu den zukünftigen besetzenden Personen des Klima-Bürger:innenrates.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Kozina-Voit.

Gemeinderat **Kozina-Voit:**

Liebe alle, geschätzter Antragsteller, ich denke, du sprichst ein sehr wichtiges Thema an, es geht um Bildung, es geht um Umweltbildung, speziell jetzt im Bereich Klima. Du hast diese Frage in den Raum gestellt, was ist jetzt eigentlich mit dem Klima-Bürger:innenrat, da wird das Konzept eben weiterentwickelt, also dieses Stück wird kommen, ist jetzt noch nicht fertig, also das nur einmal zur sozusagen Aufklärung, aber zur Dringlichkeit an sich, ich glaube, du referenzierst auf diesen aktuellen Stand der Wissenschaft und der ist da sehr klar, es ist offensichtlich noch nicht bei allen angekommen, aber im Endeffekt sehen wir, dass die Gletscher davonrinnen zum Beispiel, das kann keiner leugnen und da sehen wir als ein kleines Beispiel, wie dringlich das Ganze ist.

Insofern, ja, Bildung, sehr wichtig, natürlich bei den Kindern ansetzen und immer schauen, wie wirken sich die Tätigkeiten, die wir durchführen auf die Umwelt, auf das Klima aus. Da gibt es inhaltlich und didaktisch großartige, hochwertige Angebote. Unsere Klimaschutzkoordination arbeitet da mit dem Umweltbildungszentrum Steiermark zusammen. Es gibt Angebote vom Klimabündnis, von Südwind, also eine ganze Menge, aber es ist eben wichtig, dass da hier noch mehr passiert. Wenn man jetzt, und da stimme ich der Kollegin Hopper zu, wenn man da jetzt die zufällig ausgewählten Teilnehmer:innen des Bürger:innenrates, das ist ja jetzt nicht der Klimabeirat, das ist der Bürger:innenrat, und wenn man die jetzt in die Schulen schickt, dann kann das natürlich funktionieren. Einige werden das auch von sich aus wollen, das sieht man jetzt. Es halt also Klimaräte auf Bundes- und Landesebene gegeben, die gehen ja auch als Botschafter:innen in Schulen, in Erwachsenenbildungseinrichtungen, wohin auch immer. Also da funktioniert das auch sehr gut, aber sie von vornherein dazu zu verpflichten, widerspricht schon ein bisschen der Idee dieses Bürger:innenrates, weil es kann dann ein Grund sein, dass man sagt: „Naja gut, ich würde da schon teilnehmen, aber wenn ich dann nachher dann auch in eine Schule gehen muss und so, ich möchte da nicht vor 20 Kindern stehen und da irgendwas erzählen“, also das muss dann nicht in der Art und Weise festgeschrieben werden. Ich sage auch gleich dazu, das ist jetzt inhaltlich, aber ich möchte dann eben einen

entsprechenden Abänderungsantrag dazu stellen, weil ich glaube, es ist mit der Umweltbildung schon ernst gemeint, auch von deiner Seite, und dementsprechend schauen wir, dass wir da wirklich eine gute Basis in den Schulen schaffen. Also die Idee, die Schulen zu ermutigen, auf die bereits bestehenden Angebote zurückzugreifen, Workshops, die es schon gibt, auch in Anspruch zu nehmen, deswegen stelle ich dann den folgenden

Abänderungsantrag:

Die Abteilung für Bildung und Integration wird in Kooperation mit dem Referat für Klimaschutzkoordination und Förderprojekte ersucht, den Grazer Pflichtschulen eine Übersicht über schulische Bildungsangebote zum Thema Klimaschutz bis Jahresende zur Verfügung zu stellen. Diese Übersicht soll auch auf der Webseite der Stadt Graz veröffentlicht und so allen Interessierten zugänglich gemacht werden.

Ich darf darum bitten, diesem Abänderungsantrag zuzustimmen. Danke schön.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Wenn man es der Umweltbildung ernst meint, wäre es wohl wichtiger, die Schulen aktiv zu ermutigen, auf die bereits bestehenden Angebote zurückzugreifen. Namens des Grünen Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Abänderungsantrag:

Die Abteilung für Bildung und Integration wird in Kooperation mit dem Referat für Klimaschutzkoordination und Förderprojekte ersucht, den Grazer Pflichtschulen eine Übersicht über schulische Bildungsangebote zum Thema Klimaschutz bis Jahresende zur Verfügung zu stellen. Diese Übersicht soll auch auf der Website der Stadt Graz veröffentlicht und so allen Interessierten zugänglich gemacht werden.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Möchte der Antragsteller noch ein Schlusswort zu Dringlichkeit? Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für die Dringlichkeit? Gegenprobe zur Sicherheit: Die Dringlichkeit ist angenommen.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, Eustacchio).

Wir kommen zum Inhalt selbst. Wer wünscht hier das Wort? Frau Clubobfrau Hopper, war eine Sekunde schneller, und dann der Herr Gemeinderat Winter.

Clubobfrau **Hopper**:

Ich möchte mich auch ganz kurzhalten. Vielen Dank für diesen Abänderungsantrag, der schon eher in die Richtung geht, wo wir auch sehen, dass es bereits extrem viele Angebote gibt. Allerdings, und wir werden dem Abänderungsantrag aus diesem Grund auch nicht näher treten in der Abstimmung selber, sind wir der Meinung, dass es schon noch immer den Lehrpersonen selbst überlassen ist, welche, also in der Autonomie, sich selber auch anzuschauen, was für Projekte es auch gibt. Grundsätzlich spricht gegen eine Aufbereitung von einem Angebot natürlich nichts in der Kooperation von diesen zwei Abteilungen. De facto ist es aber so, dass, wie bereits vorher erwähnt, die Bildungsabteilung per se keine so pädagogische Einschätzung vornehmen kann. Ich glaube, wenn man eine Zusammenfassung von verschiedenen Angeboten vornimmt, haben wir vorhin besprochen, müsste man das auch dann prüfen. Also, ob das Ansichten sind in diesem Angebot, die wir tatsächlich als Stadt Graz auch weiterempfehlen möchten. Ich glaube schon, dass es Zugänge gibt, gerade zum Klimaschutz, die sehr fragwürdig sind. Ich glaube aber auch, dass es Zugänge gibt zum Klimaschutz, also politisch gesehen in sehr viele Extreme gehen können, die man, glaube ich, als Stadt Graz dann schon prüfen sollte, dass das faktentechnisch, ob das

wissenschaftlich auch so stimmt, was in diesen Angeboten vom Umweltministerium, von Bildungs- und Wissenschaftsministerium Angebote, aber es gibt auch, um es vielleicht ein wenig näher an Graz zu holen, in unseren städtischen Bibliotheken zu den verschiedensten Themen, sogenannte Themenpakete, die den Lehrpersonen auch zur Verfügung stehen. Mit denen sie das auch gut aufbereiten können im Unterricht selber, wenn Sie das selbst übernehmen möchten. Also ich glaube, da sind wir aktuell schon sehr gut aufgestellt. Sollte dieser Antrag eine Mehrheit finden, hat unser Stadtrat bereits auch schon festgehalten, dass dem natürlich nachgegangen wird und ein breites Angebot aufgestellt wird. Wir haben auch bereits einen Antrag von der Dani Schlüsselberger beschlossen, der auch ein breites Angebot, Zusammensammeln von Angeboten, die in der Stadt für Ausflüge für Schulen möglich sind, beschlossen. Also in der gleichen Kategorie, glaube ich, wird auch das möglich sein. Dennoch würden wir hier eigentlich nicht dringend die Notwendigkeit sehen, weil es eben schon so viel gibt.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke schön. Herr Gemeinderat Winter bitte.

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werter Antragsteller. Heute, wie auch in den ganzen vergangenen Sitzungen eigentlich die ganze Legislaturperiode hindurch, wird permanent das große Problem der Finanzierbarkeit bei nahezu jedem Projekt betont und nach vorne geschoben. Jetzt geht es bei diesem Klima-Bürger:innenrat um € 300.000,00. Da sagt der eine wieder, das wird nichts sein, der andere sagt, das ist viel Geld. Fakt ist, es ist viel Geld, weil irgendjemand hat wiederum diese € 300.000,00 im Rahmen von Abgaben, von Steuern eingezahlt. Ist es wirklich notwendig, dass wir einen Klima-Bürger:innenrat um € 300.000,00 finanzieren? Meiner Meinung nach sicher nicht, wenn man, glaube ich, nämlich unter der Rubrik Steuergeldverschwendung in einem Wörterbuch nachschauen würde, dann wäre

wahrscheinlich das Beispiel angeführt. Schlechter kann man € 300.000,00

wahrscheinlich kaum als Stadt in irgendeiner Form investieren.

Und das zweite große Problem oder es ist eine Vielzahl von Problemen, die ich eigentlich in dem Antrag selbst sehe. Einerseits, dass man natürlich wahrscheinlich eine ideologisch relativ motivierte Laientruppe in die Schulen entsendet, die dann irgendwelche Vorträge halten. Und weil wer wird sich sowas antun? Jemand, der in diesem Thema sehr drinnen sein wird, der sehr ideologisch überzeugt in die eine oder andere Richtung sein wird, ein anderer Bürger wird das wahrscheinlich kaum in Kauf nehmen.

Der nächste große Punkt ist natürlich, dass Sie, Herr Kollege Pointner, bis zu einem gewissen Grad auch hier die Quadratur des Kreises versuchen. Weil wenn eines bei diesem ganzen Thema, glaube ich, von jedem anerkannt wird, dann, dass dieses Thema ein ideologisches Minenfeld ist, wo es sehr, sehr unterschiedliche Meinungen gibt, wo es sehr, sehr unterschiedliche Ansätze gibt, was ist richtig, was ist falsch, und sie geben es ja bis zu einem gewissen Grad im Rahmen ihres Motivtexts selbst zu. Sie schreiben, dass „die Akzeptanz für vermeintlich unpopuläre Klimaschutzmaßnahmen geschaffen werden sollen“, also politisch unpopuläre Maßnahmen, wie sollen sie sonst in dem Sinn unpopulär sein, dass sie die Politik betreffen können? Und auf der anderen Seite schreiben Sie, dass es „nicht auf parteipolitische Ideologie in irgendeiner Weise beruhen darf, was hier vorgetragen werden soll“. Das ist beides nicht möglich. In dem Sinn ist es wirklich eigentlich dringlich, dass man diesen Antrag zurückzieht, aber der Antrag an sich ist einmal sicher nicht dringlich.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen zum Inhalt? Bitte Herr Gemeinderat Kozina-Voit.

Gemeinderat **Kozina-Voit:**

Ganz kurz zu den beiden Wortmeldungen: Ja, also grundsätzlich danke auch ans ABl, dass diese Liste zusammengestellt wird, wenn das beschlossen wird und in einer ähnlichen Art und Weise wie es auch andere Listen gibt, durchgeführt wird, ich glaube, das ist sehr gut, weil man da wirklich auch das erleichtert den Schulen, dass sie diese Angebote einfach auch auffinden. Es gibt da ja verschiedenste Anbieter, verschiedenste Angebote, ich glaube, das ist ein guter Weg. Zu den Aussagen vom Kollegen Winter könnten wir jetzt sehr viel darüber reden. Wir werden über den Klimarat, über den Klima-Bürger:innenrat eh noch diskutieren. Es ist der Bürger:innenrat an sich ein Instrument der partizipativen Demokratie und so wie ich verstanden habe, seid ihr eh oft für mehr Demokratie und mehr direkte Demokratie. Das ist ein Weg auch Leute da näher heranzuführen und mitbestimmen zu lassen, hat sich in vielen Bereichen auch bewährt und ist, glaube ich, deswegen auch sehr sinnvoll. Eins möchte ich vielleicht abschließend auch noch sagen, also diese ganze Brandmarkung vom Klimaschutz als Ideologie halte ich für absolut nicht zielführend. Wir haben Dinge, die sind wissenschaftlich umstritten und wir haben Dinge, die sind wissenschaftlich nicht umstritten. Wir wissen beim Klimaschutz relativ genau, dass wir mit den Treibhausgasemissionen ein Problem haben, dass wir mit unserem Bodenverbrauch, mit der Flächenversiegelung ein Problem haben, dass wir das alles auf oder gegen null reduzieren müssen. Wir sehen jetzt eh die Auswirkungen, ich brauche das nicht noch einmal zitieren, also da geht es wirklich nicht um Ideologie, da geht es einfach darum, dass wir nach den Fakten handeln, die uns heute zur Verfügung stehen, weil wissenschaftlich etwas dazulernen, ja ist schön, wenn wir die Treibhausgasemissionen reduzieren und in 50 Jahren draufkommen, hätten wir jetzt nicht unbedingt machen müssen, ja besser als andersherum, wir reduzieren es nicht und dann steht die Steiermark vielleicht auch unter Wasser und Graz auch unter Wasser und dann haben wir ganz andere Sorgen als heute. Also insofern bitte diesen Antrag jetzt einmal, diesen Abänderungsantrag annehmen und den Bürger:innenrat. Dann schauen wir dann noch weiter. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Gemeinderat Winter.

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Herr Kollege Kozina-Voit, also es grenzt ja an eine Werbeeinschaltung fürs eigene Buch, was Sie geschrieben haben. Ist aber dennoch, Sie reden sehr viel, aber Sie sagen sehr wenig. Ich habe Ihr Buch noch nicht gelesen, bin aber gespannt. Vielleicht haben Sie ein Exemplar für mich zur Verfügung. Ich werde es mir genauer anschauen. Aber man merkt schon an der simpelsten Argumentation, dass Sie teilweise relativ wenig Ahnung von Grundbedingungen haben. Sie haben vorher erwähnt, das Schmelzen der Gletscher. Sie werden wahrscheinlich nicht allzu viel auf den Bergen unterwegs sein, so schätze ich Sie zumindest ein. Einen Unterschied zwischen mir und Ihnen. Waren Sie schon einmal auf der Pasterze oben?

Gemeinderat **Kozina-Voit**:

Ja.

Gemeinderat **Winter**:

Ja, super. Hoffe ich, haben Sie auch diesen Zirbenstamm gesehen, der dort mit einem großen Schild versehen ist? Und wahrscheinlich werden Sie auch wissen, was darauf steht, und Sie werden es gelesen haben. Es geht nämlich darum, die Gletscher schmelzen gegenwärtig, völlig richtig. Unter dem Eis ist hervorgekommen ein Zirbenstamm. So, jetzt ist der springende Punkt, ja, Realitätsverweigerung liegt manchmal durchaus in ihrem Sinn, aber es ändert trotzdem nichts an der Realität. Der springende Punkt ist aber folgender: Es war einmal wärmer, es sind dort Zirben gewachsen. Dann ist es wieder kälter geworden, dann sind die Zirben gestorben. Jetzt

kommen die Zirbenstämme wieder heraus. Das ist kein dramatischer Zustand. Es gibt Veränderungen, auf die müssen wir reagieren. Wir müssen auf diese Veränderungen uns auch anpassen, aber diese permanente Panikmache, auch im Rahmen von so einem Klima-Bürger:innenrat, ist ein völlig verfehlter Schritt. Steuergeld verschwenden, wir brauchen diesen Unsinn nicht.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weil wir gerade beim Unsinn wären: Ich mache jetzt eine kurze Werbeeinschaltung, weil Sie davon auch gesprochen haben. Auf Anregung eines Mitglieds des Bürger:innenrates unserer Stadt Graz hat die Frau Vizebürgermeisterin und ich die Anregung aufgegriffen, ein Treffen, weil das war der Wunsch aller Beiräte. Wir haben sie alle eingeladen. Ich möchte sie wirklich auch nächstes Mal ersuchen, da mit dabei zu sein. Da waren fast 80 Menschen, egal ob Inklusionsbeirat, Senior:innenbeirat, also all unsere Beiräte hier im Gemeinderat versammelt und das hat 0 Euro gekostet. Man hätte ja eigentlich an einem Fleck gesehen, wie bereichernd das ist, dass wir diese Leute in unserer Stadt haben, weil diese sich ehrenamtlich für viele Belange einsetzen und uns, der Politik, gut zuarbeiten. Da wollte ich nur eine kurze Werbeeinschuldung, wir werden das nächste Jahr, Anfang des Jahres wieder machen und da bitte ich Sie ja vielleicht, dass Sie Zeit haben zu kommen.

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, darf den Herrn Gemeinderat Pointner um das Schlusswort bitten und die Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler bei uns begrüßen. Es ist bald aus bei uns jetzt, herzlich willkommen, weil wir bald in den nicht öffentlichen Teil kommen.

Gemeinderat **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Zur Clubobfrau Hopper: Sie stehen natürlich als Vertreterin Ihrer Partei für Altbackenes, und zwar halt für Frontalunterricht und alles, was den oft

faden Frontalunterricht lebendig machen soll, das ist in ihren Augen schlecht, aber eines möchte ich nur anmerken, in aller Kürze: Demokratie und Partizipation wird sicherlich durch Frontalunterricht lebendig. Also Sie haben den Sinn meines Antrags offensichtlich nicht verstanden. Weh tut mir wieder die Vernichtung meiner Idee durch die Grünen, weil es mir tatsächlich um die Themen Demokratie, Bildung, Klimabewusstsein geht. Es war eine gute Idee, denn ich behaupte, dass es ohne eine gebildete Gesellschaft keine Demokratie gibt und eine gebildete Demokratie und Demokratie braucht das lebendig machen und Bürger:innenbeteiligung für junge Menschen durch Auflockerung des Unterrichtes und Sie haben mich falsch interpretiert bzw. den Antrag leider nicht gut gelesen, werter Herr Kollege Kozina-Voit, denn Sie sprechen von Verpflichtung und im Antrag steht es nicht. In meinem Antrag steht Möglichkeit und er spielt eben mit der Möglichkeit, dass einem repräsentativen Klima-Bürger:innenrat, der eine oder die andere Pädagog:in auch drinnen sitzt oder auch Menschen, die pädagogisches Talent haben, und dann wäre es ja eine schöne Sache, das in deren Hände auch zu geben.

Ja, Ihr Abänderungsantrag zerstört meine Idee und wandelt das Ganze in eine de facto Google-Suche um. Es wird dadurch wieder versenkt auf irgendwelche Tastaturen, in irgendwelche Broschüren, anstatt dass Demokratie und Klima, Bildung lebendig gemacht werden. Meine Ideen-Pflänzchen ist zerstört, ich lasse es aber nicht zu, weil es hat heute jemand Geburtstag und möchte dieses nette Pflänzchen der lieben Kollegin Anna Robosch als Geburtstagsgruß überreichen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Das ist ein schöner Abschluss, vielen Dank. Frau Clubobfrau Hopper, bitte.

Clubobfrau **Hopper**:

Entschuldigung, dass ich den netten Abschluss noch mit zwei Sätzen verändern muss.

Ich muss zur tatsächlichen Berichtigung sagen, der Kollege Pointner hat gerade gesagt,

dass die ÖVP für Frontalunterricht steht und grundsätzlich, dass wir glauben, dass unsere Pädagoginnen und Pädagogen ausschließlich Frontalunterricht machen und dass nur, wenn der Klimabeirat persönlich vorbeikommt, dass das den Unterricht belebt und dass Herr Kollege Pointner, der mit Lehrern befreundet ist, als jemand, der grundsätzlich für unseren Bildungsbereich brennt, möchte ich aufs Schärfste zurückweisen, weil unsere Pädagoginnen und Pädagogen in ganz Österreich Unglaubliches leisten, um nicht nur Frontalunterricht zu machen, sondern den Kindern in Österreich ein belebtes und lebendigen Unterricht und lebendiges Lernen zu ermöglichen. Also, ich möchte aufs Schärfste zurückweisen, dass das von Ihnen kommt, ist eigentlich erschreckend.

Zwischenruf

Bürgermeisterin **Kahr**:

Ja, sie hat sich bezogen auf den Frontalunterricht. Machen Sie jetzt auch wieder eine tatsächliche Berichtigung, dass Sie es nicht so gemeint haben?

Gemeinderat **Pointner**:

Wieso wird das alles ins Lächeln gezogen? In einer tatsächlichen Berichtigung, laut Statut und Geschäftsordnung, ist keine Wertung vorzunehmen. Das hat Frau Kollegin Hopper gemacht. Es ist eine Berichtigung, es ist Sachlichkeit erforderlich und keine Wertung. So ist es also nicht zuzulassen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Nachdem ich tatsächliche Berichtigungen auch nicht erahnen kann, was jemand sagen möchte, gleichzeitig, die Geschäftsordnung es zulässt, muss man immer abwarten, was jemand sagt. Ich gebe Ihnen teilweise recht, aber ich denke, dass es auch Sinn macht, jetzt an diesem Punkt ein Ende zu machen und zur Abstimmung zu kommen. Ich darf

bitten, wer für den Abänderungsantrag von Herrn Gemeinderat Christian Kozina-Voit ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe, der Abänderungsantrag ist somit angenommen und ich darf mich bedanken für die Mitarbeit heute.

Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, Eustacchio).

Wir am Ende der öffentlichen Gemeinderatssitzung und ich darf mich verabschieden bei den Zuhörer:innen noch auf der Tribüne, bei allen, die noch via Livestream, dabei sind und Ihnen einen schönen Abend wünschen.

Ende der Dringlichkeitsanträge: 20.15 Uhr